97. Geburtstag J. W. Stalins
Stalins Werk ist unvergänglich Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 51, vom 17. Dezember 1976 10. Jahrgang 50 Pfennig

Renten werden sinken, Krankenkassenbeiträge steigen

Millionen Rentner belogen!

Die Regierung in Bonn hat sich verrechnet. Offenbar hatten Kanzler Schmidt und seine Minister geglaubt, mit einigen Millionen Alten, Witwen und Invaliden hätten sie leichtes Spiel. Könnten ihnen vor der Wahl goldene Berge versprechen, um ihre Stimmen zu ködern und ihnen nach der Wahl – ganz nach dem Motto: Was kümmert mich mein dummes Gerede von gestern – die Taschen auszuplündern, ohne daß ein Hahn danach kräht. Stattdessen schlug der Bundesregierung eine Welle der Entrüstung aus dem ganzen Land entgegen. Nicht nur die Rentner kündigten Demonstrationen an. Alle Werktätigen waren empört. Denn allen war die Sicherung der Renten vor der Wahl als Kernstück der „sozialen Sicherheit" verkauft worden. Alle sind belogen und betrogen worden.

Inzwischen hat die Bonner Regierung unter dem Druck der Empörung die Verschiebung der Rentenerhöhung auf den 1. 1. 78 wieder rückgängig machen müssen. Ein Erfolg, sicher. Aber ändert er etwas an den geplanten Angriffen auf die Renten? Ändert er etwas daran, daß die Regierung das gesamte Volk angelogen hat, daß die „freien Wahlen" darin bestehen, daß die bürgerlichen Parteien die „Freiheit" haben, das Volk zu betrügen, das Volk dagegen die „Freiheit" hat, sich hinters Licht führen und ausplündern zu lassen? Keineswegs!

Betrug an den Rentnern – ein Einzelfall?

Als klar wurde, daß der Kanzler die Wähler angelogen hatte, da war die CDU natürlich obenauf, schrie Zeter und Mordio, sprach von „Wahlbetrug" und „Hohn auf die Demokratie". Zu recht. Genauso recht aber hat die SPD, wenn sie wiederum der CDU antwortet, daß CDU und CSU für ihre Lügen und ihren Betrug geradezu berüchtigt seien. Tatsache ist, daß jede Regierung von Adenauer bis heute das Volk betrogen hat. Tatsache aber ist ebenso, daß noch kein einziger bürgerlicher Politiker wegen seiner Lügen, wegen seines Betrugs bestraft worden wäre. Bei uns kommt man zwar wegen Heiratsschwindel ins Kittchen, aber Wahlschwindel ist sozusagen das „gute Recht" der bürgerlichen Politiker. Es gibt in der kapitalistischen Bundesrepublik kein Gesetz, das es dem Bundeskanzler, den Parteien verbietet, leere Versprechungen zu machen, das Volk zu betrügen und zu belügen. Niemand hat das Recht, sie zu belangen, weil sie, kaum sind die aufwendigen Wahlschlachten geschlagen, diese Versprechungen wieder zu den Akten legen. Man kann sie weder deswegen abwählen, noch zur Rechenschaft ziehen. Und selbst wenn – was würde sich denn ändern? Wenn Schmidt ginge, wenn Arendt seinen Hut nähme, würde dann etwa die „Staatsgewalt vom Volke ausgehen", wie es in der Verfassung heißt? Könnte dann aus der „sozialen Sicherheit", die sich in punkto Renten jetzt als schillernde Seifenblase entpuppt hat, Realität werden? Wäre dann Schluß mit dem Volksbetrug? – Alles bliebe beim Alten. Denn ob mit Arendt oder ohne Arendt. Die Politik, die Entscheidungen werden sowieso nicht in der Bonner Schwatzbude gemacht. Sie wird gemanagt in den Ausschüssen, den Konzernbüros und den Direktionsetagen der großen Banken. Die Lügen des Kanzlers Schmidt sind ein dicker Hund. Aber der größere, der grundlegende Betrug ist der, eine Gesellschaftsordnung als „Demokratie" zu verkaufen, in der die Millionen Werktätigen nichts und eine Handvoll von Kapitalisten alles zu sagen haben.

Auch bei den Renten

Was hat sich denn dadurch geändert, daß Kanzler Schmidt – wie er selbst behauptet – „auf die Meinung des Volkes gehört" und die Regierung ihren ursprünglichen Beschluß zu den Renten geändert hat? Sicher, die nächste Rentenerhöhung wird jetzt am 1. Juli ausgezahlt. Aber dafür fällt die – ebenfalls vorher versprochene – Erhöhung am 1. 1. 78 weg. Dafür wird es die – ebenfalls vorher versprochene – bruttolohnbezogene Rentenanpassung nicht mehr geben. Nettolohnbezogene Rentenanpassung aber heißt – auf Grund der progressiven Steuern-

Fortsetzung auf Seite 2

Stahltarifrunde



„Ob 5.4, 6 oder 8 Prozent, das ist doch alles Hohn! Bosse und Bonzen wollen Lohnraub! Wir wollen Streik für mehr Lohn!" „Die Bittschrift in die Emscher! Kollegen! In den Streik!" – So lauten die Parolen, die revolutionäre Kollegen zu einer vom Vertrauensleutekörper von Hoesch organisierten „Protestversammlung" mitbringen. Kurze Zeit darauf werden die Schilder von sozialfaschistischen Schlägern brutal heruntergerissen (siehe Seite 1 und 5).

Stahltarifrunde

Verräter bahnten dem 6%-Lohnraub den Weg

Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter um 6%; ein Tag mehr Urlaub; die längst überfällige Erhöhung der stahltypischen Zuschläge wird erneut aufgeschoben. Auf dieses Ergebnis, das eine freche Provokation gegenüber den Arbeitern und kleinen Angestellten der eisen- und stahlerzeugenden Industrie Nordrhein-Westfalens und von Klöckner in Bremen ist, einigten sich am 10. 12. (wie üblich bei Nacht und Nebel) die Vertreter der Stahlmonopole und die Bonzen des IG Metall-Apparates. In Wahrheit war dieser Ausgang der Stahltarifrunde vorprogrammiert und zwischen den Monopolen, der Gewerkschaftsführung und der Regierung abgesprochen. Die „langen und harten Verhandlungen" waren im Grunde nur Schau, sie waren Bestandteil verschiedener Manöver des Gewerkschaftsapparates und der Kapitalisten, die darauf abzielten, zu verhindern, daß die Stahlwerker selbständig in den Streik traten und durch konsequenten, unversöhnlich geführten Klassenkampf eine wirkliche Lohnerhöhung durchsetzten.

Im Durchschnitt bringt dieser Tarifabschluß den Arbeitern und kleinen Angestellten nicht viel mehr als 60 DM netto im Monat. Das reicht bei weitem nicht aus, um die gestiegenen Preise für Nahrung, Kleidung und Wohnung und für andere Dinge wie z. B. Elektrizität, Fahrpreise sowie die Steuerhöhungen auszugleichen. Die 6% bedeuten Lohnraub. Sie bringen einen weiteren Abbau der Reallöhne bzw. -gehälter. Sie lassen unseren Lebensstandard weiter absinken. Und dies unter der Bedingung der Rationalisierung, der Verschärfung der Arbeitshetze und der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in den Betrieben.

Als besonders dreister Angriff der Konzernherren und IGM-Bonzen muß es gewertet werden, daß die Erhöhung der stahltypischen Zuschläge (Schichtzulagen) erneut verschoben wurde, nachdem man schon bei der letzten Tarifrunde vor einem Jahr die für Anfang 77 fällige Erhöhung hatte platzen lassen. So werden die Stahlarbeiter von den Bossen und Bonzen schamlos um ihr schwerverdientes Geld betrogen. Die stahltypischen Zuschläge machen ca. ein Viertel des Gesamtlohns der

Fortsetzung auf Seite 5

Wintertagung der Nato in Brüssel

Die Zügel werden straffer gezogen

Die Nato-Führung soll gestrafft, die Rüstungsaufwendungen der europäischen Partner für die Nato-Kriegsmaschine des US-Imperialismus sollen erhöht werden – das war der Hauptpunkt der diesjährigen Wintertagung der Nato, zu der sich alljährlich die Außenminister und Kriegsexperten der Mitgliedsländer unter dem Vorsitz des Pentagon treffen.

Nato-General Norton-Hill beschwor in seinem Bericht zur Lage wie auch schon auf den letzten Tagungen der Nato-Spitzen die Aufrüstung des Warschauer Paktes, dem Kriegsapparat des sowjetischen Sozialimperialismus, um das zügellose Rüsten der Nato als „Verteidigungsmaßnahme" hinzustellen. Nicht anders tun das die russischen Sozialimperialisten ihrerseits mit Hinweisen auf die Nato. Daß die Nato jedoch genauso wie der Warschauer Pakt ein aggressives Kriegsinstrument in der Hand einer imperialistischen Supermacht ist, genauso gefährlich und verbrecherisch, bewies Norton-Hill selbst, indem er bekräftigte, die Nato würde es sich nicht nehmen lassen, im Fall eines Krieges als erste Atomwaffen einzusetzen.

Die Wintertagung der Nato war eindeutig bestimmt von den Absichten des US-Imperialismus, im Rahmen der wachsenden Rivalität zwischen beiden Supermächten um die Vorherrschaft in Europa und die imperialistische Weltherrschaft, die Nato in nie gekanntem Ausmaß aufzurüsten und zugleich das aggressive Bündnis des US-Imperialismus so weit wie möglich auszuweiten. So wurde auf der Wintertagung nicht nur beschlossen, daß Portugal in das Bündnis vollkommen eingegliedert werden soll, sondern daß auch das faschistische Regime Spaniens, nachdem es noch einige demokratische Scheinmanöver vollzogen hat, in den Kreis dieses aggressiven Paktes aufgenommen werden soll. Die Vertreter des Pentagon forderten zugleich in aller Offenheit von den westeuropäischen Partnern, daß sie künftig in viel stärkerem Maß die Kosten dieses aggressiven Kriegsapparats tragen und noch mehr als bisher Washington eine scharfe Kontrolle und ein uneingeschränktes Kommando über diesen Apparat einräumen.

Allein in diesem Jahr haben nach Angaben von Konferenzteilnehmern die zehn Mitgliedsstaaten der „Eurogruppe" der Nato ihre Rüstungsausgaben für die Nato um 5 Mrd. Dollar erhöht. Projekte wie das geplante „fliegende Warnsystem AWACS" oder die Anschaffung neuester Kampfflugzeuge und Panzer sollen diese Rüstungsausgaben in den nächsten Jahren erneut um Milliarden und Abermilliarden steigern. Wen wundert es, daß angesichts der schweren wirtschaftlichen Krise die Widersprüche zwischen den verschie-

Fortsetzung auf S. 10, Spalte 3

AUS DEM INHALT

DDR-Kritik an „Die verlorene Ehre der Katharina Blum" . . . 3
So lebt der SED-Bonze Dr. Hahn . . . 3
Gewerkschaftskongreß der IGBE . . . 4
SDAJ-Bundeskongreß . . . 6
Faschistische „Hoffmann-Truppe" . . . 7
Solidarität mit der CISNU! . . . 7
Offener Brief an die Genossen der GRF (KPD) . . . 8
9 Mitglieder der GDCF Westberlin ausgeschlossen . . . 8
GRF stempelt Faschisten zu „Demokraten" und „Patrioten" . . . 8
Willy Brandt: Alter Feind des spanischen Volkes . . . 10
Kampf der KP Paraguays . . . 11
„Zeri i Popullit" zum gemeinsamen Kommunique von KP Argentiniens/ML und KPD/ML . . . 11

Parteienstreit

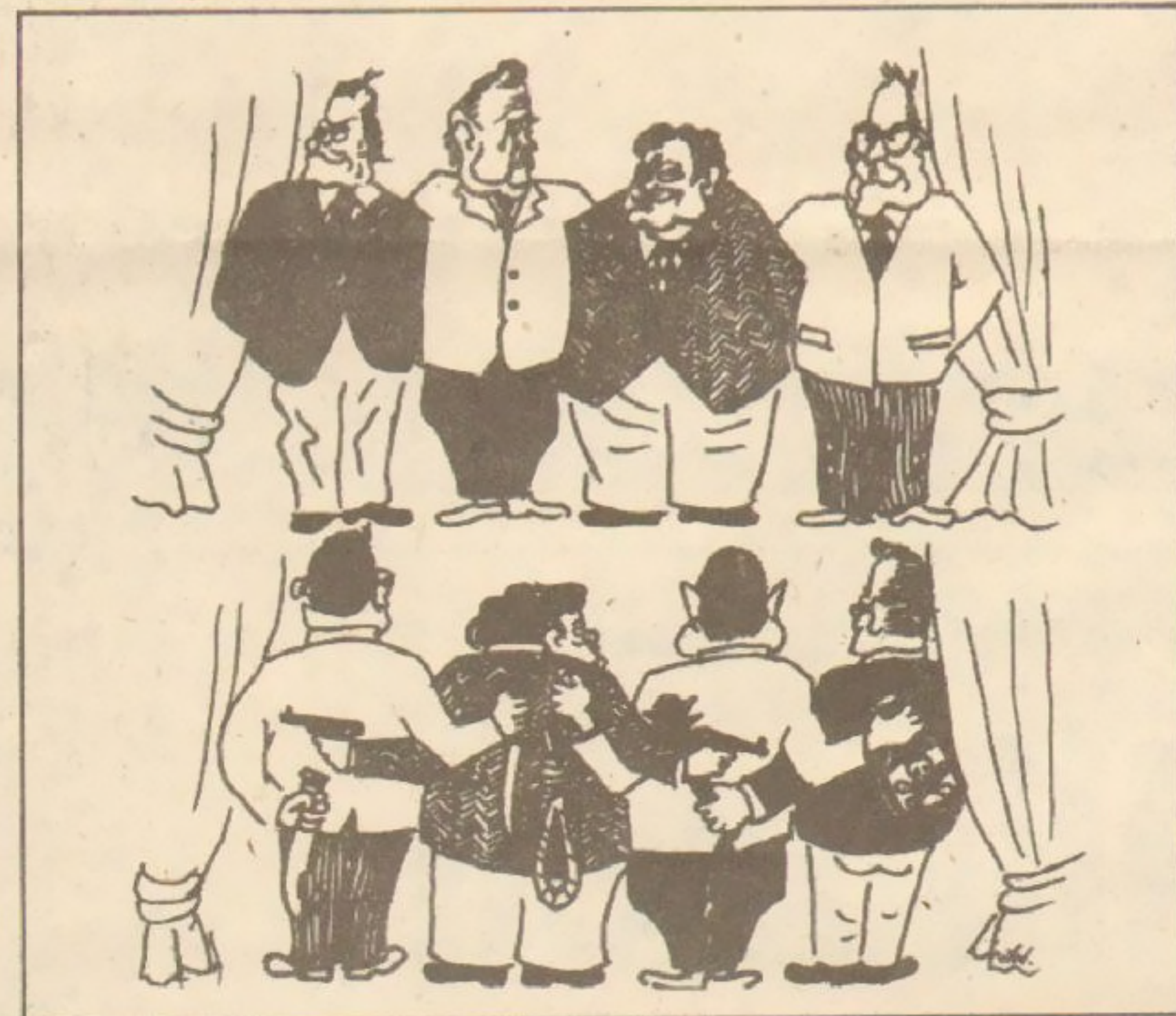
Morsche Einheit in allen Parteien

Nach wochenlangem Streit haben sich die CDU und die CSU schließlich am Sonntagabend doch noch auf eine gemeinsame Fraktion für den Bundestag geeinigt. Vor der Presse demonstrierten Kohl und Strauß, die sich eben noch wüst beschimpft hatten, Einigkeit. Die von den Kommentatoren der bürgerlichen Presse in den letzten Wochen so beklagte „Erosionsgefahr", die dem „Parteiengefüge als Ganzem droht", scheint gebannt. Aber die Einheit ist trügerisch und selbst Springers „Welt" muß zugeben: „So wie es war, wird es nicht mehr werden ...".

Die vielgepriesene Stabilität des Zwei- bzw. Dreiparteiensystems geht ihrem Ende entgegen. Jahrelang haben die kapitalistischen Politiker und ihre Hofschreiber gerade dieses System als „non-plus-ultra" der bürgerlichen Demokratie hingestellt, als Beweis für die angebliche Stabilität der kapitalistischen Ausbeuterordnung in der Bundesrepublik. Lange Zeit hatte es tatsächlich so ausgesehen, als ob es nichts gäbe, was das Lager der drei bzw. zwei großen bürgerlichen Parteien erschüttern könnte. Dies wurde begünstigt durch die Zeit der relativen Stabilität des westdeutschen Imperialismus und später durch die Tatsache, daß sich die weltweite Krise des kapitalistischen Systems in der Bundesrepublik noch nicht in dem Umfang wie in anderen Ländern bemerkbar macht. Dies stützte sich auf die reaktionäre Verfassung der Bundesrepublik und die reaktionären Wahlgesetze mit der 5%-Klausel und anderen Beschränkungen, die sich hauptsächlich gegen die kommunistische Partei richten, zugleich aber auch ein Hemmschuh für die Bildung und Entwicklung neuer bürgerlicher Parteien waren und sind. Brandt, Schmidt, Genscher, Kohl und wie sie alle heißen, haben immer wieder den angeblichen Wählerwillen, der sich auf die drei großen Parteien konzentriere, zum Anlaß für ihre wütende Hetze gegen den Klassenkampf, gegen die Revolutionäre und Marxisten-Leninisten genommen. Die kapitalistische Ausbeuterordnung präsentiere stabile Verhältnisse, von dort aber drohe das Chaos – so versuchten sie aus Schwarz Weiß zu machen.

Die Wirklichkeit hat jedoch die kapitalistischen Propagandisten Lügen gestraft. Die Stabilität hat sich als trügerisch erwiesen. Die Streitigkeiten im Lager der bürgerlichen Parteien haben sich schon seit langem zugespitzt und sie werden sich auch in Zukunft weiter verschärfen. Das ist die Folge der sich verschärfenden wirtschaftlichen und politischen Krise des ganzen kapitalistischen Systems und vor allem der Zuspitzung der Klassenkämpfe.

Es wird in den Parteien um viele Fragen gestritten. Nicht zuletzt aber darum, wie die Werktätigen auch unter den neuen Bedingungen am besten betrogen werden können, wie die Illusionen über das System des Parlamentarismus am besten aufrechterhalten werden können. Und so mischen sich in die Stimmen, die die „Parteienkrise" bejammern, auch solche, die den Streit begrüßen, weil er die „politische Landschaft" belebe, weil der Wähler jetzt angeblich ein breiteres Spektrum zur Auswahl habe usw. usf. Aber die bürgerlichen Parteien, ob es nun einige mehr sind oder nicht, vertreten keineswegs die Interessen des Volkes, es sind Parteien des Volksbetrugs. In schöner Offenheit gab das z. B. Biedenkopf in einer seiner letzten Reden zu, als er sagte: „Nicht getrennt marschieren, sondern mit verteilten Rollen marschieren." Aber ob getrennt oder nicht getrennt, es bleibt immer ein Spiel mit verteilten Rollen, um die Werktätigen auf die eine oder andere Weise zu betrügen.



Millionen Rentner belogen!

Fortsetzung von Seite 1

und Sozialabgaben – daß die nächsten Rentenerhöhungen höchstens noch bei 3% liegen werden.

Aber das ist noch nicht alles. Unverfroren brüstet sich die Regierung damit, daß ja, wie versprochen, die Beiträge für die Rentenversicherung nicht steigen würden. Das stimmt auch. Aber dafür steigen die Beiträge für die Krankenversicherung um 1,5% mindestens, dafür steigt der Preis für ein Rezept von 2,50 DM auf 3,50 DM, dafür sollen die Ärzte angehalten werden, weniger Arzneimittel zu verschreiben u. a. m.

Alle diese Ausplünderungsmaßnahmen, alle diese Angriffe auf die Renten, von denen heute schon 2,3 Millionen unter dem Sozialhilfesatz liegen, sind erst der Anfang. Denn das „Loch" in der Rentenversicherung, von dem die Regierung vor den Wahlen nichts wissen wollte, ist da. Und nach den Berechnungen des Verbandes deutscher Rentenversicherungsträger wird es bereits 1980 soweit sein, daß die Rentenversicherung keine Rücklagen mehr hat, sondern sozusagen von der Hand in den Mund lebt.

Das aber heißt: Ein Zusammenbruch bei den Renten, wie er 1923 Millionen Rentner traf, ist keineswegs ein Gespenst, das der Vergangenheit angehört, steht keineswegs im Widerspruch zum heutigen „Sozialstaat".

Um das zu erkennen, genügt ein kurzer Blick auf die Hintergründe der Misere der Rentenversicherungen. Es ist ja keineswegs so, daß aus den Beiträgen für die Rentenversicherungen kein Geld zusammengekommen ist. Im Gegenteil. An sich ist in den Rentenkassen ein Vermögen von rund 43 Milliarden DM. Dazu kommen weitere 10 Milliarden, die laut Gesetz der Staat als Zuschuß an die Rentenversicherungen zahlen muß. Aber all dies viele Geld steht für die Rentner nicht zur Verfügung, weil es an den kapitalistischen Staat „ausgeliehen" wurde, der überhaupt nicht daran denkt, nennenswerte Beträge davon zurückzuzahlen.

Für den kapitalistischen Staat, für die Monopole, die ihn in der Hand haben, sind die Rentenkassen also keineswegs so „heilig", wie die bürgerlichen Politiker behaupten. Sie sind im Gegenteil nichts anderes als eine billige Kreditquelle, die hemmungslos ausgebeutet wird, im vollen Bewußtsein dessen, daß man damit die wirtschaftliche Existenz von Millionen Werktätigen gefährdet, die auf die Zahlungen der Rentenversicherungen angewiesen sind, im vollen Bewußtsein dessen, daß damit Millionen und Abermillionen von arbeitenden Menschen betrogen werden, die Monat für Monat ihre Beiträge für die Rentenversicherungen zahlen, weil sie glauben, sich damit wirtschaftliche Sicherheit für Alter, Invalidität usw. schaffen zu können.

Kurz gesagt: Schmidt hat nicht nur gelogen, als er den Wählern vor der Wahl die Sicherung der nächsten Rentenerhöhungen versprach. In Wirklichkeit ist das gesamte „Gefüge der sozialen Sicherheit" in der kapitalistischen Bundesrepublik ein einziges Lügengebäude, ein Kartenhaus, das früher oder später vollständig zusammenbrechen muß.

Die Lügen, die die verschiedenen Politiker verbreiten, die Manöver, die die Regierung ausführt – all das hat nur ein Ziel: vor den Werktätigen das ganze Ausmaß der sozialen Unsicherheit, der sie im Kapitalismus ausgesetzt sind, zu vertuschen. Denn wer sieht, daß im Kapitalismus niemals „der Mensch im Mittelpunkt steht", daß immer das Profit- und Machtinteresse des Kapitals die Politik bestimmt, der wird früher oder später auch den Kampf aufnehmen zur Zerschlagung dieses kapitalistischen Staates, den Kampf für die sozialistische Revolution. In einem sozialistischen Deutschland wird die soziale Sicherheit, die im Kapitalismus nur auf dem Papier steht, Wirklichkeit sein. Denn was sollte die Arbeiterklasse davon abhalten, dann, wenn sie die Macht in Händen hält, auch eine Politik in ihrem und im Interesse aller Werktätigen durchzuführen?

Aus der Verfassung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien (Entwurf)

Artikel 44

Den Werktätigen von Stadt und Land werden die nötigen materiellen Mittel zum Lebensunterhalt im Alter, im Fall von Krankheit oder Verlust der Arbeitsfähigkeit gesichert. Der Staat kümmert sich besonders um die Invaliden des nationalen Befreiungskampfes, des Kampfes für die Verteidigung des Vaterlandes und die Arbeitsinvaliden und schafft die Bedingungen für die Rehabilitation. Waisenkinder der für die Verteidigung des Vaterlandes und den Aufbau des Sozialismus Gefallenen haben die Fürsorge des Staates.

Artikel 45

Der Staat garantiert den Bürgern kostenlos notwendige ärztliche Behandlung sowie Krankenhausaufenthalt im Land.

Aus der Grundsatzerklärung „Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!" – Die Hauptpunkte unseres Programms:
– 7.) Die besondere Förderung und Fürsorge des sozialistischen Staates gilt seiner Jugend, den Frauen und den alten Menschen. ... Die alten Menschen sind im Kapitalismus abgeschrieben, da sie nicht mehr genügend Profit bringen. Nur noch als Konsumenten interessieren sich die Kapitalisten für sie. Ansonsten leben sie vom gesellschaftlichen Leben abgeschnitten zumeist am Rande des Existenzminimums. **Im Sozialismus werden sie bis ins hohe Alter auf politischem, sozialem und kulturellem Gebiet am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Die Jugend wird von ihren Erfahrungen lernen. Der Lebensabend jedes Menschen wird im Sozialismus auch in wirtschaftlicher Hinsicht gesichert sein.**

Kurz berichtet

BRAUNSCHWEIG

„Brokdorf – Kampf dem Bau von Atomkraftwerken" war das Thema eines Stammtisches der Partei in Braunschweig. Zwei Rotgardisten, die in Brokdorf mitgekämpft hatten, berichteten. Eine Sammlung für den schwerverletzten Genossen Bernd Woitalla erbrachte 43 DM. Außerdem schrieben die 14 Teilnehmer des Stammtisches ihm einen gemeinsamen Brief.

ALBERTSHOFEN

In Albertshofen bei Kitzingen fand kürzlich ein Diavortrag über Albanien statt. Die Besucher des Vortrags, die bei Hausbesuchen eingeladen worden waren, waren sehr interessiert am Aufbau des Sozialismus in Albanien und daran, auf welchem Weg der Sozialismus hier erreicht werden kann.

WILHELMSHAVEN

Anläßlich des 7. Parteitages der Partei der Arbeit Albaniens führte die ROTE GARDE Wilhelmshaven im Stadtteil Fedderwardergroden eine Albanienveranstaltung durch, die bei allen Besuchern begeistert aufgenommen wurde.

ESSEN

Am 1. 12. 76 fand in der Gesamthochschule Essen eine Veranstaltung zu den Kämpfen in Brokdorf statt, zu der der KSB/ML aufgerufen hatte. Obwohl sehr kurzfristig zu der Veranstaltung eingeladen wurde, kamen ca. 20 Studenten. Es wurden 50 DM für Genossen Bernd Woitalla und die anderen Verletzten und Verfolgten von Brokdorf gespendet.

ESSEN

Am 28. 11. 76 fand in Essen eine Veranstaltung von Bürgerinitiativen aus dem Ruhrgebiet statt, die sehr stark unter dem Einfluß von Revisionisten und Trotzkisten stand. So traten unter anderem Biermann, Ton, Steine, Scherben u.a. auf. Es waren ca. 9 000 Menschen gekommen. Im Vorraum hatten die Bürgerinitiativen Informationsstände aufgestellt. Parteien waren nicht zugelassen. Trotzdem gab es einen Stand mit Veröffentlichungen der Partei, den eine „Initiative gegen das 14. Strafrechtsänderungsgesetz" angemeldet hatte. Genossen führten eine Kundgebung durch, bei der der revolutionäre Kampf in Brokdorf propagiert, Biermann und die modernen Revisionisten entlarvt wurden. Die Veranstalter und von ihnen dazu eingesetzte Schläger hätten die Genossen gerne vertrieben, schafften es aber nicht, da der Stand die ganze Zeit von Interessenten umlagert wurde. In nur zwei Stunden verkauften die Genossen über 70 „Rote Morgen", etwa 10 Programmentwürfe und für 100 DM Literatur. Außerdem wurden Probeexemplare des „Roten Morgen" verteilt, Grundsatzerklärungen und Flugblätter gegen die modernen Revisionisten.

FULDA

Am 26. 11. 76 fand in Fulda die erste Veranstaltung der KPD/ML, anläßlich des 7. Parteitages der Partei der Arbeit Albaniens statt. Nach einer Rede mit anschließender Diskussion wurden Dias aus Albanien gezeigt.

REUTLINGEN

Am 23. 11. 76 fand in Reutlingen eine Solidaritätsveranstaltung mit dem Genossen Klaus Kercher statt, der demnächst wegen seiner Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 für 16 Monate ins Gefängnis soll. Die Teilnehmer der Veranstaltung solidarisierten sich gleichzeitig in Resolutionen mit den Genossen Gernot Schubert und Dieter Stoll und dem Genossen Bernd Woitalla.

Offen gesagt ...

Über eine Million Arbeitslose - 'erfreulich!'

Das soll wohl ein schlechter Witz sein, wird der Leser des „Roten Morgen" denken. Ist es aber nicht. Das ist durchaus ernstgemeint – von der Bundesregierung.

In der Fragestunde des Bundestags vom 11. Oktober erklärte der Parlamentarische Staatssekretär Buschfort auf eine entsprechende Anfrage: „... Dementsprechend sieht es die Bundesregierung als ihre vorrangige Aufgabe an, die Vollbeschäftigung herzustellen und aufrechtzuerhalten. Seit Herbst 1973 ist sie neben den laufenden Maßnahmen vor allem durch ihre Programme vom Dezember 1974, August 1975 und Januar 1976 der Verwirklichung dieses Ziels in einem erfreulichen Maße nähergerückt." – Kaum glaublich, aber wahr. Die Bundesregierung preist die traurige Bilanz der kapitalistischen Wirtschaft, in der seit zwei Jahren die Millionengrenze bei den Arbeitslosenzahlen kaum je unterschritten wurde, als positive Entwicklung, die der Vollbeschäftigung „in einem erfreulichen Maße nähergerückt" ist.

Das sind allerdings offene Worte. Offene Worte darüber, wieviel „Sorgen" sich die Bundesregierung über die teilweise verzweifelte Lage der Arbeitslosen macht, von denen heute schon immer mehr von der Fürsorge leben müssen. Offene Worte aber auch darüber, wie die Bundesregierung die Zukunft sieht. Denn wer über eine Million Arbeitslose „Fast-Vollbeschäftigung" nennt, welche Arbeitslosenzahlen mag der für die Zukunft erwarten?

Wobei Herr Buschfort natürlich in gewisser Weise mit seiner Definition von „Vollbeschäftigung" Recht hat. Denn Vollbeschäftigung im wirklichen Sinne des Wortes – also Arbeit für jeden – kann es im Kapitalismus nicht geben. Das „Recht auf Arbeit" ist im Kapitalismus immer – auch dann, wenn es wie in Frankreich in der Verfassung „garantiert" ist – ein leeres Versprechen. Dein ganzes „Recht auf Arbeit" besteht im Kapitalismus darin, dem Kapitalisten deine Arbeitskraft zum Verkauf anzubieten. Ob du arbeiten darfst (auf deutsch: dich ausbeuten lassen mußt, damit du leben kannst) oder ohne Arbeit auf der Straße sitzt, entscheidet allein der Kapitalist. Dein sogenanntes „Recht auf Arbeit" ist in Wirklichkeit das Recht des Kapitalisten Profit zu machen – mit so viel oder so wenig Arbeitern, wie es seinen Profitinteressen am besten entspricht. Daraus folgt aber, wie die Kapitalisten selber, nämlich das „Arbeitgeber-Institut der Deutschen Wirtschaft" feststellen, „daß in der sogenannten sozialen Marktwirtschaft eben nicht jeder Arbeitnehmer das Recht auf Arbeit besitzen kann". Daß also die Arbeitslosigkeit zum Kapitalismus gehört wie der Deckel zum Topf.

Wer deshalb – wie die D„K"P etwa – verspricht, das Recht auf Arbeit lasse sich im Kapitalismus verwirklichen, der lügt. Der will verhindern, daß die Arbeiterklasse den einzigen Weg geht, auf dem sich wirkliche Vollbeschäftigung, Arbeit für jeden, verwirklichen läßt, den Weg der sozialistischen Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise: wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

SED-Revisionisten zu "Die verlorene Ehre der Katharina Blum"

Eine entlarvende Filmkritik

Vor einiger Zeit lief in den DDR-Kinos der Film „Die verlorene Ehre der Katharina Blum", die westdeutsche Verfilmung einer Erzählung von Heinrich Böll. Erzählung und Film zeigen, wie die imperialistische Staatsmaschine brutal gegen diejenigen zuschlägt, die sich auch nur individuell – in diesem Fall durch Desertation aus der Bundeswehr – gegen das imperialistische System auflehnen. Wie das Leben unschuldiger Menschen, die in das Getriebe der bürgerlichen Staatsmaschine geraten, zerstört wird, wenn es das Klasseninteresse der Herrschenden verlangt. Der Film zeigt aber den Ausweg aus dieser Lage für die breiten Massen nicht, erweckt eher den Eindruck, daß die einfachen Menschen diesem System hilflos ausgeliefert sind. Die Mängel haben ihre Ursache darin, daß Schriftsteller wie Filmproduzenten bürgerliche Künstler sind.

Das alles wäre relativ bedeutungslos, wenn dieser Film nicht von den SED-Revisionisten auf ganz bestimmte Weise interpretiert worden wäre, die wohl am konzentriertesten in einem Artikel des revisionistischen „Filmspiegel" zum Ausdruck kommt. Dieser Artikel gibt ein anschauliches Beispiel davon, wie die SED-Revisionisten versuchen, auch die letzten Erinnerungen an den Marxismus und das klassenmäßige Denken auszurotten und abzutöten.

Der Autor des erwähnten Artikels bringt es fertig, trotz der Schärfe und der Deutlichkeit der Situation in Film und Erzählung auf mehreren Seiten kein einziges Wort über den Klassencharakter des Staates zu verlieren, die klassenmäßigen Ursachen der Brutalität des Staatsapparates und der bürgerlichen Presse vollkommen im dunkeln zu lassen. Stattdessen kompliziert klingende Phrasen, die alles verwirren, von der Existenz antagonistischer Klassen ablenken. Etwa: im Film gehe es um „Prüfungen und Bewährungen im Geflecht einer Gesellschaft"; es handele sich um „Entscheidungen zum Guten oder zum Bösen", womit die Revisionisten sogar offen behaupten, daß es eine über den Klassen stehende Moral gibt. Presse und Polizei werden als „Gewalten des bundesrepublikanischen Alltags" geschildert, womit davon abgelenkt wird, daß bürgerliche Presse und Polizei dem Kommando der Bourgeoisie unterstehen, deren Instrumente sind und nicht irgendwelche mysteriösen unabhängigen Mächte.

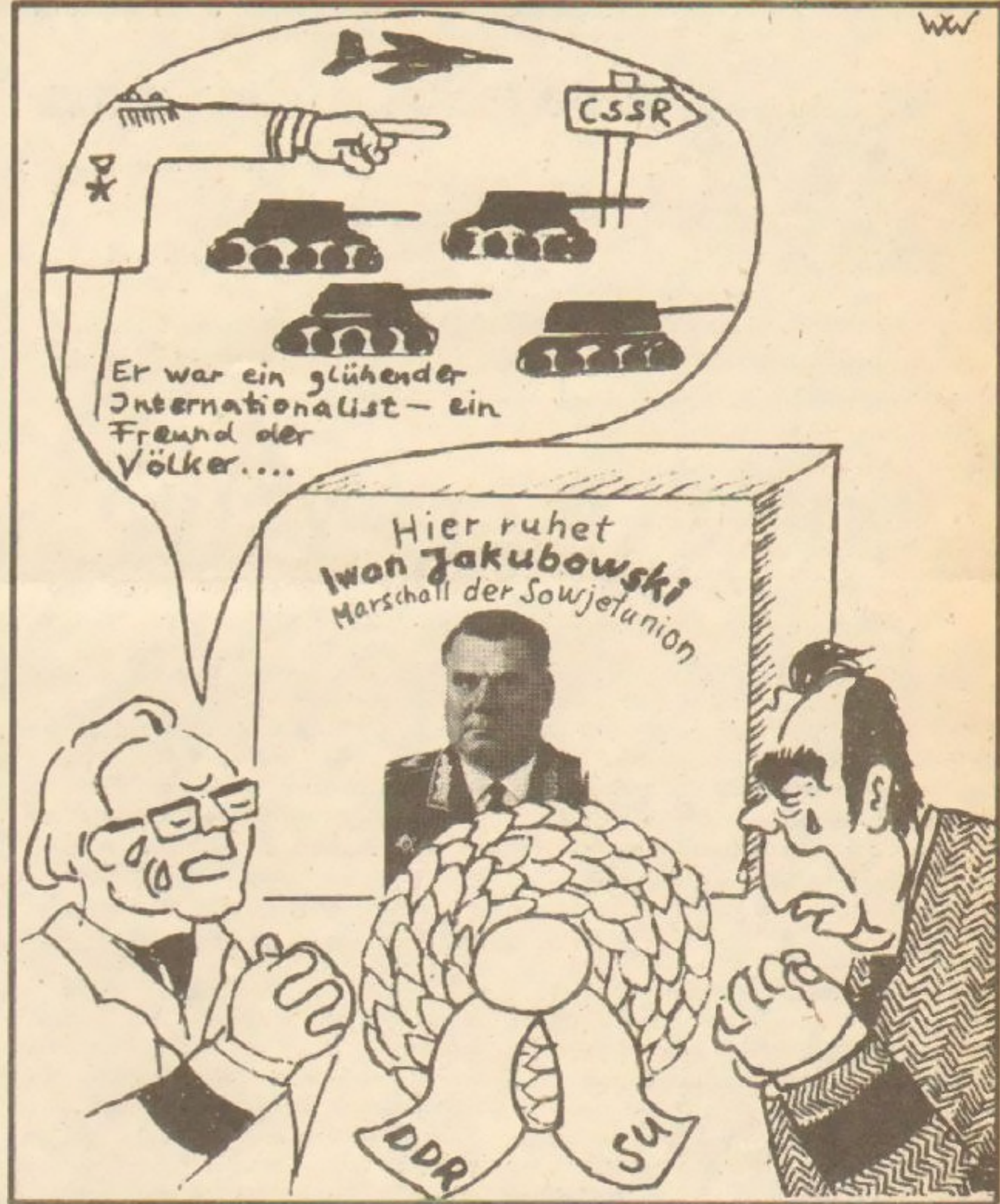
Wenn es um die Scheußlichkeiten geht, die vom Staatsapparat der Bourgeoisie ausgehen, wird, um die Schuldigen nicht zu nennen, die Floskel „ein scheinbar wohlanständiger Alltag zeigt seine Fratze" verwendet. Die Klassennatur der höheren Staatsbeamten, Polizeioffiziere, Militärs, ihre Bereitschaft, im Sold der imperialistischen Bourgeoisie Verbrechen gegen das Volk zu begehen, wird vertuscht und geleugnet, indem von „Trägern des Staates" geschwätzt wird, die der brutalen Staatsmaschine „hilflos" oder mit „gebundenen Händen" „gegenüberstehen"(!). Dementsprechend wird auch ihre sadistische Brutalität, mit der sie gegen Katharina Blum und andere vorgehen, beschönigt. In den Augen dieses revisionistischen Filmkritikers sind die brutalen Vernehmungsmethoden im Film „äußerlich korrekt", lediglich „schneidend kalt und gefühllos". (Wie müssen wohl die Vernehmungsmethoden der Polizei in der DDR, des Stasi usw. aussehen, wenn dagegen die Methoden westdeutscher Polizisten „äußerlich korrekt" erscheinen?)

Aber es kommt noch viel dicker. Katharina, die dem Bundeswehrdeserteur Ludwig Unterschlupf gewährt, ihm Fluchtmöglichkeiten verschafft, sei „durchaus nicht ohne Schuld", räsonniert dieser Schreiberling. Schuldig in wessen Augen? Natürlich wird die Bourgeoisie Desertationen aus ihrer Armee und Solidarität mit Desertierten immer als Verbrechen bekämpfen. Aber eben auch nur sie! Hier bereits zeigt sich, daß es reine Demagogie ist, wenn die DDR-Revisionisten von Solidarität mit dem Kampf der Werktätigen in der kapitalistischen Bundesrepublik reden. Völlig klar aber wird der gemeinsame Klassenstandpunkt der ostdeutschen mit der westdeutschen Bourgeoisie da, wo es um die Haltung zur Gewalt geht. Zur Erinnerung: Katharina Blum, deren Leumund von dem Springerreporter Tötgen systematisch zerstört wird, die von der politischen Polizei sadistisch behandelt, deren Freund wegen seiner Flucht aus der Armee auf Jahre hinter Gitter gebracht wird, verzweifelt an ihrem Schicksal, das sie nicht durchschaut. Als der Springerreporter schließlich noch zudringlich wird, erschießt sie ihn – mehr im Affekt, als geplant.

Ein Verhalten, das zweifellos bei sehr vielen Filmzuschauern Verständnis fand. Ein Verhalten, in dem sich allerdings auch der bürgerliche Standpunkt des Buchautors wie der Filmproduzenten widerspiegelt, die ihrer Heldin zwar den Kampf gegen die Unterdrückung erlauben – die Übertretung der Gesetze und die Anwendung von Gewalt eingeschlossen – aber eben nur als Handlung im Affekt, isoliert und somit zum Scheitern verurteilt.

Der revisionistische Artikelschreiber allerdings sieht das anders: Indem Katharina Blum den Springerreporter erschoß, Gewalt anwandte, „entschied sie sich zum Bösen"(!), heißt es in seinem Artikel. Genauso könnte das auch der Richter gesagt haben, der Katharina Blum für ihre Tat einsperren ließ, genauso hetzt in Westdeutschland die gesamte Bourgeoisie im Chor, wenn dem imperialistischen Staat in irgendeiner Form die gerechte Gewalt der Unterdrückten entgegentritt. Diese Verteufelung der gerechten Gewalt reiht sich ein in die Hetze der SED-Revisionisten gegen den revolutionären bewaffneten Kampf des irischen Volkes und anderer Völker. Sie ist – wie bei der westdeutschen Bourgeoisie – nichts anderes als die Begleitmusik zur brutalen Unterdrückung der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen durch die Diktatur der Bourgeoisie.

Jakubowski - gehasst von den Völkern



Im Alter von 64 Jahren starb vor kurzem der Oberbefehlshaber des Warschauer Kriegspaktes, Jakubowski. Unter seinem Befehl standen lange Zeit die Besatzertruppen der russischen Sozialimperialisten in der DDR. Unter seiner Leitung wurden diese Truppen verstärkt und aufgerüstet, um die Werktätigen Ostdeutschlands zu unterdrücken und die Kriegsvorbereitungen voranzutreiben. Er war es auch, der im Auftrag der Kremlzaren den Überfall auf die Tschechoslowakei leitete und die brutale gewaltsame Besetzung des Landes durchführte, wofür er von den russischen Sozialimperialisten mit Orden und Titeln überhäuft wurde.

So lebt der SED-Bonze Dr. Hahn

Vor etwa einem Monat wurde im Fernsehen eine Reportage gezeigt vom ARD-Korrespondenten in der DDR, Lothar Löwe, über das Leben eines Spitzenfunktionärs in der DDR, nämlich des Direktors der VEB-Motorenwerke, Dr. Hahn. Diese Reportage hat vollauf bestätigt, daß die herrschende Bourgeoisie in Ost- und Westdeutschland sich kaum unterscheidet.

Hier einige Beispiele aus dem Leben des Dr. Hahn. Sein Tagesablauf besteht wie der eines westlichen Managers darin, von Termin zu Termin zu jagen, selbstverständlich in einem „Wolga" mit Chauffeur. Ob er auch mal in seine Betriebe gehe? – Ja, manchmal taucht er überraschend nachts dort auf. Sein Kontakt zur Belegschaft außerhalb der Arbeitszeit? Nein, er mag keine Bierrunden und laute Geselligkeit. Lieber zieht er sich zu seiner Familie in sein modernes Eigenheim zurück und zu seinen Gemälden – vor allem moderne Landschaftsmalerei, von denen die Wände seines Hauses wie auch die seines klimatisierten Büros voll sind. Wenn er Gesellschaft sucht, fährt er in den „Club der Intellektuellen", in eine wunderschöne alte Villa, hoch am Ufer der Elbe gelegen. Dort auf der Terrasse mit dem herrlichen Blick auf den Strom fühlte sich Dr. Hahn auch „entspannt" genug, um sich interviewen zu lassen und seine „marxistische" Weltanschauung zu erläutern.

Er ist Herr der VEB-Motorenwerke und hat über sich nur noch den Wirtschaftsminister. Daß diesen DDR-Manager nichts mehr mit der Arbeiterklasse verbindet, wurde besonders deutlich, als er eigens fürs Fernsehen seine Verbindung zu den Massen demonstrieren wollte und vor den Kollegen eine Ansprache hielt. Denen ging es offensichtlich wie ihren westdeutschen Kollegen, wenn der Werksdirektor irgendwelche hohen Herrschaften durch die Abteilung führt und leutselig einen Kollegen anspricht – man würde sie am liebsten zum Teufel jagen.

Erholung sucht Dr. Hahn in seinem Gartengrundstück, wo er als Ausgleich zu den vielen Sitzungen eigenhändig neben dem Gartenhaus, das er besitzt, einen Geräteschuppen baut. Obwohl jeder zu dem Schluß kommen muß, daß zwischen dem DDR-Manager Hahn und seinen westlichen Kollegen kein wesentlicher Unterschied besteht, muß er sich von Dr. Hahn eines anderen belehren lassen: Könnte es sich Dr. Hahn z. B. vorstellen, einen vergleichbaren Betrieb im Westen zu leiten? – Nein, das kann er nicht, was könne denn daran für ihn reizbar sein? Das kapitalistische System sei doch längst überlebt und dem sozialistischen System in der DDR unterlegen.

Selbstverständlich kauft ihm kein Fernsehzuschauer seine Phrasen über den „grundlegenden Unterschied" zwischen dem kapitalistischen Westdeutschland und der „sozialistischen" DDR ab, nachdem er die Lebensbedingungen des Dr. Hahn kennengelernt hat. Und das ist auch genau das schändliche Ziel dieser Fernsehreportage gewesen: Man soll den Eindruck gewinnen, daß zwischen Kapitalismus und Sozialismus im Grunde gar kein Unterschied besteht, sondern nur von den Kommunisten vorgesponnen wird, damit sie sich ein feines Leben machen können. Der Trick ist eben der, daß sowohl der DDR-Bonze Hahn, der prominentes Mitglied der neuen Bourgeoisie in der DDR ist, wie auch Lothar Löwe, der im Auftrag der westdeutschen Bourgeoisie filmt, uns die DDR als sozialistisches Land verkaufen wollen. Dabei verfolgt Herr Hahn das Ziel, die Massen darüber zu täuschen, daß sich in der DDR eine neue Bourgeoisie gebildet hat, die die Arbeiterklasse ausbeutet und unterdrückt. Die westdeutsche Bourgeoisie verfolgt dabei das Ziel, den Sozialismus in den Augen der Massen in Mißkredit zu bringen, indem sie selbst den „Kommunisten" Hahn als Bourgeois entlarvt, dabei aber gleichzeitig den Eindruck erwecken will, daß das eben der Sozialismus sei.

Ein raffiniertes Manöver, aber es wird weder der einen noch der anderen Bourgeoisie auf die Dauer nützen, denn sie beide werden immer besser von der Arbeiterklasse durchschaut und schließlich durch die proletarische Revolution hinweggefegt werden.

Reisebericht aus der DDR

Vor einiger Zeit war ich eine Woche lang bei Freunden und Bekannten in der DDR zu Besuch. Ich möchte einige Erfahrungen, Erlebnisse und Gespräche mit Deutschen aus der DDR schildern.

Als wir von der Autobahn herunterfuhren und durch kleinere Ortschaften kamen, bekamen wir einen deprimierenden Eindruck. Es gab auf dem Land kaum ein Haus, das Farbe hatte, ordentlich verputzt oder renoviert war. Nur ab und zu mal ein Neubau oder am Rand einer Großstadt aus dem Boden gestampfte Wohnsilos wie Neuperlach in München, kalt und menschenfeindlich. Schöne Häuser gehörten entweder Funktionären, Ärzten oder ähnlichen „Größen". Einfache Arbeiter können sich zwar unter Umständen auch ein Häuschen bauen, haben aber meist sehr lange Bauzeiten hinzunehmen, weil sie an das Baumaterial sehr schlecht rankommen. In der DDR kann man zu dort knappen Waren, auch z. T. besonderen Lebensmitteln, Textilien usw., nur auf zwei Wegen kommen, entweder durch Beziehungen oder durch einen Batzen Geld, was fast identisch ist.

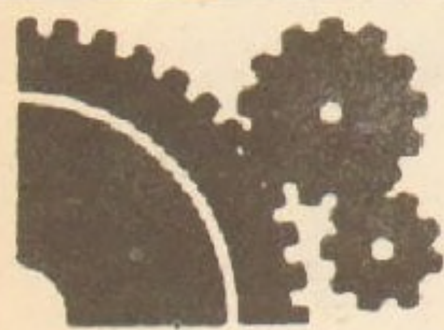
In den großen Städten und dort wiederum den Aushängeschildern, den Stadtkernen und Einkaufsvierteln, sind Häuser und Straßen renoviert, neugebaut, mit Farbe versehen. Während in kleinen Dörfern Lebensmittelläden geschlossen wurden und die Bevölkerung kilometerweit um Lebensmittel in Nachbarorte gehen müssen, während auf dem Land auch einfachere Waren nur manchmal zu haben sind, werden die Geschäfte in den größeren Städten relativ gut mit Waren ausgestattet. Das alles sind Beispiele dafür, wie durch den Sturz des Sozialismus in der DDR, durch die Restauration des Kapitalismus sich auch der Widerspruch zwischen Stadt und Land verschärfte, die Lage auf dem Land besonders schlecht ist.

Die Menschenfeindlichkeit des DDR-Systems zeigt sich u. a. in der Frage der Umweltvernichtung. Vor allem in der Gegend zwischen Leipzig und Magdeburg, an den großen Chemiewerken wie z.B. den Leuna-Werken, konnten wir feststellen, daß sich die Bourgeoisie in der DDR genauso wenig um das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung kümmert wie in jedem kapitalistischen Land auch. Der Gestank, den die Fabriken verbreiteten, war bestialisch und über zig Kilometer hin festzustellen. Die Saale war von einer teilweise fast dichten Schaumkrone bedeckt, die reinste Kloake.

Wie bekamen sehr deutlich zu spüren, daß die DDR ein besetztes Land ist. An jeder zweiten Kreuzung steht ein russischer Posten, der russischen Truppen den Weg weist. Wir erlebten Truppenbewegungen ungeheuren Ausmaßes. Ca. 24 Stunden fuhren mit zum Teil nur relativ kurzen Unterbrechungen Transport- und Panzerfahrzeuge durch die Ortschaften. Dabei benahm man sich typisch für Besatzer: während die Russen fuhren, hatte alles anzuhalten. So kam es, daß sich während des Berufsverkehrs in größeren Ortschaften trotz relativ geringer Automobilisierung in der DDR riesige Staus bildeten. Viele Leute mußten große Umwege fahren, um nicht viele Stunden Zeit zu verlieren. Dagegen erhob sich unter der DDR-Bevölkerung lautstarker Protest. Überhaupt werden die Besatzer, die außer in den offiziellen Kasernen in den Städten noch in vielen Teilen großer Wälder völlig abgeschirmt sind, äußerst stark gehaßt. In den Ortschaften sieht man eigentlich nur russische Offiziere, die Mannschaften dürfen kaum aus den Kasernen.

Über den Haß gegen die Besatzer können auch nicht die vielen Transparente zur „sowjetisch-deutschen Freundschaft" in den Ortsbildern und an den Fabrikeingängen hinwegtäuschen, die russischen Besatzer sind in der DDR völlig isoliert.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Deutsche und ausländische Arbeiter - eine Kampffront

Ich arbeite in einem Mittelbetrieb in Bielefeld. Anläßlich meines Prozesses (800,– und Veröffentlichung des Urteils) gab die ROTE GARDE ein Flugblatt heraus, das im Betrieb auch viel diskutiert wurde. Am Freitag nach der Spätschicht zogen ein paar Kollegen mit mir zusammen in eine Kneipe, wo ich von meinem Prozeß berichtete. Ein ausländischer Kollege kaufte mir dabei 4 „Rote Morgen" ab und verkaufte sie an seine Kollegen weiter. Dazu bekam ich 5,– DM Spende für meinen Prozeß. Einem anderen, türkischen Kollegen verkaufte ich das Parteiabzeichen, außerdem lud er mich zu sich nach Hause ein. Ich besuchte ihn am nächsten Tag und es fand ein geselliger Abend in einer herzlichen, revolutionären Atmosphäre statt. Es war dort noch eine andere türkische Familie zu Gast und ich berichtete auch über meinen Prozeß und über die „Roter Morgen"-Prozesse. An diesem Abend verkaufte ich noch einige „Rote Morgen" und die Schallplatte der Partei, dazu bekam ich 10,– DM Spende für den „Roten Morgen"! Man kann sagen, viele Kollegen haben anhand dieses Prozesses den Charakter des Staatsapparates noch mehr durchschaut, sie üben praktische Solidarität und der Einfluß der Partei im Betrieb wächst.

Am Montag, den 6. 12., war dann Betriebsversammlung. Nachdem der Betriebsrat wieder keinen Dolmetscher besorgt hatte, ging ein großer Teil der ausländischen Kollegen protestierend raus. Vollkommen berechtigt. Ich hielt dann eine Rede, wo ich unter dem Beifall der deutschen Kollegen die Machenschaften des Betriebsrates angriff und mich mit den berechtigten Forderungen der ausländischen Kollegen solidarisierte. Ich ging dann noch auf die Lohntarifrunde ein, zeigte den geplanten Lohnraub auf, und stellte klar, daß wir nur etwas erreichen können, wenn wir die Sache selbst in die Hand nehmen. Über die Hälfte der Kollegen klatschte Beifall. Am nächsten Morgen verteilte die Partei ein Flugblatt zur Betriebsversammlung. Es ist sehr gut angekommen. Schon morgens (ich hatte Nachtschicht) zeigten Kollegen mir begeistert das Flugblatt, an einer Maschine in meiner Abteilung wurde es aufgehängt. Am Abend kamen noch einmal einige Kollegen zu mir und wollten Flugblätter haben. Vor allem die ausländischen Kollegen freuten sich sehr über die Unterstützung ihrer berechtigten Forderungen. Auch in den anderen Abteilungen ist das Flugblatt gut angekommen, wurde mir berichtet.

Das zeigt, daß der Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung wächst, das zeigt, daß die deutschen und ausländischen Kollegen sich gegen alle Spaltungsmanöver zusammenschließen, und das zeigt, daß die Partei mehr und mehr Einfluß unter den Kollegen gewinnt.

Rot Front, ein Genosse aus Bielefeld.

Entlassen weil er Kommunist ist

Am 21. 1. 1976 bekam ich endlich eine Arbeitsstelle. Ich war 75 von der Schule gekommen, und ich hatte keinen Ausbildungsplatz gefunden. Ich dachte, wartest du ein Jahr und gehst erst mal so arbeiten. Aber dem war nicht so. Obwohl ich fast jeden Tag aufs Arbeitsamt ging, hieß es: Für Jugendliche ist es sehr schwer Arbeit zu beschaffen. Ich bekam zwar einige Stellen vermittelt, aber jedesmal hieß es: „Es tut uns leid, aber wir brauchen ‚Fachpersonal'.! Zudem bekam ich keinen Pfennig Unterstützung.

Als ich nun in der Firma W. anfing, gefiel es mir ganz gut. Ein scheinbar guter Arbeitgeber, ein Lohn, der nicht gerade hoch, aber für meine momentane Situation sehr angepaßt (6.55 DM pro Stunde).

Doch der Schein trügt, bald zeigten die Kapitalisten ihr wahres Gesicht. Sie verlangten Überstunden von mir, na gut, dachte ich, du bist noch in der Probezeit und brauchst die Stelle. Du bekommst ja nach vier Wochen den Arbeitsvertrag, dann kannst du immer noch Nein sagen. Doch dem war nicht so, denn als ich nach vier Wochen fragte, wo mein Arbeitsvertrag wäre, wurde mir mitgeteilt, daß meine Probezeit um nochmal vier Wochen verlängert wurde. Ich war sauer, trotzdem arbeitete ich weiter, inklusive Überstunden und ohne mehr Geld, wie man mir am Anfang versprochen hatte. Wenn man was dagegen sagte, hieß es: „Sie können ja gehen, wenn es Ihnen nicht paßt." dabei wußten diese kapitalistischen Ausbeuter genau, daß ich die Stelle brauchte.

Als ich nach vier Monaten immer noch keinen Arbeitsvertrag gesehen hatte und danach fragte, war es leider ein „bedauerlicher" Verwaltungsfehler, worum man sich natürlich sofort kümmerte. Mir ging die Galle hoch, nicht genug, daß diese Ausbeuter mich als billigen Profitbringer benutzten, nein, sie betrogen mich auch noch um mein Recht. Ich machte keine Überstunden mehr. Sie mußten herausgefunden haben, daß ich Kommunist war. Denn von dem Zeitpunkt an wurde ich unter Druck gesetzt. Ich würde zuwenig arbeiten usw. Da ich mich aber nicht unter Druck setzen ließ, wurde ich zwei Monate später entlassen. Angegebener Grund: „Leistungsmangel". Aber ich war nicht der einzigste, der in der Firma W. in Wirges entlassen wurde. Noch weitere drei wurden entlassen, alle drei keine Kommunisten, das einzigste war, sie machten keine Überstunden.

Aber der Ärger hörte nicht auf. Ich meldete mich wieder beim Arbeitsamt. Dort ließ man sich Zeit, vermittelte mir Stellen, wo ich sowieso nicht ankam, und überreichte mir nach zwei Wochen ein Antragsformular auf Arbeitslosengeld. Es war inzwischen fast Ende Juli, mein Entlassungstag war aber der 28. 6. 1976. Das waren weitere Repressalien, denn man wußte auch schon auf dem Arbeitsamt, daß ich Kommunist war. Nun wartete ich noch vier Wochen auf die Verdienstbescheinigung, da die „Verwaltung" bei der Firma W. immer noch nicht besser geworden zu sein schien. Ich ging wieder zum Arbeitsamt, wo man bedauerlicherweise feststelle, daß ich nur Anspruch auf Arbeitslosenhilfe hatte. Das hieß wiederum einen neuen Antrag ausfüllen. Ich füllte ihn aus und ging wieder hin. Es war inzwischen Ende August. Nun mußte der Antrag natürlich erst noch bearbeitet werden. Zu meinem Glück war ich in diesem Jahr auf die Fachoberschule gekommen. Obwohl die Bourgeoisie mir auch das verwehren wollte, indem sie mir die Praktikumsstelle sperrte, aber ich fand in Koblenz eine andere, weil man da noch nicht wußte, daß ich Kommunist war, außerdem darf ich ja ohne Lohn arbeiten. Aber zurück zum Arbeitsamt. Mein Geld bekam ich Mitte September, mit dem Abzug von vier Wochen, da ich ja aus eigenem Verschulden entlassen wurde.

Und was sagte die Gewerkschaft dazu, „das müssen Sie verstehen, wir sind in der Krise, da muß jeder eben den Gürtel enger schnallen." Komisch, daß immer nur die Arbeiterklasse den Gürtel enger schnallen muß.

Und deshalb, junge Kollegen, Schüler und Jungbauern, glaubt nicht an die Phrasen der Herren da oben, denn es sind nur Lügen. Die Kapitalisten sind die ersten, die euch feuern, wenn sie euch nicht brauchen. Erst wenn wir sie in der Revolution beseitigt haben, können wir darauf hoffen, daß unsere Zukunft gesichert ist. Drum vorwärts im Kampf mit der ROTEN GARDE unter Führung der KPD/ML zum Sturz der Bourgeoisie, für die Diktatur des Proletariats.

(Aus: „Der Rote Hahn", Zeitung der ROTEN GARDE Montabaur).

Gewerkschaftskongreß der IGBE

Bonzen und Arbeiterverräter unter sich

Vom 23. bis 27. 11. fand in der Dortmunder Westfalenhalle der 11. Gewerkschaftskongreß der IG Bergbau und Energie statt. Außer den 300 Delegierten, die den Funktionärsapparat der Gewerkschaft repräsentierten, nahmen auch eine Vielzahl von Gästen teil. Unter ihnen Bundeskanzler Schmidt und verschiedene andere Spitzenpolitiker aus Bonn. So z. B. die Bundesminister Arendt (ehemaliger Vorsitzender der IG Bergbau) und Apel. Natürlich durfte auch Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Kühn nicht fehlen, der noch von verschiedenen seiner Landesminister begleitet war. Auch verschiedene offizielle Vertreter des Monopolkapitals waren vertreten und nicht zu vergessen auch Vertreter der beiden Kirchen, darunter auch ein Bischof.

Der Vorsitzende der IG Bergbau Adolf Schmidt begrüßte sie alle überschwenglich, bezeichnete sie allesamt als „Freunde und Kollegen" und konnte vor allem kaum genug Lobesworte für Kanzler Schmidt finden und darüber, daß die Ruhrkumpel diesem Vertreter des westdeutschen Monopolkapitals doch ach so viel zu verdanken hätten. Damit verdeutlichte Oberbonze Adolf Schmidt für jeden klassenbewußten Bergarbeiter, daß dieser Gewerkschaftstag alles andere als ein Forum für die Interessen der Arbeiterklasse, daß er vielmehr eine Veranstaltung von Bonzen und Arbeiterverrätern war, die unter der Schirmherrschaft ihrer Auftraggeber und Komplizen tagte: der Monopolkapitalisten und der Repräsentanten des Bonner Ausbeuterstaates. Insofern spiegelte der Kongreß auch in anschaulicher Weise die Verfilzung des arbeiterfeindlichen Gewerkschaftsapparates mit dem Finanzkapital und dem kapitalistischen Staatsapparat wider. Diese Verfilzung und Verflechtung ist gerade im Ruhrbergbau besonders stark ausgeprägt, was mit der starken Zentralisierung des Kapitals in Form der Ruhrkohle AG, die den gesamten Steinkohlebergbau an Rhein und Ruhr in sich vereint, und natürlich mit der Montanmitbestimmung zusammenhängt. Die Bonzen sitzen auf allen Ebenen in den Aufsichtsräten und Vorstandsgremien der RAG und bestimmen darüber mit, wie die Kumpel am effektivsten ausgebeutet und unterdrückt werden, welche Zechen stillgelegt und in welchem Maße die Arbeitsplätze zusätzlich durch Rationalisierungsmaßnahmen abgebaut werden sollen.

Entsprechend diesen Gegebenheiten dienten auch die Reden und Beschlüsse dieses Gewerkschaftskongresses einzig und allein dazu, die Wirksamkeit des Gewerkschaftsapparates als Werkzeug des Kapitals zur Zersetzung und Unterdrückung der Kämpfe der Bergarbeiter zu gewährleisten und zu verbessern. Die RAG-Bosse und ihre Handlanger sehen sich heute vor die Notwendigkeit gestellt, sich auf die Niederhaltung bevorstehender Kämpfe der Bergarbeiter um ihre elementaren Interessen vorzubereiten, denn verschärfte Ausbeutung und weiterer Abbau von Arbeitsplätzen werden mit Sicherheit auf zunehmende Empörung und auf Unruhen der Kumpel stoßen. Natürlich versuchen die Bonzen ihre reaktionären Pläne zu tarnen, indem sie diese als Vertretung der Arbeiterinteressen ausgeben.

So haben sie (unterstützt durch die bürgerlichen Massenmedien) viel Wind um den Beschluß gemacht, daß sie die Einführung der Viertagewoche bei vollem Lohnausgleich schrittweise in den kommenden Jahren anstreben wollen. Das sei eine Maßnahme, die das Leben der Kumpel erleichtern und gleichzeitig die Arbeitsplätze sicherer machen würde. In Wirklichkeit ist selbst dieser marktschreierisch angepriesene Beschluß nichts weiter als ein Manöver, das gegen die Interessen der Arbeiter und kleinen Angestellten gerichtet ist. Zum einen soll den Kumpeln dadurch der Plan der RAG-Bosse schmackhaft gemacht werden, wie in der Hüttenindustrie die „kontinuierliche Arbeitszeit" (Conti-Schicht) einzuführen, was für die Kapitalisten eine äußerst wichtige Rationalisierungsmaßnahme darstellt, mit der sie ihre Profite erheblich steigern können, während sie für die Kumpel unter anderem bedeutet, daß sie am Wochenende und an den Feiertagen meistens malochen müssen. Falls die Viertagewoche in dieser Form tatsächlich eingeführt werden sollte, wäre es zudem sicher, daß die Arbeitshetze durch die Kapitalisten noch brutaler als bisher gesteigert würde, während man gleichzeitig die Belegschaften durch Rationalisierung und durch Erpressung von Überschichten weiter verkleinern würde, um aus weniger Kumpeln noch fettere Profite herauszuschinden. Und die Gewerkschaftsbonzen würden diese Verschärfung der Ausbeutung hintenherum noch fördern und den Widerstand dagegen abwürgen, da kann man sicher sein! Daß dadurch Arbeitsplätze im Bergbau sicherer gemacht werden, ist ein Märchen, das die Kumpel vom revolutionären Kampf gegen die Angriffe der Kapitalisten abhalten soll.

Wie ernst es den IG Bergbau-Bonzen mit der Sicherung der Arbeitsplätze tatsächlich ist, zeigt sich daran, daß Gewerkschaftsboß Schmidt in einem Interview mit dem WDR zynisch behauptete, die Perspektiven für die Kumpel im Hinblick auf die Arbeitsplätze seien dank des Bonner Energieprogramms ausgezeichnet. Dabei ging er mit Schweigen darüber hinweg, daß doch inzwischen die Kohlehalden im Ruhrgebiet so hoch geworden sind wie noch nie seit 1945. Wie verlogen die Beruhigungsparolen der Bonzen sind, kann man auch daran sehen, daß sie den Kumpeln schon seit Monaten verschweigen, daß die RAG für das nächste Jahr ca. 25 Feierschichten geplant hat. Das sind mehr als auf dem Höhepunkt der Bergbaukrise (damals waren 23 die höchste Zahl). Dabei haben ja die Herren „Arbeitnehmervertreter" diese Maßnahme, die für die Kumpel harte finanzielle Einbußen bringen wird, selbst in den Vorständen der RAG mit beschlossen. Als kürzlich kommunistische Arbeiter auf der Zeche Blumenthal auf einer Belegschaftsversammlung diese Tatsachen aufdeckten, war die Reaktion der reaktionären Betriebsratsclique nichts als wilde antikommunistische Schimpftiraden.

Die reaktionäre volksfeindliche Rolle des IG Bergbau-Bonzenapparates zeigt sich auch an seiner Haltung zu den Atomkraftwerken. So betonte Schmidt auf dem Kongreß, daß seine Gewerkschaft grundsätzlich den Bau von Atomkraftwerken und das Bonner Energieprogramm insgesamt unterstützt. Mit verschiedenen Argumenten versuchte Schmidt die Lüge zu untermauern, dadurch würde die Verwendung der Kohle als Energieträger nicht geschmälert. Gegen den Kampf der Bevölkerung zur Verhinderung der lebensbedrohenden Atomkraftwerke und des verbrecherischen Energieprogramms der Bonner Regierung druckte in den letzten Wochen die Zeitung der IGBE „Einheit" einen Hetzartikel nach dem anderen. Warum vertreten die Bonzen der IG Bergbau denn solche Standpunkte, obwohl sie es mit Sicherheit sehr schwer haben werden, sie den Kumpeln als in ihrem Interesse zu verkaufen? Sie tun dies deshalb, weil sie Komplizen und Lakaien des Monopolkapitals sind, weil ihre Oberhäupter wie Adolf Schmidt selbst zur Monopolbourgeoisie gehören. Die Profite und die Macht des westdeutschen Imperialismus sind es, was Schmidt, Alker und Konsorten tatsächlich am Herzen liegt, nicht aber die Erhaltung von Arbeitsplätzen oder die Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen.

Deshalb dürfen sich die Arbeiter und kleinen Angestellten im Bergbau und in der Energiewirtschaft in keiner Weise auf diese Bonzen und ihre Nachbeter verlassen. Vielmehr müssen sie sich im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung genauso gegen den Gewerkschaftsapparat wie gegen die Konzernherren selbst zusammenschließen. Sonst werden sie verraten und verkauft sein.

Bremer Polizei

Mit MPs gegen streikende Arbeiter

Mit brutaler Gewalt hat die Polizei in Bremen einen Streik von sieben Seeleuten auf dem israelischen Frachter „Galila" zerschlagen. Bei dem Einsatz gegen die streikenden Seeleute waren die Polizisten sogar mit Maschinenpistolen bewaffnet.

Die „Galila" ist im Besitz der israelischen Staatsreederei. Ihre siebenköpfige Besatzung hatte den Streik Mitte Oktober begonnen. Zugleich legten die Besatzungen sieben weiterer Schiffe der Reederei, die sich zu der Zeit in verschiedenen anderen Häfen befanden, aus Solidarität mit der Besatzung der „Galila" die Arbeit nieder. Bei dem Streik handelte es sich keineswegs um einen spontanen Kampf der Seeleute. Die israelische reaktionäre Gewerkschaft „Seamen's Union" und die ÖTV hatten offiziell erklärt, daß sie den Streik unterstützen. Auch die Gesetze waren in diesem Fall auf Seiten der streikenden Seeleute.

Aber um den Kampf der Arbeiter zu unterdrücken, kümmerte sich der bürgerliche Staat einen Dreck um seine eigenen Gesetze. Am Nachmittag des 26. Oktober und in den frühen Morgenstunden des darauffolgenden Tages wurden die streikenden Seeleute brutal überfallen. **Zwanzig mit Maschinenpistolen bewaffnete Polizisten stürmten das Schiff. Mit vorgehaltener Waffe holten sie die Seeleute aus ihren Kojen und trieben sie im Aufenthaltsraum des Schiffes zusammen. Anschliessend wurde eine Streikbrechermannschaft an Bord geholt, die die „Galila" sofort unter dem Schutz der Polizei an einen anderen Ort brachte.**

Die Bremer Polizei handelte im Auftrag der israelischen Zionisten. Die Polizei ist eben nicht „neutral" und steht nicht über den Klassen. Sie ist, wie der gesamte Staatsapparat, eine Waffe in den Händen der Kapitalisten, um die Arbeiter zu unterdrücken und die Ausbeuterordnung gewaltsam aufrechtzuerhalten.

Stahltarifrunde

Verräter bahnten dem 6%-Lohnraub den Weg

Fortsetzung von Seite 1

in der Produktion tätigen Stahlarbeiter aus. Dies hängt mit dem in der Stahlerzeugung üblichen Conti-Schichtsystem zusammen, das die Stahlarbeiter besonders harten Belastungen unterwirft (Siebentagewoche bei Wechselschicht, an den meisten Wochenenden und Feiertagen steht man im Betrieb). In diesem Zusammenhang sei auch einmal darauf hingewiesen, daß die 6% ja nur auf einen Teil des Lohns der Stahlkumpel bezahlt werden, daß also ihr Gesamtlohn in Wirklichkeit um weniger als 5% steigt.

Wie war es den Kapitalisten und Gewerkschaftsbonzen möglich, den Stahlwerkern diesen Schandabschluß aufzuzwingen? Waren die Kollegen etwa nicht kampfbereit? Doch, die Kampfbereitschaft war sehr stark, trotz der massiven Lohnverzichtspropaganda, trotz der Versuche der Kapitalisten, die Arbeiter und kleinen Angestellten mit Drohungen mit Kurzarbeit, Entlassungen und Unterdrückungsmaßnahmen einzuschüchtern und zu erpressen. Das zeigen die Warnstreiks und Demonstrationen bei Thyssen, Krupp, Klöckner, die Protestkundgebungen bei Hoesch und Mannesmann. **Aber eines ist klar: um den geplanten Lohnraub zu verhindern, um die Kapitalisten die Kraft der kämpfenden Arbeiterklasse spüren zu lassen, war es notwendig, die Gewerkschaftsbonzen genauso als Feind zu bekämpfen, wie die Konzernherren der Hüttenindustrie.**

Die Oberbonzen des Gewerkschaftsapparates, die Vetter, Loderer und Konsorten sind ja schließlich selbst Kapitalisten. Wenn diese Herren vorgeben, die Interessen der Arbeiter und kleinen Angestellten zu vertreten, wenn sie sich in die Pose von Gegnern der Monopolkapitalisten versetzen, so ist das nichts anderes als frecher Betrug. Und das ist den meisten Kollegen auch bewußt. Aber auch die Bonzen der unteren Ebenen, die Sekretäre der Ortsverwaltungen, die Funktionäre der Vertrauensleuteleitungen, die freigestellten Betriebsräte sind im Grunde nicht besser. Sie sind doch (bis auf wenige Ausnahmen vielleicht) völlig bestochene Elemente, korrupte Lakaien der Kapitalisten und der Gewerkschaftsbosse. Wenn sie hin und wieder scheinbar eine kritische Haltung gegenüber den Oberbonzen einnehmen, dann doch nur, um bei uns Arbeitern und kleinen Angestellten Illusionen über ihre wirkliche Rolle zu erwecken und um zu verhindern, daß der Gewerkschaftsapparat seinen Einfluß in den Betrieben gänzlich verliert.

Wenn z. B. jetzt in der großen Tarifkommission eine starke Minderheit gegen den 6%-Abschluß gestimmt hat (das Abstimmungsergebnis lautete: 69 für und 41 gegen die Vereinbarung), dann dient das genau dazu, solche Illusionen zu schüren und den Eindruck zu erwecken, als sei ein Teil des Gewerkschaftsapparates nicht so arbeiterfeindlich und reaktionär wie die Führungsspitze, als existiere innerhalb des Gewerkschaftsapparates eine Opposition, auf die wir uns gegen die Oberbonzen stützen können. **Lassen wir uns nicht täuschen! Der Gewerkschaftsapparat ist als ganzes reaktionär und arbeiterfeindlich. Ohne den ständigen Verrat und die hinterhältigen Abwiegelungsmanöver der unteren Ebenen (wie z. B. der Vertrauensleutekörper und der Betriebsräte) wäre es unmöglich, daß man uns solche Lohnraubabschlüsse aufzwingt, wie jetzt wieder die 6%.**

Eine wirkliche Opposition innerhalb der Gewerkschaften, die sich gegen die Unterdrückung des Kampfes der Arbeiter und kleinen Angestellten und gegen den fortgesetzten Verrat an unseren Interessen richtet, muß sich nicht nur gegen die Oberbonzen, sondern gegen den gesamten Funktionärskörper richten. Sie muß die klassenbewußten Kollegen außerhalb und innerhalb der Gewerkschaft auf der Grundlage des revolutionären Klassenkampfs gegen das Kapital und alle seine Handlanger zusammenschließen. Sie muß für selbständige Streiks und Aktionen, die ohne und gegen den Gewerkschaftsapparat geführt werden, eintreten. Sie muß kompromißlos jede Theorie und Politik ablehnen, die von irgendeinem angeblichen gemeinsamen Interesse zwischen Arbeitern und Kapitalisten ausgeht und sie muß über den Tageskampf hinaus den Kampf für die Zerschlagung des kapitalistischen Ausbeutersystems auf ihre Fahnen schreiben.

Es wäre den Gewerkschaftsbonzen schon lange nicht mehr möglich, die Arbeiterklasse derartig zu betrügen und unsere Kämpfe zu sabotieren, könnten sie sich nicht auf die modernen Revisionisten der D„K"P stützen. Durch ihr scheinbar sehr radikales Auftreten erwecken diese Arbeiterverräter den Eindruck, als seien sie erbitterte Gegner des Kapitalismus und der Ausbeutung und konsequente Vertreter der Arbeiter und kleinen Angestellten. Aber gerade auch die diesjährige Stahltarifrunde zeigt wieder einmal, daß diese Pseudokommunisten in Wahrheit nur besonders geschickte und raffinierte Feinde der revolutionären Arbeiterbewegung und äußerst durchtriebene Agenten der Kapitalistenklasse sind.

Bevor noch die 8,5%-Forderung von der großen Tarifkommission aufgestellt worden war, waren es hauptsächlich die D„K"P-Revisionisten, die dafür sorgten, daß in den Vertrauensleuteversammlungen höherliegende Forderungen (zwischen 11 und 15 Prozent) verabschiedet wurden. Dabei ging es ihnen einzig und allein darum, die Arbeiter und kleinen Angestellten davon abzuhalten, selbständig Forderungen aufzustellen und für ihre Durchsetzung den Kampf aufzunehmen. Das zeigte sich schon daran, daß sie erbittert dagegen ankämpften, als Forderungen auftauchten, die wirklich von den Kollegen selbst kamen: z. B. 1,50 linear (Festgeldforderung) bei HDW in Hamburg oder 1 DM bei Klöckner in Bremen. Es zeigte sich auch darin, daß sie später revolutionäre Arbeiter, die auf Belegschaftsversammlungen die 8,5%-Forderung der Bonzen als Verrat entlarvten und den Kollegen erklärten, daß der IGM-Apparat nur ein Ziel hat: den Kampf abzuwürgen und einen Lohnraubabschluß durchzupauken, mundtot zu machen versuchten, indem sie sie als Spalter diffamierten, ihnen das Mikrophon abzudrehen versuchten usw. So geschah es z. B. bei Hoesch in Dortmund, wo sie allerdings damit bei der Mehrheit der versammelten Belegschaftsmitglieder Protest und Empörung gegen sich selbst hervorriefen.

Die D„K"P-Arbeiterverräter waren es auch, die sich in den allermeisten Fällen an die Spitze der Proteststreiks, Demonstrationen und Kundgebungen stellten, um so die Bewegung besser unter die Kontrolle des Gewerkschaftsapparates bringen und ein machtvolles Aufbranden des Kampfs gegen den geplanten Lohnraub verhindern zu können. Dabei griffen sie zu scheinradikalen Parolen und einer üblen Demagogie, um die Arbeiter zu verwirren und sie davon abzuhalten, gegen den Willen der Gewerkschaftsbonzen in den Streik zu treten. **Auf diese Weise wiegelten sie hinterhältig ab. Versuche klassenbewußter und kommunistischer Arbeiter, diesen Verrat zu entlarven und eine Ausweitung der Warnstreiks und Protestkundgebungen zu echten Kampfmaßnahmen durchzusetzen, würgten sie gewaltsam mit sozialfaschistischen Schlägermethoden ab.**

Nehmen wir Hoesch als Beispiel. Der Vertrauensleutekörper hatte am Dienstag den 9. 12. (also dem letzten Verhandlungstag) in der Belegschaft aufgerufen: Diejenigen, die gerade Freischicht hätten, sollten zu einer Protestkundgebung vor die Hauptverwaltung kommen. Dort sollte eine Resolution (praktisch eine Bittschrift) an die Hoesch-Bosse übergeben werden. Als daraufhin unter den Hoescharbeitern eine starke Stimmung erkennbar wurde, daß auch jene Kollegen, die Schicht hatten, die Brocken hinwerfen und zu der Kundgebung ziehen wollten, rannten die D„K"P-Revisionisten durch die Werkshallen und wiegelten ab. Man solle doch keinen Unsinn machen, nur die Freischichtler sollen zur Kundgebung erscheinen. Infolgedessen kamen dann auch nur wenige ehrliche Kollegen zur Hauptverwaltung. Die Mehrheit auf der Kundgebung waren Vertrauensleute, die unter dem Einfluß der D„K"P bzw. der Gewerkschaftsbonzen standen. Als zwei klassenbewußte Arbeiter (einer davon war ein Kommunist) mit Schildern dazukamen, auf denen Parolen für Streik und gegen den Verrat der Bonzen standen, fielen auf ein Zeichen eines D„K"P-Funktionärs, der die Kundgebung leitete, revisionistische Schlägertruppen über die Arbeiter her und zertrümmerten die Schilder. Die Parolen auf den Schildern lauteten: **„Die Bittschrift in die Emscher – Kollegen! In den Streik!"** und **„Ob 5.4, 6 oder 8 Prozent – das ist doch alles Hohn. Bosse und Bonzen wollen Lohnraub. Wir wollen: Streik für mehr Lohn!"**

Dem D„K"P-Funktionär rutschte übrigens bei seinen Reden so heraus, daß dieser Tag der letzte Verhandlungstag sei. Mit anderen Worten: Diese Verräter waren ganz genau über den in der folgenden Nacht geplanten Abschluß der Tarifverhandlungen informiert. Ihre Protestkundgebung war ein bewußt geplantes Betrugsmanöver. Sie trieben dieses widerliche Spiel sogar noch weiter und kündigten an, sie würden am Abend mit Bussen nach Krefeld fahren, um dort am Verhandlungsort „für die volle Durchsetzung unserer Forderungen" zu demonstrieren. Diese Sache führten sie auch durch und man konnte sie am nächsten Tag in der Tagesschau bewundern, wo sie die „klassenkämpferische" Kulisse des 6%-Abschlusses in Krefeld abgaben.

Die Arbeiter und kleinen Angestellten waren kampfbereit. Sie wollten streiken um den Konzernherren die Quittung für ihre unverschämten Provokationen auszustellen und um sich gegen die geplanten Lohnraubvereinbarungen zwischen den Stahlbossen und den Gewerkschaftsbonzen zu wehren. Daß die Bewegung jedoch versandete und die Kampfkraft der Stahlwerker nicht zum Tragen kam, haben die Kapitalisten und die Gewerkschaftsbonzen in erster Linie den modernen Revisionisten der D„K"P und den sonstigen Arbeiterverrätern in den unteren Gremien des Gewerkschaftsapparates zu danken. Sie haben den Zusammenschluß gegen den Gewerkschaftsapparat verhindert und haben mit ihrer Abwiegelei und ihren klassenversöhnlerischen, scheinradikalen Parolen die Kampffront zersetzt und gespalten und dem 6%-Abschluß den Weg bereitet. Deshalb müssen diese Verräter entlarvt werden. Ihr Einfluß in unseren Reihen muß zerschlagen werden. Die Politik dieser Arbeiterverräter, immer wieder Illusionen über den Gewerkschaftsapparat zu schüren und die Massen vom selbständigen und revolutionären Kampf abzuhalten, muß von immer mehr Kollegen in ihrer ganzen Schädlichkeit erkannt werden. Nur dadurch können wir in Zukunft erfolgreicher die Manöver der Kapitalisten und Gewerkschaftsbonzen durchkreuzen und machtvolle Streiks für die Durchsetzung unserer Lohnforderungen organisieren.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

'Dürrehilfe'?

Sie lassen uns verdorren!

Nach langem Lamentieren ließen sie die Katze aus dem Sack: Wenn jemand überhaupt Ansprüche auf diese „Hilfe" geltend machen will, muß er einen Ernteausfall von **über 30%** des Ertrags haben, das entspricht einem im Durchschnitt um 70% verminderten Einkommen (laut Stoltenberg im „Bauernblatt").

Wenn einer 29% Ernteausfall, somit **fast 70%** Einkommenseinbußen hat, bekommt er **nichts!** Diese „über 30%" wollen erst einmal „glaubhaft gemacht" werden, wie es so schön in der Ankündigung der „Dürreschadenshilfe 1976" heißt. Der Anmeldeschlußtermin lag aber am 15. Oktober, zu einem Zeitpunkt, wo die Rübenernte noch gar nicht begonnen und zur Auswertung gelangt ist.

Die „Hilfe" besteht darin, daß die Geschädigten billig Schulden machen, Kredite mit kurzer Laufzeit – höchstens drei Jahre – aufnehmen können! Diese Kredite sind so knapp gehalten, daß sie vorn und hinten nicht ausreichen. Bei 30% Ernteausfall, also an der unteren Grenze, hat ein 30 ha-Hof Ansprüche auf 250 DM/ha, das heißt einen Kreditbetrag von 7 500 DM. Bei **Total-Ausfall** könnte er 1 000 DM/ha erhalten, also 30 000 DM Kredit. Dieser Betrag wäre als Geschenk noch in die hohle Hand gesch…., wenn man bedenkt, welchen Kostenaufwand Aussaat, Pflege der Kulturen, Düngung, Spritzmittel usw. usw. allein verschlingen. Aber es muß alles auf Heller und Pfennig zurückgezahlt werden.

Dazu kommt, daß plötzlich die Futterpreise hochschossen, so daß sie jetzt mehr als 20% über dem Vorjahrsniveau liegen, daß die Fleischpreise sich auf niedriger Ebene bewegen, während der Handel Hochkonjunktur hat! Die Heuernte brachte nichts ein, Futtergetreide ist knapp, aber das Vieh muß ernährt werden, also noch einmal zusätzlich überhöhter Kostenaufwand, und schließlich – von irgendwas muß man selbst auch noch leben.

Unter diesem Aspekt gesehen ist diese Dürrehilfe eine zusätzliche Bürde, eine Neuverschuldung, die vielen kleinen und mittleren Bauern unter Ausnutzung ihrer Notlage aufgezwungen wird. So stehen viele vor der bangen Frage, ob sie sich wohl jemals wieder von dieser Belastung erholen werden, oder ob sie nicht binnen kurzer Zeit, nämlich dann, wenn diese „Vergünstigungsfristen" ablaufen, Land, Vieh und Gerät verkaufen oder verpfänden müssen. Denn die „fetten" Jahre waren für die Bauern niemals fett, da ja der „Markt" die Erzeugerpreise in diesem Fall schnell nach unten reguliert. „Überangebot" heißt es dann.

Die Herren Stoltenberg, Heeremann und Co. reden in diesem Zusammenhang gern vom „unternehmerischen Risiko". Der Landwirt ist frei, sagen sie, er hat die Freiheit, aufzugeben und Arbeit in der Stadt zu suchen:

„Auch bei der Lösung dieser akuten Probleme halten wir an unseren agrarpolitischen Grundvorstellungen fest: Unsere Landwirte sollen freie Unternehmer bleiben. Die bäuerlichen Familien sollen selbst entscheiden, ob sie die Landwirtschaft im Haupt- oder im Nebengewerbe betreiben wollen." . . .

(Aus dem „Schleswig-Holsteinischen Bauernblatt")

Deutlicher geht's nicht. Man kann den Bauern doch nichts schenken, wo bleibt denn da das unternehmerische Risiko?! Umso empörender ist dabei, daß die 22,1 Millionen DM, die z. B. von der Landesregierung zur „Schadensregulierung bereitgestellt" wurden, **umstandslos den Banken geschenkt wurden.** Nämlich in Form von Wucherzinsen von über 18%, die die Banken für die Dürrekredite kassieren und die von unseren Steuergeldern bezahlt werden. Dafür werden diese 22,1 Millionen ausgegeben, als Zinszuschuß von 15% der bereitgestellten Kreditsumme!!

Hieran zeigt sich auch sehr deutlich, wer hinter den Regierungen tatsächlich steht, wessen Interesse sie also wirklich vertreten: Bank- und Monopolkapital. Die Hilfe für die Landwirtschaft Schleswig-Holsteins besteht lediglich in einer Neuverschuldung von 150 Millionen DM!! Was hinter der reaktionären Phrase vom „unternehmerischen Risiko" steckt, ist



also nichts anderes als ein Katz- und Mausspiel mit der Existenz der breiten Masse der Bauern. Das festgelegte Ziel dieses Spiels ist die Konzentration, Rationalisierung – vorangepeitscht durch den Preisdruck des Handels, besiegelt durch die Verschuldung bei den Banken. Ziel ist die Monopolisierung der Landwirtschaft in den Händen einiger weniger, wobei den heutigen Bauern die „Freiheit" der Wahl bleibt, entweder im Zuge der Technisierung durch zu hohe Schulden auf der Strecke zu bleiben – als Landarbeiter, oder von vornherein abzuwandern in das Industrieproletariat.

Die beispiellose Frechheit und Maßlosigkeit, mit der diese Politik gerade in der jetzigen Notlage betrieben wird, wird auf diese Kaste des Finanzkapitals und ihrer Handlanger von Stoltenzwergen und Verheeremännern sehr schnell zurückschlagen, wenn sich nämlich dieses Spielchen als ein Tanz auf dem Vulkan entpuppt.

Besonders schamlos sind ihre Tiraden über das „Schicksal" gegen das man nichts machen kann. Über die „Macht der Naturereignisse" usw. Diese Verlogenheit ist offensichtlich angesichts der Wasserreserven, die im ganzen Bundesgebiet in genügendem Ausmaß vorhanden sind, angesichts unserer entwickelten Agrartechnik, die längst Probleme der Bewässerung spielend lösen kann. Liegen denn nicht Pumpenaggregate zu Hunderten, Bewässerungsrohre zu Zigtausenden von Metern ungenutzt herum? Wäre es nicht ein leichtes, in kürzester Zeit noch weitaus größere Mengen davon zu produzieren? – Selbstverständlich! Der Haken liegt ja eben daran, daß unsere „Volks"wirtschaft sie nicht nutzen kann!

Weil zwischen den Bewässerungsanlagen, ihrem Bau und ihrer Benutzung durch die Bauern der Kapitalismus steht – entweder etwas bringt Profit oder es bleibt liegen. Da aber die Klein- und Mittelbauernwirtschaften diese Kosten in der Regel nicht tragen können – wird nicht bewässert. Die Lösung liegt vor der Nase, aber sie kann nicht durchgesetzt werden, weil sonst das ganze kapitalistische System gesprengt wird.

Das Gerede vom „Schicksal" entpuppt sich noch offener als eine Lüge, sobald man sich das kleine Albanien ansieht, ein Land mit weit geringerem industriellem Entwicklungsstand. Trotz Dürre wurde dieses Jahr dort ein Ernteergebnis erzielt, das 30% über dem Vorjahresertrag liegt und zum ersten Mal konnte der gesamte Brotbedarf des Landes gedeckt werden! Wie ist das möglich?! – Albanien ist vom kleinsten Bergdorf bis in sumpfige Täler mit einem vollkommenen Be- und Entwässerungs- sowie Speichersystem versehen. Des Rätsels Lösung liegt darin, daß in Albanien nicht der Profit der Kapitalisten regiert, sondern die Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern.

Sie haben ein grundlegendes, gemeinsames Interesse daran, sich von vornherein allseitig gegen solche „Schicksalsschläge" abzusichern, von denen sie in der Vergangenheit schwer und oft getroffen wurden. Deshalb planen sie das, was sie brauchen, gemeinsam und führen es durch. Das Resultat sieht man jetzt. Und die Bauern und Arbeiter Albaniens werden unter der Führung ihrer Partei der Arbeit Albaniens (PAA) mit aller Kraft verhindern, daß ihr Land einmal die Farbe wechselt und neue Ausbeuter die Führung übernehmen, wie in Rußland, DDR, Polen, Ungarn usw. geschehen.

Lernen wir von den albanischen Bauern und Arbeitern, schließen wir uns um die revolutionäre deutsche Partei – die KPD/ML – zusammen, um einst alle Schmarotzer für immer abzuschütteln, um Reaktionäre wie Stoltenberg und Heeremann zum Teufel zu jagen und eine blühende Landwirtschaft und gesunde Industrie in einem vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland aufzubauen.

Revisionistisches

AUS DEM BILDERBUCH DES REVISIONISMUS

Vor kurzem hat an der Pädagogischen Hochschule in Reutlingen eine Veranstaltung des revisionistischen AStA zu den Berufsverboten stattgefunden. Dazu wurde der in Sachen Berufsverbote in ganz Schwaben herumreisende D„K"P-Funktionär Schäfer – selbst ein „Betroffener" – eingeladen. Der kam dann auch und öffnete seine revisionistische Schatztruhe mit dankenswerter Offenheit.

Schäfer hatte sich offensichtlich die Aufgabe gestellt, die Studenten, die gekommen waren, um seinen Vortrag anzuhören, auf das reaktionäre Grundgesetz zu verpflichten und verteidigte es fast besser, als die Imperialisten selbst. So begann er seine Rede denn damit, daß er den „fortschrittlichen Geist, das es 1949 ursprünglich hatte" beschwor. Das ist natürlich eine glatte Geschichtsfälschung. Am Grundgesetz war von Anfang an nichts Fortschrittliches. Selbst im Vergleich zur Weimarer Verfassung war es ein Rückschritt. Seine Verabschiedung war zudem ein klarer Bruch des Potsdamer Abkommens und besiegelte die Spaltung Deutschlands, es war und ist das Grundgesetz der kapitalistischen Ausbeuterordnung der westdeutschen Imperialisten. Wer der Arbeiterklasse und den übrigen Werktätigen einreden will, an dem Grundgesetz sei irgendetwas fortschrittlich, tut nichts anderes, als sie mit dem Kapitalismus versöhnen und diesem ein fortschrittliches und demokratisches Mäntelchen umhängen. Aus gutem Grund verschwieg Schäfer denn auch wohl, daß die KPD 1949 keineswegs ihre Stimme für das Grundgesetz, sondern gegen es abgab. Aber es kommt noch dicker. Schäfer wurde nämlich von einem Genossen unterbrochen und der Geschichtsfälschung beschuldigt. Seine Antwort: Wer das Potsdamer Abkommen als fortschrittlich bezeichnet, ist rückschrittlich. In den Augen dieses Sozialfaschisten war also der Kampf der Roten Armee und aller Kommunisten, der es ihnen schließlich ermöglichte, den USA-Imperialisten dieses Abkommen abzutrotzen, reaktionär. Was für eine Verhöhnung und zynische Verachtung für all diejenigen, die gegen die Hitlerfaschisten gekämpft haben und sie schließlich zerschmetterten.

Natürlich, die Revisionisten möchten heute nicht mehr gerne an das Potsdamer Abkommen erinnert werden, sie möchten den großen Kampf, den die Kommunistische Partei der Sowjetunion damals mit Stalin an der Spitze und die deutschen Kommunisten für die Zerschlagung des Faschismus in Deutschland, für die Einheit unserer Nation und den Sozialismus in ganz Deutschland führten, am liebsten totschweigen, weil sie das längst verraten haben.

Kurze Zeit darauf leistete sich Schäfer eine ganz besonders üble Provokation. Als angeblicher Kommunist konnte er es sich natürlich nicht leisten, die Notstandsgesetze unerwähnt zu lassen. Er meldete „Kritik" an, aber was für eine! Die Notstandsgesetze, so erklärte er, seien ein „Fehler" – aber wegen eines solchen „Fehlers" könne er doch den Boden des Rechtsstaates nicht verlassen. **Schließlich seien diese Notstandsgesetze demokratisch zustandegekommen und hätten die Mehrheitsverhältnisse in der Bundesrepublik widergespiegelt.** Eine unverfrorenere und bessere Verteidigung der Notstandsgesetze hätten sich selbst die Kapitalisten nicht ausdenken können. Als ob der Bundestag in irgendeiner Weise den Willen des Volkes widerspiegelt! Abgesehen davon weiß doch jedes Kind, daß die Werktätigen in der Bundesrepublik keineswegs mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze einverstanden waren. Im Gegenteil, sie haben dagegen gekämpft und sind auf die Straße gegangen, wobei ihnen allerdings solche Verräter wie Schäfer und Co. schon damals in den Rücken gefallen sind. Die Bourgeoisie bereitet sich auf die offene faschistische Diktatur vor, aber Schäfer nimmt sie in Schutz, nennt diese Vorbereitung „demokratisch" und behauptet, das Volk habe es so gewollt. Da paßt es nur zu gut ins Bild, daß er wenig später erklärt, daß unsere Partei und andere revolutionäre Organisationen „schuld sind, wenn der Faschismus wiederkommt".

Schäfers Auftritt war wirklich ein Paradebeispiel für die Rolle der modernen Revisionisten. Sie nennen sich Kommunisten, aber in Wirklichkeit sind sie Lakaien des Finanzkapitals. Sie nennen sich Antifaschisten, aber in Wirklichkeit bereiten sie durch ihre betrügerische Propaganda dem Faschismus den Weg. Sie haben den Marxismus-Leninismus vollständig verraten, sie sind Todfeinde der Arbeiterklasse und der proletarischen Revolution.

V. SDAJ-Bundeskongreß in Frankfurt

Revisionistischer Verrat am Kampf der Jugend

Anfang Dezember veranstaltete die revisionistische SDAJ in Frankfurt ihren V. Bundeskongreß, auf dem sie ihr neues „Aktionsprogramm für die fünf Grundrechte der Jugend" verabschiedete. Dieses Programm, das in den kommenden Jahren der Leitfaden der Revisionisten in der Jugendarbeit sein soll, verfolgt das Ziel, den Kampf der Jugend, vor allem der Arbeiterjugend, in eine für den Kapitalismus ungefährliche Richtung, auf den hoffnungslosen Weg des Reformismus und Revisionismus zu lenken.

Offener als in der alltäglichen Arbeit wurde hier vor den ausgewählten Delegierten die engste Verwandtschaft zur revisionistischen D„K"P bekundet. Der D„K"P-Vorsitzende Mies beschwor in einer Rede die Delegierten, trotz der gegenwärtigen Schwierigkeiten um die Ausbürgerung Biermanns, sich voll und ganz hinter die D„K"P zu stellen und die Maßnahmen des sozialfaschistischen Honecker-Regimes zu verteidigen. Die Anwesenheit von Delegationen der sozialfaschistischen FDJ und der Jugendorganisation der Sowjetrevisionisten, dem „Komsomol", zeigten, daß die SDAJ in einer Front mit diesen revisionistischen Organisationen steht, die in ihren Ländern im Interesse der neuen herrschenden Bourgeoisie die Jugend unterdrücken. Die SDAJ selbst ist eine durch und durch revisionistische Organisation, die vollkommen von den D„K"P-Revisionisten beherrscht wird und ihrer Politik des Klassenverrats und der Konterrevolution dient.

Das macht auch das neue „Aktionsprogramm" der SDAJ deutlich, mit dem die Revisionisten in den kommenden Jahren unter der Jugend eine breite Kampagne entfalten wollen unter dem Motto „Unsere Zukunft". Im Mittelpunkt dieser Kampagne steht, wie die Zeitung der D„K"P-Revisionisten „UZ" schreibt, die „dringlichste Aufgabe, die im Interesse der jungen Menschen unseres Landes angepackt werden muß: Der Kampf um das Recht auf demokratische Bildung und Berufsbildung, um die Schaffung von 250 000 qualifizierten Ausbildungsplätzen durch Ausbildungsverpflichtung der Unternehmer". Nun, welcher Jugendliche wollte nicht eine vernünftige Ausbildung, eine sichere Ausbildungsstelle. Es ist wirklich hinterhältig, wie die modernen Revisionisten an den Sorgen und Nöten der Jugendlichen anknüpfen, ihnen Illusionen über den Kapitalismus unterbreiten, um sie vom Kampf gegen den Kapitalismus, vom Kampf für seinen Sturz abzuhalten.

Für sie ist die Arbeitslosigkeit und besonders die Jugendarbeitslosigkeit keine Frage der Krise, die untrennbar mit dem Kapitalismus verknüpft ist, sondern für sie ist es ein Rechenexempel, 250 000 Jugendlichen Arbeit zu verschaffen: „Betriebe mit mehr als 10 000 Beschäftigten sollen 15% der Arbeitsplätze als Lehrstellen verfügbar machen; Betriebe mit mehr als 1 000 Beschäftigten durchschnittlich 12% und Betriebe mit mehr als 500 Beschäftigten durchschnittlich 8%. Das gilt auch für den öffentlichen Dienst und die Staatsbetriebe." Gewiß, rechnerisch scheint das einleuchtend – und genau damit sollen auch die Jugendlichen für dieses Betrugsprogramm gewonnen werden.

Wer soll denn die „Unternehmer zur Ausbildung verpflichten", wie die Revisionisten sagen? Ihrer Meinung nach soll das der Staat sein, der eingreifen soll. Sie leugnen damit den Charakter des Staates, der nichts anderes als das Herrschaftsinstrument der Kapitalistenklasse ist, mit dem sie gewaltsam ihre Ausbeutung und Ausplünderung gegen die Werktätigen durchsetzen. Sie richten die Hoffnungen der Jugendlichen, besonders der Arbeiterjugend, damit auf ihren Feind, der der kämpfenden Jugend immer wieder mit brutalsten Polizeieinsätzen, mit scharfen Unterdrückungsmaßnahmen bewiesen hat, daß er zur Niederhaltung dieses Kampfes da ist, zur Verteidigung der Kapitalistenherrschaft.



Am 5. Dezember veranstaltete die „Freie Deutsche Jugend Westberlins" eines ihrer sogenannten Atzefeste. Wie üblich waren die „Hauptschlager" eine Band aus der DDR und etliche andere Rock- und Pop-Bands. Die ROTE GARDE rief in einem Flugblatt zum Boykott dieses Festes der Revisionisten auf und entlarvte in einer Kundgebung vor dem Eingang die Propaganda und die Rolle der modernen Revisionisten. Bild: Transparent auf einer Litfaßsäule vor dem Eingang: „SEW/FDJW: Rote Maske – faschistisches Gesicht".

Die Arbeitslosigkeit und auch die Jugendarbeitslosigkeit wird nicht durch Betteln und Bitten beim kapitalistischen Staatsapparat und auch nicht durch diese oder jene Kampagne verschwinden. Das heißt nicht, daß man keinen Kampf gegen Entlassungen führen, nicht diese oder jene Forderung zur Erhaltung und Verbesserung der Lage der Werktätigen durchsetzen könnte. So kämpft die ROTE GARDE, die Jugendorganisation der KPD/ML, z. B. für die Zahlung von Arbeitslosengeld für Schüler, die nach dem Schulabgang keine Arbeit bekommen haben usw. Doch auch dieser Kampf kann nur Erfolg haben, wenn er sich unversöhnlich gegen die Kapitalistenklasse und gegen ihren Staatsapparat richtet. Auch in diesem Kampf werden Illusionen über den kapitalistischen Staatsapparat unbedingt zu Niederlagen führen. Doch um die Arbeitslosigkeit endgültig zu beseitigen, gibt es nur einen Ausweg: die proletarische Revolution, den Sturz des kapitalistischen Ausbeutersystems, so wie es Marx, Engels, Lenin und Stalin gelehrt haben. Wer aber wie die SDAJ und die D„K"P dagegen ankämpft, daß dem Kapitalismus der Todesstoß versetzt wird, wer wie sie vielmehr den Jugendlichen Rezepte für die Gesundung des Kapitalismus verschreibt, macht sich selbst zum Anwalt dieser Übel, zum Anwalt der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung.

Viele Jugendliche haben diese verräterische Rolle der SDAJ-Häuptlinge bereits im Kampf erfahren müssen. Wurden in Betrieben zum Beispiel Lehrlinge rausgeworfen oder entlassen, zu Überstunden gezwungen oder schikaniert, so versuchen die SDAJ-Revisionisten die Kampfbereitschaft der Jugendlichen abzuwiegeln durch Aktionen wie den „roten SDAJ-Kuckuck" oder den „goldenen SDAJ-Geier" ans Betriebstor zu kleben, vor denen die Kapitalisten angeblich erzittern würden. Kommt es aber dennoch zum Kampf von Lehrlingen und Jungarbeitern, so sind es diese Revisionisten, die gemeinsam mit den Bonzen des reaktionären Gewerkschaftsapparates die Jugendlichen einzuschüchtern versuchen, sie auffordern, ihren Kampf aufzugeben und auf die Verhandlungen des reaktionären Gewerkschaftsapparates zu vertrauen. Und nicht selten haben die Revisionisten der SDAJ in solchen Situationen Genossen der ROTEN GARDE, die an der Spitze des Kampfes der Jugendlichen standen, beim reaktionären Gewerkschaftsapparat denunziert und so ihre Entlassung betrieben. Genau das ist die Praxis, die dem Programm des Revisionismus und Reformismus der SDAJ entspricht. Sie greifen die Probleme und Sorgen der Jugendlichen nicht auf, um sich in deren Kampf an die Spitze zu stellen, sondern um sich in deren Kampf einzuschleichen, sich Vertrauen zu verschaffen, um diese Kämpfe besser abwürgen zu können und sie in eine Richtung zu lenken, die den einzelnen Kapitalisten und vor allem dem Kapitalismus insgesamt nicht gefährlich wird. Genau das zeigt sich auch darin, wenn die modernen Revisionisten der D„K"P und der SDAJ in immer stärkerem Maße mit ihren „Festivals" die dekadente Pop- und Rock-Kultur der Bourgeoisie unter der Jugend verbreiten helfen und dabei noch den Anschein zu erwecken suchen, dies sei „sozialistisch", sei Ausdruck der „Freiheit der Jugend", die sie verteidigen müsse.

Doch die Revisionisten der SDAJ und der D„K"P täuschen sich gewaltig, wenn sie glauben, mit ihren revisionistischen und reformistischen Parolen die Jugend und vor allem die Arbeiterjugend vom Kampf gegen den Kapitalismus abhalten zu können. Denn die Jugend – und vor allem die proletarischen Jugendlichen – haben, klarer und wacher oft als mancher Erwachsene, ein Gespür dafür, was echt und was unecht, was Lüge und was Wahrheit, was gerecht und was ungerecht ist. Sie werden in ihren Kämpfen, die sie aus ihrer Lage heraus immer stärker und breiter führen werden, mit der Zeit ständig besser erkennen, daß ihnen die Revisionisten zwar schöne Augen machen, tatsächlich aber ihren Kampf sabotieren wollen. Die ROTE GARDE, die Jugendorganisation der KPD/ML, wird das Ihre dazu beitragen, um in den Kämpfen der Jugendlichen, in denen sie mutig vorangeht, diesen Verrätern die rote Maske herunterzureißen und das wahre Gesicht dieser Verräter zu zeigen.

Faschistischer Anschlag auf das Frankfurter Parteibüro

In der Nacht vom 4. auf den 5. Dezember um 1 Uhr wurde ein kindskopfgroßer Stein mit solcher Wucht durch die Schaufensterscheibe des Parteibüros in Frankfurt, gleichzeitig Buchladen „Roter Morgen", geworfen, daß die Bücher von den Regalen flogen und beschädigt wurden. Gleichzeitig wurde die Glastür des Parteibüros eingetreten.

Anwohner aus der Nachbarschaft benachrichtigten die Polizei. Sie gaben außerdem als Zeugen zu Protokoll, daß der Täter ein Jugendlicher in Blue Jeans war, der eine Jacke mit einem Emblem auf dem Rücken trug, das sie allerdings nicht näher identifizieren konnten.

Solche Jacken wurden auch auf einem SDAJ-Fest getragen, das am gleichen Abend anläßlich des SDAJ-Bundeskongresses in Frankfurt stattfand! Daß den Revisionisten ein solcher Anschlag zuzutrauen ist, hatten sie am gleichen Abend bereits bewiesen, als sie gegen Genossen der GRF, die dort mit einer Kundgebung auftraten, mit Gaspistolen, Knüppeln usw. losgingen. Schließlich hatten bereits Anfang der gleichen Woche D„K"P-Schläger Flugblattverteiler der ROTEN GARDE vor einer Berufsschule überfallen und zusammengeschlagen.

Die Genossen der Partei haben gleich am nächsten Tag nach dem Anschlag die Bevölkerung mit einer Wandzeitung und später mit einem Flugblatt informiert.

Vom Aufbau des Sozialismus

DAS ALBANISCHE VOLK FEIERT GROSSARTIG DEN 28. UND 29. NOVEMBER

Aus Anlaß des 28. und 29. November, des 64. Jahrestags der Proklamation der Unabhängigkeit und des 32. Jahrestags der Befreiung des Vaterlandes und des Triumphs der Volksrevolution, veranstalteten das Zentralkomitee der PAA, der Ministerrat der Volksrepublik Albanien, der Generalrat der Demokratischen Front Albaniens und das Bezirksparteikomitee Tirana am Nachmittag des 28. November eine feierliche Versammlung im Saal des Opern- und Ballett-Theaters. An der Versammlung nahmen Werktätige aus Arbeits- und Produktionsstätten, aus Kultur-, Kunst- und wissenschaftlichen Einrichtungen der Hauptstadt, Genossenschaftsbauern, Militärangehörige, Familienangehörige der in Ehren Gefallenen, Veteranen des Antifaschistischen Nationalen Befreiungskampfes, Jugendliche und andere geladene Gäste teil. Zugegen waren auch der Vorsitzende des Präsidiums der Volksversammlung, Haxhi Lleshi, und andere Partei- und Staatsführer. Die feierliche Ansprache hielt der Kandidat des Politbüros des Zentralkomitees Tirana, Simon Stefani. In seiner Rede sagte er unter anderem:

„Diese zwei Feiertage begehen wir in der glänzenden Atmosphäre des allseitigen Erblühens des sozialistischen Albanien, der ehernen und unverbrüchlichen Einheit des gesamten werktätigen Volkes um die Partei, der politischen Begeisterung und der Entschlossenheit, auf jedem Gebiet, in jeder Hinsicht und in jeder Situation die marxistisch-leninistische Linie der Partei, ihre Lehren und die Lehren des Genossen Enver Hoxha in die Tat umzusetzen. Jahrhundertelang kämpfte unser Volk mit der Waffe in der Hand gegen die Horden der ausländischen Feinde, um seine Existenz, seine Sprache und seine Traditionen zu verteidigen, seine Freiheit und seine nationale Unabhängigkeit zu erlangen. Die Hoffnung darauf, diese jahrhundertelangen Bestrebungen unseres Volkes zu verwirklichen und die Gewähr dafür entstanden erst am 8. November 1941 mit der Gründung der albanischen Kommunistischen Partei durch Genossen Enver Hoxha.

Am 29. November 1944 wurde Albanien vollständig befreit. Das alte reaktionäre Regime wurde gestürzt und die neue Macht errichtet. Der Triumph der Volksrevolution ist der größte und ruhmreichste Sieg in der Geschichte des albanischen Volkes. Albanien ist nicht mehr lediglich ein ‚geographischer Begriff', wie es den einstigen Politikern gefiel zu behaupten, es ist auch kein ‚Happen', wie die Imperialisten und Sozialimperialisten behaupten. Albanien ist, wie Genosse Enver Hoxha auf dem 7. Parteitag sagte, ein harter Brocken, der einem im Halse steckenbleibt und an dem man erstickt. Er ist ein unbeugsamer sozialistischer Staat mit einem hohen internationalen Ansehen, mit zahlreichen Freunden und Sympathisanten in allen Kontinenten. Die Volksrepublik Albanien ist eine entschlossene Kampfgefährtin der Völker und revolutionären Kräfte, aller, die gegen die imperialistische Ausplünderung und Unterdrückung, gegen die beiden Supermächte und die Reaktion kämpfen."

Genosse Simon Stefani ging dann auf eine Reihe von errungenen Erfolgen ein sowie auf die Aussichten, die der 6. Fünfjahrplan dem Lande erschließt.

„Alles, was in diesen 32 Jahren geleistet worden ist, jeder errungene Sieg", betonte er, „beweist die Richtigkeit der marxistisch-leninistischen Linie unserer Partei in den Fragen des sozialistischen Aufbaus, der Verteidigung des Vaterlandes, des Kampfes gegen die äußeren imperialistisch-revisionistischen Feinde. Alles zeugt von den stählernen Banden und der unverbrüchlichen Einheit zwischen Volk und Partei, von der schöpferisch-revolutionären Tätigkeit unseres Volkes und der konsequenten Anwendung des revolutionären Prinzips, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen.

Die Aussichten des Landes", sagte Genosse Simon Stefani ferner, „sind glänzend. Die Zukunft unseres Landes ist gesichert. Der Bericht des Genossen Enver Hoxha auf dem 7. Parteitag, die Richtlinien des 6. Fünfjahrplans sowie die übrigen Beschlüsse und Dokumente, die auf dem Parteitag gebilligt wurden, erschließen neue Horizonte und stellen ein gewaltiges Arbeits- und Kampfprogramm für das albanische Volk dar. Sie schlagen eine neue glänzende Seite in der ruhmreichen Geschichte des vollständigen Aufbaus des Sozialismus in Albanien auf."

Kundgebungen, Versammlungen und verschiedene Aktivitäten wurden auch in anderen Bezirken des Landes veranstaltet.

Faschistische "Hoffmann-Truppe"

Mit Stahlruten gegen Antifaschisten

Unter dem Vorwand eines Vortrages über Rhodesien hatte der faschistische Hochschulbund Tübinger Studenten (HTS) den berüchtigten Karl-Heinz Hoffmann, Söldnerchef und Anführer der faschistischen bewaffneten „Wehrsportgemeinschaft", nach Tübingen eingeladen. Der eigentliche Zweck dieser Veranstaltung allerdings war ein anderer. Hoffmann hat erst vor kurzem dem rhodesischen Rassistenchef Smith zugesichert, 1 000 Söldner für das Rassistenregime anzuheuern. Zu diesem Zweck hatte Hoffmann schon in mehreren Zeitungen inseriert und Veranstaltungen durchgeführt, um Faschisten als Söldner zu werben.

150 Tübinger Studenten versammelten sich daher am 4. Dezember vor der alten Mensa, um der rassistischen Hetze gegen die „schwarzen Untermenschen" in Afrika (so die faschistische Zeitung des HTS) entgegenzutreten. Der Faschist Hoffmann setzte daraufhin kurzerhand seinen Vortrag ab und zog mit zwei



Eine von Hoffmanns Militärkolonnen

Dutzend seiner Berufskiller gegenüber der Kundgebung auf, ihm zur Seite der Gauleiter der Tübinger Neofaschisten, Axel Heinzmann. Auf Kommando zogen die Hoffmann-Söldner Totschläger, Stahlruten, Holzstangen und Tränengaswaffen hervor und fielen wild über die Studenten her. Obwohl die Studenten unbewaffnet waren und nicht einmal Schutzhelme trugen, wehrten sich viele tapfer gegen die lebensgefährlichen Schläge der Nazi-Horde, bis diese den Rückzug antreten mußte. Fünf Studenten, darunter zwei Genossen des KSB/ML, und ein unbeteiligter Straßenpassant, der den Killern in die Hände fiel, mußten mit zum Teil schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden. **Die Polizei, die sich das Vorgehen der Faschisten seelenruhig mit ansah, griff erst ein, als Hoffmann entwaffnet wurde und das Blatt sich zu Ungunsten der Faschisten zu wenden drohte. Hoffmann, Heinzmann und neun weitere Faschisten wurden vorübergehend festgenommen, jedoch nach einigen Stunden wieder freigelassen.**

Wer ist dieser Hoffmann? Mancher wird die „Truppe Hoffmann" schon vom Fernsehen her oder aus Zeitungen kennen, wo diese Horde zumeist als „harmloses Kuriosum" hingestellt wird. Tatsächlich aber ist diese Bande keineswegs harmlos. Ihre Tätigkeit umfaßt nicht nur die Vermittlung von Söldnern, sondern auch Bürgerkriegsübungen, bei denen laut Werbebroschüre „alle Arten der militärischen Ausbildung, Nahkampf, Tarnung, Fuß- und Motmarsch, Ambush und Conter-Ambush und Überlebenstraining" gedrillt werden. Diese faschistische Truppe verfügt inzwischen über eine ganze Armeeausrüstung, vom Krad bis zu gepanzerten Wagen. Ebenso besitzt sie alle möglichen Arten von Schußwaffen.

Doch während Kommunisten oft Tag und Nacht bespitzelt und verfolgt werden, gilt diese schwer bewaffnete Faschistenhorde bei der Nürnberger Polizei offiziell als „harmlos". Diese Bande wird nicht nur von der Bourgeoisie und ihrem Staatsapparat geduldet, sondern direkt unterstützt. So erhielt Hoffmann für alle seine Waffen ohne Schwierigkeit Waffenscheine. Ja, es wurde Hoffmann von der Stadt sogar auf 25 Jahre ein altes Schloß vermietet, von wo aus er sein Kommando führen und seine Übungen abhalten kann. Finanziert wird diese Bande von „angesehenen" Vertretern des Monopolkapitals wie beispielsweise dem Quelle-Chef Schickedanz. **Tatsächlich handelt es sich bei der Hoffmann-Bande nicht um ein „Kuriosum", sondern um einen der vielen Sondertrupps des westdeutschen Imperialismus, die im Rahmen der Faschisierung zunehmend gefördert und ausgebaut werden. Diese Banden besorgen wie seinerzeit Hitlers SA für die Monopolherren die Geschäfte, die sie heute noch nicht durch ihre offiziellen Gewaltorgane, ihre Polizisten und Gerichte, auszuführen wagen.**

Und wie zur Zeit der SA-Horden klappt auch heute die enge Zusammenarbeit zwischen diesen Faschistenbanden und dem kapitalistischen Staatsapparat. Das hat sich auch in Tübingen erwiesen. So wurden diese Verbrecher erst von der Polizei festgenommen, als der Gegenangriff der Studenten zu einer Niederlage für sie zu werden drohte. Praktisch eine Schutzmaßnahme, wie es die kurz darauf erfolgte Freilassung bestätigt. Als schließlich Studenten und Passanten, die das Vorgehen beobachtet hatten, zur Polizei gingen, um Anzeige zu erstatten, ließ man sie drei Stunden warten, in der Hoffnung, sie würden aufgeben. Und als schließlich ein älterer Bürger, der Anzeige erstatten wollte, fragte, ob man die Identifizierung nicht so durchführen könnte, daß die Faschisten ihn nicht sehen könnten, um später Rache an ihm zu nehmen, versuchte der Kripo-Beamte das sogleich auszuspielen: „Ja, wenn Sie Angst haben – wir zwingen Sie ja nicht zur Aussage!" Ein anderer Polizist behauptete gegenüber einem betroffenen Studenten, der zu Protokoll gab, von Hoffmann mit einer Stahlrute geschlagen worden zu sein, er habe genau gesehen, daß Hoffmann unbewaffnet gewesen sei. Und tatsächlich wurden die Zeugen, die die Faschisten identifizieren sollten, so den Faschisten vorgeführt, daß diese die Zeugen besser erkennen konnten, als umgekehrt. Der Tübinger Gauleiter Heinzmann zeigte dabei auf diesen und jenen Zeugen, den er kannte und erklärte offenbar den Killern, wer das sei.

Diese Banden sind nichts anderes als der offenste und am weitesten gehende Vortrupp der Bourgeoisie, die mit ihrer Faschisierung über den Staatsapparat, mit ihren Terrorgesetzen, mit Polizeiaufrüstung usw. die Unterdrückung der Werktätigen immer mehr verschärft. Die KPD/ML hat in Tübingen aufgerufen, den Kampf gegen diese Faschisten fortzuführen. In einem Flugblatt der Partei heißt es: ***„Nirgendwo in Tübingen dürfen sich Heinzmann und die anderen stadtbekannten Nazis sicher fühlen. Gleichzeitig aber dürfen wir denen keinen Glauben schenken, die die offenen Faschisten kritisieren, aber ihre Hintermänner, die Kapitalisten und ihren Staat, schonen wollen."***



Mit Stahlruten, Totschlägern und Tränengaswaffen überfallen die Faschisten die Kundgebung. Im Vordergrund ihr Anführer Hoffmann.



DUISBURG

Mitte November fand in Duisburg ein weiterer Prozeß im Zusammenhang mit dem Trauermarsch zu Ehren des Genossen Günter Routhier im Juni 1974 statt. Angeklagt war Gustav T., ein Lehrer aus Bremen, weil er bei seiner Festnahme Widerstand geleistet haben soll. Gustav T. wurde – wie bereits in der ersten Instanz – auch in dieser Berufungsverhandlung freigesprochen. Der Richter ging zwar davon aus, daß Widerstand geleistet worden sei, erklärte aber, daß dieser Widerstand gegen den „überaus hart geführten Polizeieinsatz" berechtigt gewesen sei, weil der Polizeieinsatz keineswegs die Vermutung der Rechtmäßigkeit für sich gehabt hätte. Der gleiche Richter Uliczka hatte bereits einen anderen Genossen in einem ähnlichen Prozeß freigesprochen. Der Freispruch war aber in der Revision aufgehoben worden.

DUISBURG

Am 22. 11. fand in Duisburg eine Berufungsverhandlung gegen die Genossin Maicke Tuschen statt. Sie war angeklagt wegen zwei Ausgaben des „Röhrenkieker", der Betriebszeitung der KPD/ML für Mannesmann und zwei Flugblätter, für die sie presserechtlich verantwortlich war. Der vorsitzende Richter Uliczka stellte in zwei Fällen das Verfahren ein, in zwei Fällen verkündete er Freispruch.

DORTMUND

Gegen das Urteil über je vier Monate Gefängnis ohne Bewährung gegen die Genossen Gernot Schubert und Dieter Stoll („Roter Morgen"-Prozeß) haben inzwischen nicht nur die Angeklagten, sondern auch die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt. Die Staatsanwaltschaft hatte im Prozeß gegen die beiden Genossen je sechs Monate Gefängnis ohne Bewährung gefordert und will diese Strafe jetzt offenbar auf dem Weg über die Revision des Berufungsurteils durchsetzen.

SAARBRÜCKEN/ SOLIDARITÄTSRESOLUTION

„Wir, die Anwesenden auf dem Arbeitertreff der KPD/ML in Friedrichsthal verurteilen aufs Schärfste die Prozesse gegen den „Roten Morgen". Weil er die Wahrheit über Ausbeutung und Unterdrückung schreibt, weil er den Kommunismus verteidigt, soll der „Rote Morgen" unterdrückt werden. Wir werden aber den „Roten Morgen" weiterlesen. Wir wollen ihn weitertragen an unsere Arbeitskollegen und Freunde. Die Wahrheit läßt sich nicht verbieten. Nieder mit den Prozessen gegen den „Roten Morgen"!"

BOCHUM

Auf einer Veranstaltung gegen die politische Unterdrückung in der Bundesrepublik während des Streiks der Studenten an der Ruhruniversität in Bochum gegen die Zerschlagung der Verfaßten Studentenschaft und der Fachschaftsräte wurde ebenfalls eine Solidaritätsresolution verabschiedet, in der gegen die Urteile der letzten Zeit gegen die kommunistische und revolutionäre Presse protestiert wird. Die Resolution fordert Freiheit für Peter Schulte, Dieter Kwoll, Gernot Schubert und Dieter Stoll, die insgesamt zu 28 Monaten Gefängnis verurteilt worden waren.

KIEL

Im Auftrag des Genossen Bernd Woitalla, der bei den Kämpfen in Brokdorf von der Polizei lebensgefährlich verletzt worden war, ist inzwischen Anzeige wegen versuchten Totschlags gestellt worden.

Spenden

Im Oktober und November wurden folgende Spenden auf das Konto des „Roten Morgen" eingezahlt:

5.10.	W. H. München	70,00
8.10.	Gen. aus Münster	23,10
18.10.	OG Kempten	157,00
	Gesamt	250,10
2.11.	W. K., Essen	10,00
3.11.	Gen. aus Fulda	100,00
9.11.	KPD/ML Saar	30,20
16.11.	W. B., Würzburg	100,00
19.11.	W. K., Essen	20,00
29.11.	div. Arbeitertreffs Dortmund	240,99
30.11.	Besucher des Parteibüros Dortmund	71,00
30.11.	W. K., Essen	20,00
30.11.	Gen. aus Fulda	70,00
	Gesamt	662,19

Spenden zur Unterstützung der „Roter Morgen"-Prozesse bitte einzahlen auf die Konten:
Vorstand der KPD/ML, Spendenkonto
Stadtsparkasse Dortmund
Kto.-Nr. 321 004-547 und
KPD/ML-Spendenkonto
PSchKto. Nr. 64 20-467, PSchA Dtm.
Stichwort: SOLIDARITÄT

Weil er weiter unterrichten wollte

400 DM Geldstrafe

Wegen Hausfriedensbruch stand am 2. und 6. Dezember in Bremen der kommunistische Lehrer Jürgen Janz vor Gericht. 1 000 DM sollte er laut Strafbefehl bezahlen, gegen den er Einspruch erhoben hatte. War das wirklich ein „ganz gewöhnlicher Hausfriedensbruch", wie der Staatsanwalt im Prozeß nicht müde wurde zu betonen?

Was war passiert? Im Sommer 1975 wurde Jürgen Janz Unterrichtsverbot erteilt, weil Fotos des Verfassungsschutzes ihn angeblich auf einer Roten 1. Mai-Demonstration der KPD/ML zeigten. Auf Wunsch und mit Unterstützung seiner Schüler unterrichtete Jürgen Janz trotzdem noch drei Tage an seiner Schule (Gymnasium Kleine Helle) weiter, dann wurde er in einem Polizeieinsatz gegen seine Schüler, die ihren Lehrer verteidigten, in Ketten aus der Schule geschafft. Deshalb, weil Jürgen Janz auf der Ausübung seiner Berufstätigkeit bestand, erhielt er später einen Strafbefehl wegen Hausfriedensbruch. Obwohl seitdem jetzt schon 1 1/4 Jahre vergangen sind, hat die Bourgeoisie das eigentliche Berufsverbotsverfahren noch nicht durchgeführt. Stattdessen versuchte man ihn über die Anzeige wegen „Hausfriedensbruch" zum Kriminellen zu stempeln und „strafrechtliche" Vorwände für das Berufsverbot in die Hand zu bekommen.

Aber dieses beabsichtigte Manöver scheiterte. Die KPD/ML, die ROTE GARDE und die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS riefen zur Solidarität mit Jürgen Janz auf – und vor allem seine ehemaligen Schüler kamen in großer Zahl zum Prozeß, um ihren Lehrer zu unterstützen. Von den ca. 50 Zuschauern an den beiden Prozeßtagen stellten sie den Hauptteil. Vor diesen Schülern zeigte dann Jürgen Janz, was hinter dem angeblich „ganz gewöhnlichen Hausfriedensbruch" steckte: systematischer Gesinnungsterror gegen einen kommunistischen Lehrer. Bei der Zeugenvernehmung der Schulleiterin Opelt und des Stellvertreters Gerlach wurde klar, daß beide systematisch durch Bespitzelung und Denunziantentum darauf hingearbeitet hatten, das Unterrichtsverbot gegen Jürgen Janz durchzusetzen; daß sie zweimal auf die „Eilbedürftigkeit" des Verfahrens hingewiesen hatten, weil sich Schüler und Kollegen mit dem Lehrer Janz solidarisierten; daß sie u. a. mit einer Lageskizze vom Schulgelände und einer Personenbeschreibung von Jürgen Janz für Einsatzleiter Bader den Polizeieinsatz vorbereiten halfen; daß Frau Opelt nach dem Polizeieinsatz die „lieben Schüler" in einem Offenen Brief zu einer „sachlichen Diskussion" aufrief, um dann eine ganze Reihe von ihnen von der Schulbehörde bestrafen zu lassen, weil sie sich für Jürgen Janz einsetzten.

Während so klar wurde, worum es in diesem Prozeß wirklich ging, versuchte das Gericht, Jürgen Janz vor seinen Schülern als Kriminellen hinzustellen, indem es behauptete, es ginge um einen „ganz gewöhnlichen Hausfriedensbruch, vergleichbar mit dem eines Bahnhofstreuners". Aber diese Verleumdungen verfehlten ihren Zweck. Das Urteil des Gerichts – 400 DM Geldstrafe – rief im Zuschauerraum einen Empörungssturm hervor. Darauf antwortete der Richter folgendermaßen und gab damit auch seine eigentliche, wahre Urteilsbegründung preis: „Ihre Mißfallenskundgebungen geben der Schulbehörde nachträglich recht. Ihr Verhalten zeigt tatsächlich die schädliche, undemokratische Einflußnahme des Kommunisten Janz auf die schulische Jugend."

Seine weitere juristische Rede hörten sich die Zuschauer nicht mehr an. Sie verließen mit dem Ruf „Nieder mit der bürgerlichen Klassenjustiz" geschlossen den Saal.

Keine Abschiebung von Reza Mohadjer!

Solidarität mit der CISNU!

Der seit Jahren in Heidelberg lebende iranische Student Reza Mohadjer soll in den Iran abgeschoben bzw. ausgewiesen werden. Seit über einem Jahr verweigert ihm deshalb die Heidelberger Ausländerbehörde die Aufenthaltserlaubnis. Was ist der Grund dafür?

Reza Mohadjer ist als führendes Mitglied der FIS (Föderation Iranischer Studenten, Sektion der CISNU in der BRD und Westberlin) weit über Heidelberg hinaus bekannt und wegen seines konsequenten Kampfes gegen das faschistische Schah-Regime natürlich den westdeutschen Behörden ein Dorn im Auge. Die westdeutschen Behörden haben eine Reihe von Schikanen gegen den iranischen Genossen eingeleitet, um so möglichst leicht seine Abschiebung „legalisieren" zu können: In einem Prozeß wegen Besetzung des Heidelberger Akademischen Auslandsamtes (das für seine Bespitzelung der ausländischen Studenten bekannt ist) wurde er zu 3 600 DM Geldstrafe verurteilt. Das Aufhängen von Anti-Schah-Plakaten an erlaubten Stellen kostete ihn eine weitere Geldstrafe. Des weiteren wurde ihm ein generelles Arbeitsverbot auferlegt, und schließlich wurde sein Konto gepfändet.

All diese Maßnahmen zeigen, daß die westdeutschen Behörden an ihrem Plan einer Abschiebung festhalten, obwohl die Ausländerbehörde selbst keine Auskünfte mehr erteilt. Jedoch hat eine zuverlässige Quelle die Ausweisung bereits bestätigt. Die Bundesregierung will den Genossen loswerden, weil er die „guten Beziehungen" zwischen der Bundesrepublik und dem faschistischen Schah-Regime stört. Denn es sind gerade die westdeutschen Imperialisten, die nach dem USA-Imperialismus den größten Nutzen an der Ausplünderung des iranischen Volkes haben. Deshalb schrecken sie auch nicht davor zurück, fortschrittliche iranische Oppositionelle den Todeszellen eines der brutalsten faschistischen Regimes preiszugeben.

Die drohende Abschiebung des Genossen Reza zu verhindern, hat sich ein in Heidelberg im Juni dieses Jahres gegründetes Komitee zur Hauptaufgabe gemacht. Durch eine Postkartenaktion, mit der die sofortige und bedingungslose Erteilung der Aufenthaltserlaubnis für Reza Mohadjer gefordert wird, konnte die Solidaritätsbewegung sogar bis nach Frankreich ausgedehnt werden, davon wurden allein in der Bundesrepublik 7 000 Postkarten unterschrieben.

Das Komitee, in dem auch der KSB/ML mitarbeitet, ruft alle fortschrittlichen Menschen und Antifaschisten auf, sich der Protestbewegung anzuschließen und beim Innenministerium von Baden-Württemberg und Bundesinnenministerium gegen die geplante Abschiebung von Reza Mohadjer zu protestieren.

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN“
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

9 Mitglieder der Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft in Westberlin ausgeschlossen

In Westberlin wurden neun Mitglieder der GDCF vom Vorstand ausgeschlossen. Wir drucken im folgenden Auszüge aus zwei Stellungnahmen dieser Mitglieder gegen ihren Ausschluß ab.

In einem ersten „Offenen Brief“ heißt es unter anderem:

Was wirft uns der Vorstand vor?

In einem seiner Schreiben heißt es unter anderem, daß zwischen uns und dem Vorstand „ein gegensätzliches Freundschaftsverständnis besteht“. Er behauptet, daß unser Freundschaftsverständnis isoliert die Information über den Sozialismus in China herausgreifen würde, um sie zur Grundlage der Freundschaft mit China zu machen. Dieser Vorwurf mündet darin, daß wir „alle Teile der Bevölkerung, die den chinesischen Sozialismus für unser Land nicht wollen“ aus der Freundschaftsgesellschaft ausschließen, also eine „Politik der geschlossenen Gesellschaft betreiben würden“ (Mitgliederrundbrief Nr. 10, Aug. 76).

Auf welcher Grundlage beruht unsere Freundschaft?

Unsere Freundschaft zur VR China entspringt der Begeisterung über die Erfolge eines jahrhundertelang unterdrückten Volkes, das mit dem Aufbau einer neuen, sozialistischen Gesellschaft begonnen hat!

Was heißt das für unsere Arbeit in der Freundschaftsgesellschaft?

Wir wollen umfassend über die VR China informieren. Aber über welchen Bereich auch immer wir informieren, wir können ihn nicht losgelöst von der chinesischen Gesellschaftsordnung betrachten. ... Mao Tsetung sagte einmal: „Nur der Sozialismus kann China retten!“ Die Entwicklung Chinas hat diese Analyse bestätigt. Wir werden deshalb bei der Freundschaftsarbeit auch keinen Hehl daraus machen, daß wir Chinas sozialistischen Weg begrüßen, ihn entschieden unterstützen.

Im Programm der GDCF heißt es: „Die Gesellschaft steht allen offen, die ungeachtet verschiedener politischer und weltanschaulicher Überzeugungen gleichberechtigt an der gemeinsamen Sache zusammenarbeiten wollen.“ **In diesem Sinne machen wir selbstverständlich die Grundlage unserer Freundschaft nicht zu einer Verpflichtung für die Mitgliedschaft und Mitarbeit in der GDCF!**

Es ist bezeichnend, daß der Vorstand kein einziges Beispiel aus unserer praktischen Arbeit anführen kann, das sich gegen die Interessen der Freundschaft mit China gerichtet hätte, noch irgendwelche Verstöße gegen Programm und Satzung benennen kann. ... Der Versuch, unser Verständnis der Freundschaft aus der GDCF zu verbannen, hat keine satzungsgemäße Grundlage. Er ist im Gegenteil selbst ein schwerer Verstoß gegen unser Programm, da er sich offen gegen die gleichberechtigte Zusammenarbeit unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Überzeugungen ausspricht! **Er ist die Einführung von Unvereinbarkeitsbeschlüssen in der GDCF!**

In einer zweiten Stellungnahme heißt es unter Punkt 4:

Die politischen Absichten der Initiatoren der Ausschlüsse

Welche Freundschaft vertreten diese Initiatoren? Für sie ist der Hauptaspekt an China der Kampf der VR China gegen das Hegemoniestreben der Sowjetunion, das Eintreten für die deutsche Unabhängigkeit und Einheit. Natürlich kann für manche Mitglieder diese Haltung der VR China die Grundlage ihrer Freundschaft sein. Sie dürfen dies jedoch nicht für andere verbindlich machen und diese Ansicht der Information über den Sozialismus entgegenstellen. Genau das aber versuchen die Vorreiter der Ausschlüsse. Im Gegensatz zu uns sind sie nicht bereit, gleichberechtigt mit Chinafreunden, die andere Anschauungen vertreten, zusammenzuarbeiten, sondern wollen ihren Standpunkt mit allen Mitteln in der GDCF durchsetzen. Zum Beweis zitieren wir in der Folge Herwig Michel, den ersten Vorsitzenden des Ortsvereins Berlin (West):

„... Die GDCF darf nicht zu einer Klassenkampforganisation, zu einer antibürgerlichen Gesellschaft gemacht werden, sondern muß **allen Demokraten und Patrioten** offen stehen, die für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und für die Freundschaft mit China eintreten ...“ (Resolutionsvorschlag von Herwig Michel zur MV am 12. 1. 76 – Hervorhebg. von uns)

Unser Programm spricht von der Freundschaft zu China, warum also diese Einschränkung auf Demokraten und Patrioten? Dies ist eine bestimmte „innen“-politische Festlegung, die genau der Linie des Vorstandes entspricht, Freunde des Sozialismus in China aus der GDCF zu entfernen, also: deutsche „Demokraten und Patrioten“ rein – Freunde des Sozialismus raus!

Weiter Herwig Michel:

„... Aber es ist nicht das Trennende in den Gesellschaftsordnungen, sondern das gemeinsame Interesse der Völker, das diese Freundschaft fördert. Und gerade darum **sollte sich die GDCF bemühen und dabei den Interessen des deutschen Volkes nach nationaler Identität, Unabhängigkeit und Schutz vor äußeren Bedrohungen dienen. ...**“ (Offener Brief an die Mitglieder der GDCF e. V. und Initiativen – Hervorhebg. von uns)

Hier wird versucht, und zwar heimlich, aus der GDCF eine Kampforganisation für nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung des deutschen Volkes gegen den „sowjetischen Sozialimperialismus“ zu machen und gleichzeitig die freundschaftliche Information über den Sozialismus in China aus der GDCF zu verbannen. Nach eigenem Bekunden ist dieser Vorstand ein direkter Nachfolger des zurückgetretenen. Ein Mitglied des alten Vorstandes vertrat schon damals die Parole: „Wenn ihr gegen Sozialimperialismus kämpfen wollt, hoch die Fahne, schwarz, rot, gold.“

5. Soll sich die GDCF der KPD unterordnen? Es ist konsequent, daß dieser Versuch Herwig Michels von einer politischen Organisation (KPD) unterstützt wird, die bundesweit am gleichen Ziel arbeitet, nämlich aus der GDCF eine Art **„Liga gegen den Sozialimperialismus“** zu machen. Tatsächlich geht diese Organisation so weit, zu Veranstaltungen der GDCF in einer Form aufzurufen, als wäre die GDCF ihr schon untergeordnet. (Siehe z. B. den „Aufruf des ZK der KPD zur zentralen Trauerfeierlichkeit“ in Düsseldorf – gemeint ist die zentrale Trauerfeierlichkeit der GDCF anläßlich des Todes von Mao Tsetung.) Hier, wo es angebracht wäre, unternimmt unser Vorstand nichts zur Verteidigung unseres Programms, das festlegt, daß sich die GDCF keiner Partei zu- oder unterordnet. ...

Wir haben das Interesse vieler Leute an China geweckt und wollen diesen Erfolg noch durch weitere Arbeit vertiefen. Wir wären mit dieser Arbeit schon weiter, wenn wir uns nicht immer der ständigen Angriffe hätten erwehren müssen. Wir bitten alle Freunde Chinas, innerhalb und außerhalb der GDCF, genau die Vorwürfe zu überprüfen und uns gegen die Ausschlüsse und Spaltungsbestrebungen zu unterstützen.

VERANSTALTUNGEN ZUM JAHRESWECHSEL UND ZUM 8. JAHRESTAG DER GRÜNDUNG DER KPD/ML

FRANKFURT-ROECKELHEIM
31. 12., Gaststätte „Haus Biegewald“, Im Biegeweg

KIEL
30. 12. um 19 Uhr, „Waidmannsruh“, Eckernförderstraße

KÖLN
31. 12. um 19 Uhr, Gaststätte „Hemmersbach“, Neusserstr./Agneskirche

LÜBECK
29. 12. um 19.30 Uhr, Turnerschaftshaus (Großer Saal), An der Mauer

REUTLINGEN
31. 12. um 16 Uhr, „Nürtinger Hof“
Nähe Kalbfell-Halle

BIELEFELD
31. 12., Gaststätte „Freese“
Heeper Str. 52

HAMBURG
31. 12. um 19 Uhr, „Zum alten Sängerheim“, Oelkersallee 5

BREMEN
31. 12. um 18 Uhr, Landheim „Tulpe“, Verlängerte Hemmerstraße

BOCHUM/DORTMUND
31. 12. um 19.30 Uhr, „Haus Hohmann“, Lütgendortmund, Flaspoete

Offener Brief an die Genossen der GRF (KPD)

Von ehemaligen Genossen der GRF verabschiedet

Am 4. Dezember fand in Bochum eine Veranstaltung des Landesverbandes der KPD/ML statt, zu der ehemalige Genossen der GRF (KPD) eingeladen waren, die sich in NRW der KPD/ML angeschlossen haben. Zu der Veranstaltung kamen über 50 ehemalige Mitglieder der GRF, ihrer Massenorganisationen und Sympathisantenkreise aus NRW.

Die Veranstaltung selbst war ein Ausdruck der bedeutenden Erfolge, die die Partei im Kampf gegen den Opportunismus, gegen die Strömung des Sozialchauvinismus und der Klassenzusammenarbeit der GRF im letzten Jahr errungen hat. In einer Rede wurde eingegangen auf die Entwicklung der Gruppe Rote Fahne während des letzten Jahres, auf die Erfahrungen, die die anwesenden Genossen selbst in den Reihen der GRF gesammelt haben, sowie auf Fragen und Probleme, die sich für die Genossen stellen, die den richtigen Schritt zur Einheit der Marxisten-Leninisten getan und sich der KPD/ML angeschlossen haben.

Die Teilnehmer der Veranstaltung bekräftigten, daß die Erfolge bereits groß sind, aber der Kampf entschieden fortgeführt werden muß, bis diese gefährliche opportunistische Strömung, die die GRF repräsentiert, zerschlagen worden ist. Um diesen Kampf weiterzuführen, wurde am Schluß der Veranstaltung in kämpferischer Geschlossenheit der folgende Offene Brief an die Genossen der Gruppe Rote Fahne verabschiedet.

Vor mehr als einem Jahr hat Genosse Ernst Aust die Rede zur Einheit der Marxisten-Leninisten gehalten, mit der Aufforderung, jede unsachliche Polemik einzustellen, um für die Einheit auf der Grundlage und den Prinzipien des Marxismus-Leninismus zu kämpfen. Diese Rede war der Beginn einer verstärkten Auseinandersetzung zwischen der GRF und der KPD/ML.

Damals, als Genosse Ernst Aust diese Rede hielt, schien es, daß eine Annäherung der GRF an verschiedene marxistisch-leninistische Positionen, z. B. in der Frage des modernen Revisionismus oder der Kriegsgefahr, stattfand. Viele Genossen der GRF hatten damals gehofft, daß alte Fehler ausgeräumt werden und es auf der Grundlage von Kritik – Selbstkritik zu einer Einheit in der kommunistischen Partei kommt.

Was ist von dieser Hoffnung geblieben?

Die Politik der GRF beweist: Am Opportunismus, an der klassenversöhnlerischen Linie hat sich nichts geändert. Der Opportunismus hat nur andere Erscheinungen angenommen.

Stets wurde jede wichtige Veränderung in der Weltlage von den Opportunisten und Revisionisten aller Schattierungen ausgenutzt, um Verwirrung zu stiften und das internationale Proletariat vom Weg der sozialistischen Revolution abzubringen.

Mit der Entartung der sozialistischen Sowjetunion zu einer sozialimperialistischen Supermacht, mit dem zunehmenden Ringen beider imperialistischer Supermächte um die Vorherrschaft in der Welt, mit der wachsenden Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges hat der Kampf um Frieden und Selbstbestimmung ständig an Bedeutung zugenommen. Diese neu entstandene Lage haben sich die Opportunisten zunutze gemacht, um ihre Linie der Kapitulation und der Klassenversöhnung zu propagieren.

Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen die Kriegsgefahr verfolgt die GRF die Linie, den Kampf gegen die eigene Bourgeoisie einzustellen. Unter der Losung „Hauptfeind Sozialimperialismus“ propagieren sie die Schirmherrschaft des USA-Imperialismus. Nicht die revolutionären Massen unter der Führung des Proletariats, nicht der Klassenkampf, sondern der Imperialismus und seine Militärapparate sind für sie der Trumpf. Statt Sturz des Imperialismus – Kompromisse, Bündnisse und sogar Vereinigungen mit den Bourgeoisien und den bürgerlichen Regierungen der kapitalistischen Länder. Zugleich ist dieses ein ungeheurer Angriff auf die Hegemonie des Proletariats.

Bei der Einschätzung der internationalen Lage genau das gleiche: Anstatt vom Klassenstandpunkt die Widersprüche in der Welt zu analysieren, gebrauchen sie das Bild der drei Welten, gerade um die Klassenwidersprüche in den Ländern zu verschleiern, um den Klassencharakter der verschiedenen politischen Kräfte zu verschleiern.

Mit dieser Linie ist die GRF heute in Westdeutschland Hauptvertreter einer gefährlichen opportunistischen Strömung, die unter der Fahne des Kampfes gegen „Ultralinks“ die vollständige Kapitulation vor dem Imperialismus predigt.

Bereits von Anfang an hat die KPD/ML einen scharfen Kampf gegen diese Politik der Klassenversöhnung geführt, die Linie als revisionistisch entlarvt und die Grundlagen dafür, die schon in der spalterischen Gründung der GRF vorhanden wären, aufgedeckt.

Ganz entschieden hat die KPD/ML die Positionen des Sozialchauvinismus angegriffen und gerade in der Frage der Kriegsgefahr die Notwendigkeit, dem imperialistischen Krieg den revolutionären Krieg der Massen entgegenzustellen, betont und das Proletariat im Haß gegen den Klassenfeind erzogen.

Ein Ergebnis dieses Kampfes ist es, daß heute allein in NRW über 50 Genossen von der GRF und aus ihrem Umkreis die richtige Linie erkannten, die Konsequenzen gezogen haben und in den Reihen der KPD/ML für die sozialistische Revolution kämpfen.

Je schärfer und klarer die KPD/ML den Opportunismus der GRF angriff, desto offener beharrten die GRF-Führer auf ihrer rechtsopportunistischen, sozialchauvinistischen Linie. Einer sachlichen ideologischen Auseinandersetzung wurde aus dem Weg gegangen, stattdessen tauchen immer wieder die gleichen, schon x mal widerlegten Lügen und Verleumdungen auf, wurde mit Geschimpfe und Gezeter reagiert.

Inzwischen hat die Auseinandersetzung einen Punkt erreicht, wo sich die Positionen der KPD/ML und der GRF klar gegenüberstehen, wo allerdings auch das Verhalten der GRF-Führer deutlich macht, daß bei ihnen nicht die geringste Bereitschaft besteht, auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und von Kritik – Selbstkritik zu einer Einheit zu kommen.

Was dabei allerdings auch klar sein muß: Die Einheit der Marxisten-Leninisten kann es nur in einer Partei geben, in der KPD/ML, die 1968 als marxistisch-leninistische Vorhutpartei der deutschen Arbeiterklasse gegründet wurde.

Wir fordern alle Genossen in der GRF auf, die Kritik und Widersprüche zur Linie ihrer Führer haben, diesen Kampf unter der Leitung der KPD/ML zu führen! Wir müssen gemeinsam mit allen Marxisten-Leninisten zum Sturmangriff auf diese Linie des Kapitulantentums vor dem Imperialismus antreten, weil sie das Proletariat in seinem Kampf für den Sozialismus versucht zu entwaffnen.

Es gibt nur eine kommunistische Partei, die KPD/ML!

Kämpft mit der KPD/ML für die sozialistische Revolution in Ost und West, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

GRF stempelt Faschisten zu 'Demokraten' und 'Patrioten'

Das also ist die 'Einheitsfront' der GRF!

Wer die Auseinandersetzung zwischen der Partei und der Gruppe Rote Fahne (KPD) in den letzten Monaten verfolgt hat, der weiß, daß die Opportunisten die KPD/ML angreifen, weil sie angeblich eine „breitestmögliche Einheitsfront gegen die beiden Supermächte“ verhindere und die „Arbeiterklasse isoliere“. Dafür, was die GRF allerdings unter „Einheitsfront“ versteht, hat sie kürzlich erst wieder ein offenes Beispiel gegeben: ihre Stellungnahme zur Entlassung der Generäle Krupinski und Franke aus der Bundeswehr.

Zur Erinnerung: Diese beiden Generäle hatten sich in aller Offenheit dafür eingesetzt, daß der Nazifaschist Rudel auf einem der faschistischen „Traditionstreffen“ der Bundeswehr auftreten konnte. Dies weckte unter den Werktätigen überall breite Empörung. Als diese Generäle schließlich auch noch SPD-Wehner angriffen, da ließ die Bourgeoisie diese beiden wie eine heiße Kartoffel fallen. Während sich die Arbeiterklasse über diesen Streit innerhalb der Bourgeoisie freut, meldet die GRF jedoch „Bedenken“ an: *„Die Art und Weise, wie die Revisionisten der Entlassung der beiden Generäle ihr Lob aussprechen“*, heißt es in der „Roten Fahne, *„gibt ebenfalls zu denken: Es paßt nicht nur in ihre Rechtskartelltheorie, ihre Anbiederung an Teile der Sozialdemokratie, es paßt auch darin, daß sie für ihre Machtergreifungspläne auch in der Armee keine Demokratie brauchen können.“*

Die GRF – das ist bekannt, gibt sich gern als besonders radikaler Kämpfer gegen die D„K“P. Sie sagt, die D„K“P ist dagegen, daß diese faschistischen Elemente wie Rudel, Krupinski und Franke ihre Hetze verbreiten können, weil die D„K“P dann leichteres Spiel in der Armee habe, um dort Einfluß zu gewinnen. Und da die D„K“P-Revisionisten besonders gefährliche Feinde sind, sei es immer noch besser, wenn solche offenen Faschisten in der Armee sind, die das vielleicht verhindern könnten. Also ist es wohl auch gut für die Demokratie, wenn alle möglichen Faschisten in der Bundeswehr jederzeit offen auftreten und ihre faschistische Hetze verbreiten können. Das sind offenbar die Vorstellungen der GRF. Die Arbeiterklasse soll also nicht solchen faschistischen Typen entgegentreten, sondern sich bei der Bourgeoisie sogar noch dafür einsetzen, daß diese jederzeit das Maul aufreißen können? Nein, die Arbeiterklasse kämpft sowohl gegen die Revisionisten wie auch gegen diese Faschisten. Hier zeigt sich in aller Klarheit, daß die GRF ihr radikales „antirevisionistisches“ Gewand lediglich dazu benutzt, den Kräften der Reaktion zu Hilfe zu eilen. Und was den Revisionismus anbelangt, so treiben sie ihm auf diese Weise tatsächlich die Hasen in die Küche.

„Ihr verdreht das“, werden einige sagen, „das haben die doch nicht so gemeint, die GRF, das sind doch auch Kommunisten.“ Und ob die GRF das so meint! Bereits in der „Roten Fahne“ 45/76 wurde der Reaktionär Hochhuth als *„Demokrat“* gelobt, weil er verlangte, statt daß die Generäle aus der Bundeswehr entlassen werden, sollte Wehner lieber mit ihnen in eine Diskussion treten. Es ist offensichtlich: Die GRF hegt Sympathie für diese beiden faschistischen Generäle und nimmt sie gegenüber der Bourgeoisie, wo sie in Ungnade fielen, in Schutz. Wieweit die GRF dabei geht, wie offen sie sich mit diesen Kräften des Faschismus und Militarismus solidarisiert, zeigt ihre Stellungnahme in der „Roten Fahne“ 47/76 wo sie zur Entlassung der beiden offenen Faschisten schreiben: *„Wir verurteilen den disziplinarischen Willkürakt von Leber/Wehner, weil er neue Grundlagen schafft für die Verfolgung aller demokratischen und patriotischen Kräfte in der Bundeswehr.“*

Sie meinen das in der Tat so. Und es sind sie, die uns angreifen, wir würden die Arbeiterklasse „in die Isolation treiben“, keine richtige „Bündnispolitik“ betreiben, weil wir solche Kräfte der Bourgeoisie nicht unterstützen. Allerdings isolieren wir solche faschistischen Elemente von der Arbeiterklasse und rufen die Werktätigen auf, den Kampf gegen sie zu führen. Wer diese faschistischen Elemente aber als „Demokraten“, als „Patrioten“ bezeichnet, wer sich mit diesen finsteren reaktionärsten Kreisen der Bourgeoisie verbünden will, sie vor den Werktätigen in Schutz nimmt, der ist kein Kommunist, kein Revolutionär, nicht einmal ein Demokrat, sondern ein Rattenschwanz der Bourgeoisie und der Reaktion.

21. Dezember: 97. Geburtstag J. W. Stalins

Stalins Werk ist unvergänglich

Am 21. Dezember 1879, vor 97 Jahren, wurde Josef Wissarionowitsch Stalin geboren. Er war ein großer Marxist-Leninist, einer der hervorragendsten Führer der internationalen kommunistischen Bewegung und des Weltproletariats. Sein theoretisches und praktisches Werk, sein kompromißloser Kampf für die Verteidigung des Marxismus-Leninismus, seine Beiträge zu dessen Weiterentwicklung, sein großer Kampf für den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion und die Festigung der Diktatur des Proletariats – all das stellt ihn in eine Reihe mit Marx, Engels und Lenin. Sein Andenken wird für immer in den Herzen der Marxisten-Leninisten, der wahrhaften Revolutionäre in der ganzen Welt weiterleben.

Als Stalin starb, sahen die Feinde des Marxismus-Leninismus, des Sozialismus und der Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion ihre Stunde gekommen. Die modernen Revisionisten mit Chruschtschow an der Spitze gingen zum Generalangriff auf den Marxismus-Leninismus über. Um sich freie Hand zu schaffen, konzentrierten sie ihr Feuer auf Stalin – seine Person, sein Leben, sein Werk. Chruschtschow und Konsorten haben Stalin gehaßt. Sie haben ihn diffamiert und auf niederträchtigste Weise in den Schmutz gezogen, um der Revision des Marxismus-Leninismus den Weg zu bereiten, um schließlich durch einen konterrevolutionären Putsch die Macht in der Partei und im Staat zu ergreifen, die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion zu vernichten und den Kapitalismus wieder zu restaurieren.

Der „Kampf gegen den Personenkult"

1956, auf dem 20. Parteitag der KPdSU hielt Chruschtschow seinen berüchtigten Geheimbericht „Über den Personenkult und seine Folgen", der gegen Stalin und sein Werk gerichtet war. In diesem Bericht bezichtigte Chruschtschow Stalin, die unglaublichsten Verbrechen begangen zu haben, er nannte ihn einen „Despoten", „Mörder", „Blutsauger" und „Verbrecher", stellte ihn als „brutalen" und „launenhaften" Menschen hin und verglich die 30 Jahre der Diktatur des Proletariats und des Aufbaus des Sozialismus mit der Schreckensherrschaft Hitlers und Mussolinis.

Es ist ganz klar, daß Chruschtschow und Konsorten mit solchen Verleumdungen direkt die Diktatur des Proletariats angegriffen haben und all denen einen Freibrief ausstellten, die in der Vergangenheit gegen den Marxismus-Leninismus aufgetreten waren, die Diktatur des Proletariats zu unterminieren und zu stürzen versucht hatten, in Komplotte und Verschwörungen gegen den Sowjetstaat verwickelt waren und im Dienst der Imperialisten und Faschisten standen wie die Trotzkisten, Sinowjewisten, Bucharinisten und andere.

So wurde, um nur ein Beispiel zu nennen, Tuchatschewski, der gemeinsam mit Trotzki und Bucharin einen bewaffneten Staatsstreich gegen Stalin geplant hatte, öffentlich rehabilitiert. **Chruschtschow und Konsorten stießen die völlig richtigen Urteile, die gegen die antimarxistischen Verbrecher gefällt worden waren, um, öffneten die Gefängnisse und ermunterten alle diejenigen bürgerlichen Elemente, die bisher ihren Haß auf den Marxismus-Leninismus und die Diktatur des Proletariats sorgsam verborgen hatten, offen ihr Haupt zu erheben und ihrem Haß gegen den Marxismus-Leninismus und die Diktatur des Proletariats freien Lauf zu lassen.**

Die „Beweise" Chruschtschows für den angeblichen Terror Stalins waren samt und sonders fabriziert. Warum hat er denn die Dokumente, die er selbst für falsch erklärte, nicht offen auf den Tisch gelegt? Warum durften die Historiker das Archiv des Innenministeriums nur aufgrund einer persönlichen Ermächtigung Chruschtschows besuchen? Hatte er vielleicht Angst, daß sich seine „Beweise" samt und sonders als erfunden, als Lügen erweisen könnten?

Chruschtschows Methoden waren ziemlich raffiniert. Er hat es nicht gewagt, Stalin auf der Grundlage prinzipieller Argumente anzugreifen und konnte es auch nicht. **„Da Chruschtschow"**, sagte Genosse Enver Hoxha in seiner Rede auf der feierlichen Versammlung zum 20. Gründungstag der Partei der Arbeit Albaniens im November 1961, **„nicht imstande war, Stalin durch prinzipielle Argumente in seinem theoretischen Schaffen in Mißkredit zu bringen, verlegt er die Angelegenheit in den Bereich der Polizei und der Geheimdienste . . ."** Die Angriffe gegen Stalin bewegten sich auf der Ebene der niedersten persönlichen Verdächtigungen und Verleumdungen.

Alle schlechten Eigenschaften, die ein Mensch nur haben kann, wurden ihm angedichtet. Später ging Chruschtschow sogar so weit, solche lächerlichen „Argumente" aus der Tasche zu ziehen, wie z. B., Stalin habe ununterbrochen westliche Filme gesehen, er habe einen durch und durch bürgerlichen Lebenswandel gehabt, große Festessen gegeben und Trinkgelage veranstaltet. Das alles diente dazu, eine bestimmte öffentliche Meinung zu schaffen, ein Klima, in dem es Chruschtschow und Konsorten möglich war, ihre gegen den Marxismus-Leninismus und die Diktatur des Proletariats gerichteten Thesen und Handlungen leichter durchzusetzen.

Das ganze Gerede davon, Stalin habe wie ein Alleinherrscher über die Partei geherrscht, er habe die elementarsten leninistischen organisatorischen Normen der Partei mißachtet, sollte nur verbergen, daß Chruschtschow und seine Gruppe selbst nur dadurch an die Macht kamen, daß sie die aufrechten Marxisten-Leninisten durch Intrigen ausschalteten und, wo ihnen das nicht gelang, mit brutalem Terror vorgingen. In seiner Rede vor Kadern des Bezirks Gjirokastra am 15. 11. 1961 zitiert Genosse Enver Hoxha den Revisionisten Poljanski: **„N. Chruschtschow kam an die Macht, indem er nicht nur jede organisatorische Norm verletzte, sondern indem er sogar brutale Methoden anwandte, wie es bei den zaristischen Putschen üblich war. Poljanski erzählte einmal: ‚Auf einer regulären Sitzung des Präsidiums des Zentralkomitees wandte sich die Mehrheit gegen die Ansichten und die Haltung N. Chruschtschows, der vor den Genossen, die von ihm Rechenschaft verlangten, nichts zu sagen wußte. Er war von den Tatsachen und ihren Argumenten geschlagen und ergab sich. Das Präsidium beschloß, N. Chruschtschow seines Amtes als Erster Sekretär des ZK der KP und als Chef der Sowjetregierung zu entheben und zum Landwirtschaftsminister zu ernennen, denn dafür war er als ‚Kukuruzspezialist' ja geeignet. Von innen jedoch benachrichtigte man uns, was im Präsidium mit Chruschtschow vorgefallen war. Einige Genossen und ich, die wir gerade in Moskau waren, ließen daher den Kreml mit Panzern umstellen und erteilten den Befehl, daß nicht einmal eine Fliege den Kreml verlassen dürfte. Gleichzeitig schickten wir in alle Teile des Landes Flugzeuge, um die Mitglieder des Plenums des ZK der KPdSU zusammenzuholen. Dann drangen wir in den Kreml ein und verlangten, zu der Sitzung zugelassen zu werden. Woroschilow kam zu uns heraus und fragte, was wir wollten. Als wir ihm sagten, wir wollten in die Sitzung, wies er uns kurz ab. Als wir mit Gewalt drohten, fragte er, was unser Vorgehen zu bedeuten habe. Wir warnten ihn aber: Keine langen Reden, sonst wirst du verhaftet. So verschafften wir uns Zutritt zu der Sitzung und bewirkten, daß sich das Blatt wendete.' Diese Worte eines Putschisten genügen, um zu wissen, wie N. Chruschtschow das Komplott organisierte, um in der Partei die Macht zu ergreifen. Mag Chruschtschow so viel er will von der ‚Respektierung' der leninistischen Normen sprechen, er hat sie selbst verletzt, nicht nur als er an die Macht kam, sondern fortwährend."**

Und was den angeblichen Personenkult Stalins angeht, so hat Stalin selbst bekanntlich zeit seines Lebens dagegen gekämpft. Chruschtschow und Konsorten waren es dagegen, die Stalin mit Lobeshymnen überschütteten und vor Servilität ihm gegenüber geradezu zerflossen. In ihrem Herzen aber warteten sie nur auf den Tag seines Todes, um sein Erbe anzugreifen und umzustürzen, ihn selbst in den Schmutz zu ziehen. Mehr noch. Nach Stalins Tod förderte und entwickelte Chruschtschow einen schon geradezu peinlichen Kult um seine eigene Person. Er ließ sich als Mann feiern, dessen Weisheit praktisch keine Grenzen kennt. Überall tauchte sein Bild auf, Filme wurden über ihn gedreht, alles, was in der Sowjetunion geschah, wurde ihm als Verdienst zugeschrieben. **Dabei wußte jedes Kind in der Sowjetunion, daß Chruschtschow weder eine Persönlichkeit war, noch sich in der Vergangenheit irgendwelche besonderen Verdienste erworben hatte.**

Das waren die Methoden Chruschtschows. Man sollte sie sich gut merken, denn alle Revisionisten seither haben in der einen oder anderen Weise aus seinem Arsenal geschöpft, und sie werden das auch in Zukunft tun.

Chruschtschows Intrigen gegen die anderen kommunistischen Parteien

1961 sagte Genosse Enver Hoxha: **„N. Chruschtschow hat die Stalin-Frage auch gebraucht, um die aufrechten Marxisten-Leninisten in den Führungen der kommunistischen und Arbeiterparteien der verschiedenen Länder anzugreifen, um jeden, der es wagen sollte, Widerspruch zu erheben, einzuschüchtern und, sollte er Widerstand leisten, zu beseitigen, um die anderen Parteien und verschiedenen Führer, die seine revisionistischen Ansichten, seinen Kurs nicht unterstützten, zum Schweigen zu bringen. Die Frage des Personenkults diente mit einem Wort als Buhmann, um auf die anderen Parteien Druck auszuüben und die Führer, die Chruschtschow nicht paßten, zu beseitigen."**

Chruschtschows revisionistische Thesen, seine wütenden Angriffe auf Stalin, die Rehabilitierung der Feinde des Marxismus-Leninismus und der Diktatur des Proletariats, vor allem der jugoslawischen revisionistischen Tito-Clique, hatte in allen Parteien dazu geführt, daß die revisionistischen Elemente offen hervorkamen und die Macht beanspruchten. Sie hatten dabei die Rückendeckung des Imperialismus, der die entstandene Situation sofort auszunutzen versuchte, um die Diktatur des Proletariats zu stürzen und dabei sogar konterrevolutionäre Aufstände wie in Polen und Ungarn 1956 organisierte. Sie hatten dabei aber auch die Rückendeckung der revisionistischen Chruschtschow-Clique, die sich in die inneren Angelegenheiten der anderen Parteien, vor allem der Parteien in den volksdemokratischen Ländern, brutal einmischte. **„Etliche Führer der internationalen kommunistischen Bewegung wie Gottwald, Bierut, Kolarow und Zapoticki sind gestorben"**, sagte Genosse Enver Hoxha in seiner Rede in Gjorikastra. **„In Polen wurden Leute an die Spitze gestellt, die im Gefängnis gewesen, angeblich aber schuldlos verurteilt worden waren; in der Tschechoslowakei wurden Leute von der Basis an die Spitze gestellt, die angeblich vom Personenkult nicht angesteckt waren, während diejenigen, die an der Führung waren, weiter nach unten rückten. In Ungarn wurden nach den Unruhen Leute in die Führung gebracht, die angeblich ungerechtfertigt im Gefängnis gewesen waren, während in Bulgarien die alte Führung beseitigt und an ihre Stelle neue Elemente gesetzt wurden . . ."**

Und überall hatte dabei Chruschtschow seine Finger im Spiel. Er tauchte überraschend in Polen auf und arrangierte sich mit dem Faschisten Gomulka. Er bestellte die Führung der ungarischen Partei nach Moskau und verlangte ultimativ die Absetzung Rakosis, der anschließend in die Sowjetunion gebracht wurde und dort praktisch gefangen war, bis er 1971 in Gorki starb. Um die alten Führungen zu stürzen und revisionistische Elemente an ihre Stelle zu setzen, drohte Chruschtschow mit dem Entzug von Krediten und anderer Hilfe, ja, er drohte sogar mit den sowjetischen Truppen, die in den meisten osteuropäischen Ländern stationiert waren.

Bekanntlich hat Chruschtschow auch versucht, auf diese Weise die Partei der Arbeit Albaniens in die Hand zu bekommen. Hier stieß er aber auf Granit. Die Partei der Arbeit Albaniens blieb dem Marxismus-Leninismus treu, sie ergab sich nicht, ließ sich weder erpressen noch durch die Drohungen der Chruschtschow-Clique einschüchtern.

Die revisionistische Chruschtschow-Clique verband sich mit allen revisionistischen und opportunistischen Elementen, förderte und stützte sie, während sie die Marxisten-Leninisten mit allen Mitteln bekämpfte. Auf diese Weise versuchte sie, die internationale kommunistische Bewegung zu spalten und einen konterrevolutionären revisionistischen Block zusammenzubringen. Dabei spekulierte sie nicht zuletzt auch mit dem hohen Ansehen der KPdSU und der sozialistischen Sowjetunion, einem Ansehen, das sich auf das Leben und Werk Lenins und Stalins, auf den heroischen Kampf der sowjetischen Kommunisten, der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen gründete.

Wer hat „aufgeatmet"?

Als Chruschtschow Stalin angriff, tat er das im Namen der „Sowjetdemokratie" und erklärte, das Land müsse sich von dem Druck befreien, der auf ihm gelastet habe. Wer aber fühlte sich befreit, wer hat unüberhörbar aufgeatmet? Die Geheimrede Chruschtschows, die dieser selbst vor der sowjetischen Arbeiterklasse verheimlichte, spielte er dagegen sofort den Imperialisten in die Hand. Sie griffen begierig danach und veröffentlichten sie ganz oder auszugsweise in den kapitalistischen Zeitungen.

Sie konnten ihre Genugtuung kaum verbergen und begrüßten die neue „Ära" enthusiastisch. Aufgeatmet haben auch all die Bürokraten, die von den bürgerlichen Ideen infizierten Intellektuellen und andere kapitalistische Elemente in der Sowjetunion. Ganz zu schweigen von den Revisionisten, Trotzkisten und anderen Feinden des Marxismus-Leninismus. Für sie gab es jetzt tatsächlich „Demokratie", die Freiheit, offen in Richtung des Kapitalismus zu gehen. Der Machtantritt des Revisionismus bedeutet den Machtantritt der Bourgeoisie. **Chruschtschows „Demokratie" hatte einen Klassencharakter, es war die Demokratie der neuen Bourgeoisie, die für die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen, für die Revolutionäre und Kommunisten Rückkehr zu Unterdrückung und Ausbeutung bedeutete.** Trotz der Demagogie und brutalen Unterdrückung stießen die Angriffe Chruschtschows auf Stalin deshalb auf Widerstand. So berichten die Marxisten-Leninisten der Sowjetunion in ihrem Aufruf: Nach dem 20. Parteitag der KPdSU wurden in den Grundorganisationen der Partei Massenforderungen nach einer richtigen Einschätzung des Werkes von Stalin erhoben. Diese Forderungen waren so stark, daß die Chruschtschow-Clique darauf mit der Verfolgung einzelner Parteimitglieder und der Auflösung ganzer Parteiorganisationen antwortete. Auch in der Arbeiterklasse formierte sich der Widerstand. Genosse Enver Hoxha berichtet:

„Ein Albaner fuhr in Aserbaidschan mit dem Zug. Ein alter Mann, der gefragt und erfahren hatte, daß er Albaner ist, sagte zu ihm: ‚Wir haben euch sehr gerne und ihr tut gut daran, daß ihr mit Stalin seid, er war ein großer Mann.' Ein anderer sowjetischer Bürger, der in der Nähe stand, mischte sich in das Gespräch ein: ‚Richtig, Stalin hat aber auch Fehler begangen.' ‚Ich bin ein alter Bolschewik', fuhr der Alte fort, ‚und ich kenne Stalin besser als du.' Das Gespräch erhitzte sich und der Alte sagte: ‚Hör, Albaner, in den Straßen von Baku knatterten MGs, als man das Stalin-Denkmal niederreißen wollte, weil das Volk auf die Straße ging und mit einer Demonstration dagegen protestierte, so daß Chruschtschows Leute mit eingekniffenem Schwanz abzogen."

Auch heute noch stehen auf dem Grab Stalins ständig frische Blumen. Und in seinem Geburtsort Gori drängen sich die Menschen in seinem Geburtshaus.

Chruschtschow hat niemals das Andenken an Stalin unterdrücken können. Es lebt weiter in den marxistisch-leninistischen Parteien auf der ganzen Welt. Es lebt weiter in den Herzen der sowjetischen Revolutionäre und in den Herzen der Arbeiterklasse in der Sowjetunion. Chruschtschow und Konsorten haben Stalin angegriffen, um den Marxismus-Leninismus zu revidieren und ihn auszulöschen. Was für eine Überschätzung ihrer eigenen Kräfte. **Die Revisionisten vom Schlage Chruschtschows, Breschnews und anderer mögen sich stark fühlen, aber ihr Schicksal ist von der Geschichte vorgezeichnet. Die Arbeiterklasse der Sowjetunion wird sich letzten Endes erheben, um erneut die sozialistische Revolution durchzuführen. Sie wird dabei das Banner von Marx, Engels, Lenin und Stalin vorantragen. Das ist das unvermeidliche Schicksal, das alle revisionistischen Verräter erleiden werden.**

Mao Tse-tung

Nachruf auf J. W. Stalin

Sowohl das theoretische als auch das praktische Werk des Genossen Stalin bilden einen unschätzbaren Beitrag für unser Zeitalter. Genosse Stalin ist der Repräsentant unserer Epoche in jeder Hinsicht. Sein Werk hat es dem sowjetischen Volk und der Arbeiterklasse aller Länder ermöglicht, die gesamte internationale Situation zu verändern.

Das Werk und die Ideen des Genossen Stalin haben sich tief in den Massen der Menschen verwurzelt, sie sind eine unbesiegbare Kraft geworden, eine Kraft, die es jenen, die bereits einen Sieg erfochten haben, ermöglicht, noch weitere Siege zu erringen, und die es denen, die tagtäglich unter der Unterdrückung des unheilvollen kapitalistischen Systems leiden, gestattet, die Feinde des Volkes mutig zu schlagen.

Genosse Stalin hat auf allen Gebieten der Weiterentwicklung der Theorie des Marxismus-Leninismus Beiträge von historischer Bedeutung erbracht und damit den Marxismus auf eine neue Stufe gehoben. Genosse Stalin hat die leninistische Theorie des Gesetzes von der ungleichmäßigen Entwicklung im Kapitalismus sowie die Theorie von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem einzelnen Lande schöpferisch weiterentwickelt. Genosse Stalin hat die Theorie der allgemeinen Krise des Kapitalismus schöpferisch weiterentwickelt und einen wesentlichen Beitrag zur Theorie des Aufbaues des Kommunismus geleistet. Er hat die Theorie in bezug auf die grundlegenden Gesetze des Sozialismus einerseits und des Kapitalismus andererseits bereichert. Er hat die Theorie der Revolution in den kolonialen und halbkolonialen Ländern weiterentwickelt und in schöpferischer Weise die Theorie Lenins über die Partei fortgeführt.

Alle diese schöpferischen Leistungen des Genossen Stalin haben es der Arbeiterklasse der ganzen Welt ermöglicht, ihre Einheit zu festigen, und sie haben die Einheit aller unterdrückten Klassen und Völker gestärkt. Damit haben sie auch den Kampf der Arbeiterklasse der ganzen Welt und aller unterdrückten Völker für Freiheit und sozialen Fortschritt beflügelt und ermöglicht, daß in diesem Kampf so beispiellose Siege errungen werden konnten.

Alle Werke des Genossen Stalin sind unvergängliche marxistische Dokumente: Seine Werke „Fragen des Leninismus", „Geschichte der KPdSU(B)" sowie sein letztes Werk „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" stellen eine Enzyklopädie des Marxismus-Leninismus dar und fassen die Erfahrungen der internationalen kommunistischen Bewegung im Laufe der vergangenen hundert Jahre zusammen. Seine Rede auf dem 19. Parteitag der KPdSU ist ein kostbares Testament, das er den Kommunisten in aller Welt hinterlassen hat. Wir, die chinesischen Kommunisten sowie die Kommunisten aller Länder der Welt, finden in den großen Werken des Genossen Stalin unseren Weg zum Sieg. Seit dem Tode Lenins war Genosse Stalin immerzu die zentrale Persönlichkeit in der internationalen kommunistischen Bewegung. Wir alle standen hinter ihm. Immer wieder haben wir ihn um seinen Rat gefragt und wir alle haben uns durch die Lektüre seiner Werke ständig ideologisch gestärkt.

Genosse Stalin war erfüllt von einer tiefen Liebe für die unterdrückten Völker des Ostens. Seine Schrift „Vergeßt den Osten nicht!" war ein eindringlicher Aufruf, den er nach der Oktoberrevolution erließ.

Jeder weiß, daß die tiefe Zuneigung des Genossen Stalin auch dem chinesischen Volke galt und daß er von der gewaltigen Kraft der chinesischen Revolution überzeugt war. Seine Beiträge in bezug auf Probleme der chinesischen Revolution waren von erhabener Weisheit. Die Kommunistische Partei Chinas und das chinesische Volk konnten ihren historischen Sieg erreichen, weil sie der Theorie Lenins und Stalins folgten.

Nun haben wir unseren großen Lehrer und unsren aufrichtigsten Freund, Genossen Stalin, verloren. Die Tiefe dieses Unglücks kann man mit Worten nicht beschreiben und auch die Trauer, die wir empfinden, liegt jenseits unserer Ausdrucksmöglichkeit. Es ist nun unsere Aufgabe, diese Trauer in eine starke Kraft umzuwandeln.

Es lebe die Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin!

Ewigen Ruhm dem erhabenen Namen des großen Genossen Stalin! (1953)

Aus aller Welt

ALBANIEN

„Puna" (Arbeit), die Zeitung des albanischen Gewerkschaftsverbandes widmet in der Nummer 3/76 eine Seite den Briefen, die der Zentralrat des Gewerkschaftsverbandes von afrikanischen Gewerkschaften erhielt. Gewerkschaftsorganisationen aus Tanganjika, Togo, Sambia, Simbabwe, Ghana, Guinea-Bissao, Madagaskar und dem Kongo bekräftigen in ihren Briefen die enge Verbundenheit zwischen den afrikanischen Arbeitern und Völkern mit der albanischen Arbeiterklasse und dem albanischen Volk.

CHINA

Wie die Nachrichtenagentur Hsinhua berichtet, hat in Peking die dritte Tagung des ständigen Ausschusses des 4. Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China stattgefunden. Auf der Tagung, an der Hua Guo-feng, Vorsitzender des ZK der KP Chinas und Vorsitzender des Staatsrates, sowie weitere Partei- und Staatsführer teilnahmen, wurden verschiedene Ämter der Regierung neu besetzt.

AUSTRALIEN

Die tiefe Krise, die Australien erfaßt hat, hat zu einer ständigen Erhöhung der Arbeitslosenzahl, zu starken Preissteigerungen, zu wachsender Inflation usw. geführt. Angaben der einheimischen Presse selbst zufolge sind in Australien mehr als 400 000 Menschen arbeitslos, was 5% der Arbeitsfähigen des Landes ausmacht. Die Inflation erreicht die Rekordziffer von 13,9%. Ferner verliert der australische Dollar schnell weiter an Wert. Angaben der Presse zufolge sank der Wert um 17,5% im Vergleich zum amerikanischen Dollar. Die ständige Erhöhung des Imports zu einer Zeit, da der Export zurückgeht, hat dazu geführt, daß die Devisenreserven versiegen und das Handelsdefizit ständig größer wird. Allein in einem Jahr verringerten sich die Devisenreserven Australiens um 1 Mrd. australische Dollar.

INDIEN

Wie alle anderen kapitalistischen Länder steckt auch Indien fest im Griff einer tiefen Wirtschaftskrise. Der Anteil der indischen Arbeiter ohne gesicherten Arbeitsplatz beträgt 2/3 der Arbeitskräfte. Die Preise der Massenkonsumartikel, besonders von Lebensmitteln, sind sehr gestiegen, in einigen Fällen sogar bis zu 300%. Millionen Bauern sind gezwungen, in die Städte zu ziehen, in der Hoffnung, dort irgendeine Arbeit zu finden, nur um am Leben zu bleiben. So sind die Lebensbedingungen der breiten werktätigen Massen Indiens noch elender geworden. Laut offiziellen Angaben leben heute in Indien 400 Mio. Einwohner mit Einkommen von weniger als 20 Cent am Tag gegenüber 220 Mio. 1971. Mehr als 30% der armen Bevölkerung lebt in Hütten oder überhaupt ohne Unterkunft. Cholera, Typhus, Syphilis und Malaria richten Verheerungen an. Im vergangenen Jahr starben allein an der Malaria 2,4 Mio. Menschen und an der Cholera 2,194 Mio. Während die breiten werktätigen Massen Indiens in Elend und Armut leben, läßt die reiche Kaste nichts unversucht, um die Profite zu erhöhen. So setzte der Landwirtschaftsminister des indischen Staates Panschab, ein Großgrundbesitzer, Polizei und Militär ein, um die Bauern von ihrem Land zu vertreiben. Dieses Land verleibte er sich ein oder verkaufte es an andere Großgrundbesitzer.

ENGLAND

England ist von einer starken Streik- und Demonstrationswelle erfaßt. Über 2 500 Arbeiter der Stahlindustrie und anderer Wirtschaftszweige zogen in den letzten Tagen durch die Straßen von London, um gegen die schwere Lage sowie gegen die zunehmende Zahl der Arbeitslosen zu protestieren. In Birmingham demonstrierten ebenfalls über 3 000 Arbeiter verschiedener Wirtschaftszweige in den Straßen der Stadt, um ihren entschiedenen Protest gegen den Beschluß der Regierung zu bekunden, die öffentlichen Ausgaben zu kürzen. Außerdem wird gemeldet, daß in ganz England über 15 000 Arbeiter verschiedener Produktionszweige Streiks durchführten.

SPANIEN

Die Wogen des Streikkampfes in Spanien schlagen immer höher. Daran nimmt eine immer größere Zahl von Arbeitern verschiedener Berufe teil. Sie lehnen sich gegen das reaktionäre Madrider Regime auf, fordern die Freilassung Hunderter eingesperrter Patrioten und verbesserte Lebensbedingungen. Den Nachrichtenagenturen zufolge traten unlängst über 4.000 Arbeiter der Industriebetriebe der Stadt Pamplona in den Ausstand. Im Streik stehen auch etwa 10.000 Bauarbeiter, die gegen die vom Juan-Carlos-Regime betriebene Politik der Gewalt und Unterdrückung protestieren und sich gegen die kapitalistischen Unternehmer wehren, die auf sie die schwere Last der Krise abzuwälzen versuchen. In heftigem Streikkampf standen dieser Tage auch Tausende weiterer Werktätige sowie die Transportarbeiter von Malaga, Werktätige der verschiedenen Produktionszweige von Cadiz, die Textilarbeiter von Madrid und andere.

ITALIEN

In Italien vertieft sich die Finanz- und Wirtschaftskrise nach wie vor. Die Inflationsrate schnellt in die Höhe, die lebensnotwendigen Dinge werden unerschwinglich, die Zahlungsbilanzdefizite vergrößern sich tagtäglich, der Produktionsrückgang wird immer ausgeprägter und Hunderttausende Arbeiter werden auf die Straße gesetzt. Auf die verschärfte kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung antworten die breiten werktätigen Massen Italiens, indem sie den Klassenkampf erweitern und verschärfen. Wie gemeldet wird, traten die Arbeiter der Maschinenbauindustrie in den Streik. Das ist die erste Phase eines allgemeinen Streiks. Er wird die Beschäftigten anderer Industriebetriebe erfassen und die Zahl der Streikenden wird über 7 Mio. betragen. Die Streikenden fordern höhere Löhne und bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Sie protestieren gegen die jüngsten Maßnahmen zur weiteren Erhöhung der Preise und Steuern.

PALÄSTINA

Die arabische Bevölkerung in den von Israel besetzten Gebieten bekundet ihren entschlossenen Protest gegen die Pläne der israelischen Zionisten, ihre Herrschaft in diesen Gebieten zu verewigen, sowie gegen die zionistische Gewalt. Nablus, Hebron und andere Städte sind weiterhin Schauplatz heftiger Zusammenstöße zwischen den arabischen Einwohnern und den zionistischen Besatzungstruppen. Es wird berichtet, daß Hunderte arabische Jugendliche durch die Straßen von Nablus zogen und gegen die brutale Unterdrückungspolitik des Tel Aviver Regimes in den besetzten Gebieten protestierten. Es kam zu heftigen Zusammenstößen mit den zionistischen Truppen und Polizisten. Durch das Ausmaß der Protestbewegung in Angst versetzt, verhängten die zionistischen Behörden in der Stadt Nablus Ausgangssperre. Auch in Hebron führten eine große Anzahl Einwohner Protestdemonstrationen gegen eine neue Steuer durch, die ihnen die zionistischen Behörden auferlegt haben.





Spanien Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.**

Italien

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

Iran

TOUFAHN

ORGAN DE L'ORGANISATION MARXISTE-LENINISTE IRANIENNE

PROLETAIRES DE TOUS LES PAYS, NATIONS ET PEUPLES OPPRIMES, UNISSEZ-VOUS !

Brandt in Madrid

Ein alter Feind des spanischen Volkes

In der letzten Woche hat in Madrid ein Kongreß der spanischen Sozialistischen Partei (PSOE) stattgefunden. Prominentester ausländischer Teilnehmer: Willy Brandt, Vorsitzender der SPD und neugebackener Präsident der „Sozialistischen Internationale". Was war seine Mission?

Nach 40 Jahren der faschistischen Diktatur Francos und seines königlichen Nachfolgers Juan Carlos haben sich die Volksmassen Spaniens heut stärker denn je zum Kampf gegen ihre in- und ausländischen Unterdrücker und Ausbeuter erhoben. Dieser Kampf hat das Regime bis in seine Grundfesten erschüttert. Das Regime sah sich gezwungen, zu manövrieren. Es gab die Losung von „Reformen" aus, versprach eine „Demokratisierung der ganzen Gesellschaft" und anderes mehr. Die Faschisten tarnten sich mit einer liberalen Maske, in der Hoffnung, daß niemand den Betrug merken würde.

Die spanischen Faschisten betreiben ihre Manöver in vollstem Einverständnis mit dem amerikanischen Imperialismus und dem westeuropäischen Monopolkapital, vor allem der westdeutschen Bourgeoisie, ja, sogar auf deren Drängen. Dollars, DM und Waffen fließen weiter in die Hände des Regimes, aber mit dem Tod Francos wurden auch andere Verbindungen, die schon lange bestanden, intensiviert. Das sind die Verbindungen zu den Verrätern in den Reihen des Volkes selbst, zu Leuten, die sich den Mantel von Kämpfern gegen den Faschismus umgehängt haben, die auf Grund ihrer Demagogie einen Einfluß unter den Volksmassen haben, Leute wie der Revisionist Carrillo und der Sozialist Felipe Gonzales. Letzterer vor allem ist das Schoßkind der SPD und der amerikanischen Imperialisten. Sie machten ihn groß, versorgten ihn mit Geld und gaben ihm den nötigen Rückhalt, um den revolutionären Kampf der spanischen Volksmassen in Bahnen zu lenken, die für die Imperialisten ungefährlich sind. Das ist der Grund für die besondere Fürsorge, die Willy Brandt Felipe Gonzales angedeihen läßt.

Das verräterische Programm des Felipe Gonzales heißt: Gemeinsam mit dem König und den angeblichen progressiven Kräften des Regimes für eine Demokratie nach westlichem Muster. Den Kampf der Volksmassen Spaniens auf die Bahn des Kampfes für die bürgerliche Demokratie lenken, ihnen den Weg der Kompromisse und der Eintracht mit dem König predigen, Illusionen schüren und den Klassencharakter der bürgerlichen Demokratie vertuschen, die ja nichts anderes ist als die Diktatur der Ausbeuter über das Volk, das ist das Programm der Verräter, um die wirkliche Befreiung der spanischen Werktätigen, die nur durch die Revolution erreicht werden kann, zu verhindern und die faschistische Diktatur am Leben zu erhalten. Das ist die Mission, die Willy Brandt in Spanien erfüllt. Kaum in Madrid angekommen, erklärte er: „So wie in Spanien jetzt ist eine Demokratie noch nie zustandegekommen." Damit nimmt er die faschistische Diktatur in Schutz und weckt gleichzeitig Illusionen über einen möglichen Wandel. Deshalb scheute er sich nicht, bei seiner Abreise Juan Carlos als „faszinierende" Persönlichkeit zu preisen.

Willy Brandt ist ein Feind des spanischen Volkes, und er hat Erfahrung in der Zersetzung der Reihen der Kämpfer für die Revolution. Schon im spanischen Bürgerkrieg kämpfte er angeblich auf seiten der Republikaner, in Wirklichkeit aber für die Faschisten, als Mitglied der trotzkistischen Organisation POUM, einer antikommunistischen Agentenorganisation des Imperialismus. Damals wie heute galt sein besonderer Haß den Kommunisten, der Sowjetunion Stalins und den Revolutionären aus aller Welt, die in den Interbrigaden für die Freiheit Spaniens kämpften.

Heute ist es die KP Spaniens/ML, die die Kämpfe der spanischen Volksmassen auf das Ziel der Revolution ausrichtet, auf den vollständigen Sturz des Faschismus und die Vertreibung aller ausländischen Unterdrücker, für die föderative Volksrepublik. Unter ihrer Führung wird das spanische Volk letzten Endes alle Feinde besiegen und alle Komplotte der Faschisten und ihrer Handlanger und ausländischen Herren zunichte machen.

Spanien- Boykottiert das Referendum!

Am 15. Dezember hat das monarchofaschistische Regime in Spanien sein „Referendum über die politische Reform" durchführen lassen. Dieses Referendum gehört zu den Betrugsmanövern des Regimes, um den spanischen Volksmassen die Illusion zu vermitteln, daß sich das Regime demokratisiere.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Partei Spaniens/ML hat deshalb einen Aufruf an das Proletariat und die werktätigen Massen sowie die Völker aller Nationen Spaniens veröffentlicht, das Referendum zu boykottieren.

In dem Aufruf heißt es unter anderem, daß das Referendum von den Unterdrückerklassen selbst, von den Verantwortlichen für die herrschende Korruption und Gewalt, vom heutigen monarchofaschistischen Regime, das seit 40 Jahren schon das Volk niedermetzelt, organisiert wird. „Das Referendum", heißt es ferner in dem Aufruf, „wird vor allem dazu organisiert, um die machtvolle Massenbewegung, die sich gegen die faschistische Oligarchie und die Bourbonenmonarchie richtet, zu desorganisieren. Durch das Referendum und die sogenannten Reformen wollen sie die Fassade der Monarchie mit Hilfe eines Teils der sogenannten Opposition aufputzen. Angesichts dieser Situation ruft die KPSp/ML die gesamte Arbeiterklasse und das gesamte Volk Spaniens auf, eine äußerst starke politische Schlacht gegen das Referendum, gegen die Fortsetzung des Faschismus ohne Franco, gegen die Monarchie des Bourbonenhampelmanns und für die Republik als minimale und sofortige Alternative zu schlagen."

Wintertagung der Nato in Brüssel

Fortsetzung von Seite 1

denen westeuropäischen Imperialisten und den amerikanischen Oberherren zunehmen. Verschiedene, vor allem kleinere imperialistische Länder, die von der Krise schwer erfaßt sind, zeigen immer weniger Bereitschaft, diese Milliardenausgaben für die US-Imperialisten zu finanzieren.

Auch auf anderen Gebieten gibt es zunehmend Risse innerhalb des Nato-Paktes. So war ein Problem der Wintertagung die Frage der „Standardisierung der Waffen" innerhalb der Nato. Von den Nato-Spitzen wird dies Problem als eine Frage der Mobilität innerhalb des Nato-Paktes bezeichnet. Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Tatsächlich steckt dahinter die Rivalität der Partner untereinander, der Kampf darum, wer Hauptlieferant für die Rüstungsgüter der Nato sein soll, wer den zweiten, wer den dritten, wer den letzten Platz dabei einnehmen soll. Dies ist seit eh und je eine Streitfrage innerhalb des Bündnisses. Denn hierbei geht es für die US-Rüstungskonzerne darum, sich das Monopol an den wichtigsten Rüstungsgütern, an Panzern, Kampfflugzeugen und Raketensystemen zu sichern – eine Frage von Milliardenprofiten. Dabei rebellieren natürlich die westeuropäischen Imperialisten gemeinsam gegen ihren Oberherren, der den Löwenanteil für sich beansprucht, und sie kriegen sich untereinander in die Haare, ob nun die Waffenschmieden der westdeutschen Imperialisten oder die der britischen den zweitgrößten Anteil usw. erhalten sollen.

Den zunehmenden Rissen und Widersprüchen innerhalb ihres aggressiven Bündnisses sehen die US-Imperialisten nicht tatenlos zu. Bereits im vergangenen Jahr haben sie zahlreiche Konferenzen mit den europäischen Mitgliedern der Nato durchgeführt, auf denen sie den Druck verstärkten und eine große Gefahr beschworen, die allen drohen würde, wenn sie sich nicht der Knute des Pentagon beugen würden. Zur diesjährigen Wintertagung hatte Kissinger eigens eine Botschaft des neuen US-Präsidenten mitgebracht, in der dieser bekräftigte, daß er diesen Druck nicht nur fortsetzen, sondern sogar verstärken will. Da war nicht die Rede von „freundschaftlichen Banden zwischen Westeuropa und den USA", sondern es wurde ganz offen betont: Das „Herz der Allianz" zwischen Europa und Washington sei die Nato, das Diktat des amerikanischen Militärstiefels. Und Carter bekräftigte, daß dies „unter meiner Administration fortbestehen und gestärkt" werden solle. Er nannte auch „eine Reihe von Aufgaben", „die die Nato anpacken muß". So soll künftig durchgesetzt werden, daß die europäischen Mitgliedsländer das Pentagon „konsultieren", bevor sie „mit anderen über europäische und weltweite Probleme verhandeln". Es ist offensichtlich: Die US-Imperialisten betreiben nicht nur eine ungeheure Aufrüstung ihres aggressiven Kriegsinstruments, sondern ziehen auch die Zügel, die sie den westeuropäischen Partnern umgelegt haben, fester an.

Die Wintertagung offenbarte aber auch noch etwas anderes: Richteten die US-Imperialisten und ihre Nato-Spitzen Drohungen und Ermahnungen an mehrere kleinere Bündnispartner, so überschütteten sie die westdeutschen Imperialisten und die Aufrüstung des westdeutschen Militarismus mit Lob. Ganz in diesem Sinne war es auch der westdeutsche Außenminister Genscher, der die Pläne des Pentagon und Kissingers Ausführungen begrüßte und bekräftigte. Immer klarer verfolgen die westdeutschen Imperialisten das Ziel, im Rahmen der Nato zum Hofhund des US-Imperialismus in Westeuropa zu werden, für ihn die Peitsche zu schwingen, um auf diese Weise die eigene imperialistische Macht in Europa zu stärken und ihren Einfluß auszubauen. Sie haben die Forderungen des US-Imperialismus nach Aufrüstung der Nato nur zu gern befolgt, um ihrem seit der Niederlage des Hitlerfaschismus gehegten Wunsch nachzukommen, erneut einen eigenen militaristischen aggressiven Kriegsapparat aufzubauen, der alle anderen in Westeuropa übertrifft. So kommen sie im Schatten des US-Imperialismus den eigenen hegemonistischen Ambitionen nach und stärken in gefährlichem Maße ihren imperialistischen Einfluß und ihre Macht in Europa und in der Welt.

Mit „Verteidigung der Sicherheit Europas", mit dem „Schutz der Völker" hat dieses aggressive Nato-Bündnis unter der Vorherrschaft Washingtons nichts gemeinsam. Es ist ein Bündnis, das sich gegen die Völker richtet, das sie unterjochen und am Boden halten will, das allein den Interessen des Imperialismus, vor allem des US-Imperialismus, seinen Expansions- und Hegemoniebestrebungen dient.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Radio Tirana interviewt Genossen Ramos

Der Kampf der KP Paraguays

Vor kurzem (RM 47/76) haben wir den Aufruf „Rettet das Leben von Margarita Baez!" veröffentlicht. Das Schicksal der Genossin Margarita Baez zeigt eindringlich die grausame Unterdrükkung des Volkes von Paraguay durch das faschistische Regime des Generals Stroessner. Zum besseren Verständnis der Lage in diesem Land und des Kampfes der Kommunistischen Partei Paraguays veröffentlichen wir im folgenden ein Interview, das von einem Korrespondenten von Radio Tirana mit Genossen Jose Ramos, Mitglied der Führung der KPP und Leiter der Delegation der Partei auf dem 7. Parteitag der PAA, geführt worden ist.

Zuerst fragte unser Korrespondent Genossen Jose Ramos nach den Hauptaspekten der Tätigkeit der Kommunistischen Partei Paraguays (KPP) und nach den Hauptaufgaben, die der 4. Parteitag stellte. In seiner Antwort sagte er:

Die Hauptaufgabe in der Tätigkeit der KPP ist die Vorbereitung der Massen auf die Revolution, indem sie ihr politisches Bewußtsein im Prozeß der ständigen Kämpfe formt. Diese Arbeit leistet die Partei hauptsächlich in den Betrieben und in den Dörfern oder in den Bauernverbänden, indem sie an den landwirtschaftlichen Bauernbünden und Genossenschaften, die von der Regierung verfolgt werden, teilnimmt. Der wichtigste Aspekt unserer Tätigkeit besteht in der Hilfe, die wir den Arbeitern und Bauern leisten, damit sie aufgrund ihrer eigenen politischen Erfahrung die Notwendigkeit einer gründlichen politischen Veränderung, die Notwendigkeit einer radikalen Agrarreform und die Notwendigkeit begreifen, daß die Massen sich im ganzen Land organisieren, den Kampf für ihre dringlichsten Forderungen aufnehmen und diesen Kampf immer mehr verstärken mit dem klaren Ziel, das terroristische und das Vaterland ausverkaufende Militärregime zu stürzen, für die Bildung einer neuen provisorischen Regierung, für Demokratisierung und nationale Befreiung.

Selbstverständlich erfordert der Kampf um die Macht von unserem Volk, daß es zu bewaffneten Aktionen übergeht. Augenblicklich regen wir unter den konkreten Bedingungen die Arbeiter und Bauern an, Selbstverteidigungsgruppen zu bilden mit der Perspektive, diese in Partisanengruppen umzuwandeln. Gegenwärtig erklärt die KPP den Massen die Notwendigkeit, sich im ganzen Land zusammenzuschließen, sich zu mobilisieren und zu einem entschlossenen Kampf gegen die Manöver für die Wiederwahl des faschistischen Militärdiktators Alfredo Stroessner zu rüsten.

Eine noch tiefere politische Krise kommt infolge des wachsenden Widerstandes der Massen auf das Regime zu. In diesen Augenblicken ist die KPP eine Kraft, die dem Volk den Weg dazu zeigt, die Protestbewegung in eine Volksrevolution von demokratischem, Agrar- und nationalem Befreiungscharakter umzuwandeln. Das sind zusammengefaßt die Hauptaufgaben, die der 4. Parteitag der KPP, der Anfang des Jahres stattfand, den Kommunisten und dem Volk stellte.

Die Frage, wie die KPP kämpft, um den Kampf gegen die Diktatur mit dem Kampf gegen den US-Imperialismus zu verbinden, beantwortete Genosse Jose Ramos folgendermaßen:

Der Kampf gegen das antinationale Militärregime ist von sich aus auch ein Kampf gegen die amerikanische Herrschaft. Jederzeit und an allen Orten zeigen die Kommunisten dem Volk, daß die Militärregierung ein direkter Agent der Befreiung und der Monopole der USA ist, ebenso wie die militärische Diktatur in Brasilien. Vor kurzem erteilte die Verräterregierung dem großen amerikanischen Unternehmen Aramco das exklusive Monopol für die Ausbeutung des Erdöls im gesamten Osten Paraguays, in dem sie ihm auch Privilegien halbkolonialistischer Art zugestand wie die Entschädigung für Ausgaben, die das Unternehmen für Bohrungen hat, die sich als unproduktiv herausstellen. Diese Konzession hat wie viele andere einen großen Haß unter den patriotischen Massen hervorgerufen.

Die KPP nimmt an einer patriotischen Zusammenschlußbewegung teil, der sogenannten Modepa, Bewegung zur Verteidigung des Vaterlandes, die eine Landkarte von Paraguay verteilte, auf der mit amerikanischen und brasilianischen Fähnchen die Reserven und Orte eingezeichnet waren, die die Militärdiktatur den amerikanischen Imperialisten und Brasilianern zur Ausbeutung überlassen hat. Diese Landkarte, die entlarvend ist, wurde vom Volk begeistert aufgenommen und zirkuliert illegal. Es besteht kein Zweifel, daß die steigende Woge des patriotischen Hasses eine der wichtigsten Faktoren für den Sturz des das Vaterland ausverkaufenden Militärregimes sein wird.

Im Verlauf des Interviews fragte der Korrespondent von Radio Tirana Genossen Jose Ramos nach der Tätigkeit der KPP auf dem Land. Genosse Jose Ramos antwortete:

Die KPP legt großes Gewicht auf die Arbeit mit den Bauern. Vor 20 Jahren wandten sich die Bauern, von der reaktionären Propaganda betrogen, von den Kommunisten ab, während sie heute daran interessiert sind, die Meinung der Partei zu erfahren und sogar in vielen Gebieten uns gebeten haben, Kommunisten einzusetzen, die ihnen helfen und sie orientieren, indem sie versprochen haben, für deren Unterkunft und Sicherheit zu sorgen. Die Kommunisten helfen den Bauern, indem sie konkrete Programme für die Bauernbünde und die Genossenschaften ausarbeiten, indem sie Selbstverteidigungsgruppen organisieren, um für die Freilassung der Bauernführer zu kämpfen, die eingekerkert sind. Die Selbstverteidigungsgruppen haben folgende Aufgaben: die Bauern gegen die Polizei und den Unterdrückungsapparat der Regierung, vor Ungerechtigkeiten und Übergriffen, die geschehen könnten, zu verteidigen, die Feinde zu entwaffnen und die Besetzung des Landes der Großgrundbesitzer zu unterstützen, gegen die Vertreibung der Bauern Widerstand zu leisten usw.

Über seine Eindrücke vom 7. Parteitag der PAA sagte Genosse Jose Ramos:

Der 7. Parteitag war so reich an Aspekten und Lehren, daß es schwierig ist, sie mit wenigen Worten zu beschreiben. Der Bericht des Genossen Enver Hoxha hat uns wegen der Tiefe und Klarheit der Analyse vieler grundlegender Probleme beeindruckt. Besonders interessiert uns und studieren wir die Erfahrung der PAA über die Weiterführung des Klassenkampfes. Ich meine den Kampf gegen die technokratischen Auffassungen, gegen den Liberalismus und den Einfluß und die Manöver der inneren und äußeren Feinde der Diktatur des Proletariats.

Ebenso hat uns tief der internationalistische Geist und das internationalistische Milieu beeindruckt, unter denen der 7. Parteitag der PAA stattfand, und die sich stark auf beiden Sitzungen zeigten. Wir sind sehr bewegt über die große Fürsorge und Liebe, die die albanischen Kommunisten und das Volk Albaniens gegenüber allen Völkern gezeigt haben und zeigen, die sich auf dem 7. Parteitag durch Delegationen und Botschaften der marxistisch-leninistischen Parteien äußern konnten. Ebenso wie die Delegation der KPP es in ihrer Grußansprache auf dem Parteitag gesagt hat, sind wir überzeugt, daß der 7. Parteitag der PAA eine sehr wertvolle Lehre für die marxistisch-leninistische Weltbewegung ist und bleiben wird.

"Zeri i Popullit"

Im Dienst der marxistisch-leninistischen Einheit

Zu dem Treffen und gemeinsamen Kommunique der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML) und der Kommunistischen Partei Argentiniens/Marxisten-Leninisten (KPA/ML) veröffentlichte die albanische Zeitung „Zeri i Popullit", Organ des Zentralkomitees der PAA, am 9. Dezember einen Artikel mit dem Titel: Im Dienst der marxistisch-leninistischen Einheit.

Die PAA, heißt es in dem Artikel, unterstützt vollständig die Zusammenarbeit zwischen den marxistisch-leninistischen Parteien und begrüßt das gemeinsame Kommunique der deutschen und argentinischen Marxisten-Leninisten. Sie sieht in diesem Akt ein ernsthaftes Bemühen der beiden Bruderparteien, die Einheit zwischen ihnen sowie in den Reihen der marxistisch-leninistischen Weltbewegung zu festigen und weiterzuentwickeln.

In der gegenwärtigen Epoche, da der revolutionäre Kampf, der Kampf gegen die beiden Supermächte, den Imperialismus und die Reaktion insgesamt die Volksmassen in immer breiterem Ausmaß erfaßt, erhalten der internationale Zusammenschluß des Proletariats und die Einheit zwischen seinen verschiedenen Vorhutabteilungen, den marxistisch-leninistischen Parteien in der ganzen Welt, besondere Bedeutung. Wie Genosse Enver Hoxha auf dem 7. Parteitag unserer Partei hervorhob, war und bleibt die Losung von Marx und Engels **„Proletarier aller Länder, vereinigt euch!"** ein machtvoller Aufruf zur Einheit. Mehr denn je sind heute Zusammenarbeit und allseitige Hilfe zwischen den marxistisch-leninistischen Parteien notwendig, denn sie sind ihre starke Waffe in dem ungleichen Kampf gegen den Imperialismus mit dem amerikanischen an der Spitze, den sowjetischen Sozialimperialismus, den modernen Revisionismus und alle reaktionären Kräfte. Gegen eine solche Zusammenarbeit sind die Bourgeoisie und der Revisionismus stets aufgetreten, während sie selbst offen oder insgeheim zusammenarbeien und die Handlungen unter sich und miteinander abstimmen, um die Revolution, die wahren Marxisten-Leninisten und Revolutionäre zu spalten und niederzuzwingen.

Das gemeinsame Kommunique der KPD/ML und der KPA/ML, heißt es in der Zeitung „Zeri i Popullit", ist ebenso wie die Kommuniques einiger weiterer Parteien, die früher erschienen sind, Ausdruck der Tatsache, daß die wahre marxistisch-leninistische Bewegung heute eine wertvolle Erfahrung sowohl in dem Kampf gegen ihre gemeinsamen Feinde als auch bei der Koordinierung der Handlungen und des revolutionären Kampfes erworben hat. Diese Erfahrung vertieft sich, wie auch das Kommunique der beiden Bruderparteien zeigt, weiter und wird weiter vorangetrieben. In diesem Sinn läßt sich sagen, daß die Bekanntgabe des gemeinsamen Kommuniques der marxistisch-leninistischen Bruderparteien Deutschlands und Argentiniens, in dem von einem korrekten marxistisch-leninistischen Standpunkt aus die Lage eingeschätzt wird und die gegenseitigen Aufgaben für die kommenden Klassenschlachten festgelegt werden, ein Erfolg für die gesamte marxistisch-leninistische Bewegung ist.

Die PAA hat brüderliche Beziehungen und Verbindungen sowohl mit der Bruderpartei Deutschlands als auch mit der Bruderpartei Argentiniens. Diese Beziehungen sind von unserer gemeinsamen Ideologie, dem Marxismus-Leninismus und von unserer revolutionären Einheit inspiriert, die auf den unvergänglichen Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin beruht.

Die PAA unterstützt die korrekte marxistisch-leninistische Linie und die revolutionäre Tätigkeit der marxistisch-leninistischen kommunistischen Bruderpartei Deutschlands und sieht in ihr die Vorhutabteilung des deutschen Proletariats in beiden deutschen Staaten, die Kämpferin für die Revolution bis zum Sieg, die entschlossene Kämpferin für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

Die PAA ist ebenfalls solidarisch mit der Generallinie und der revolutionären Tätigkeit der marxistisch-leninistischen kommunistischen Bruderpartei Argentiniens, die entschlossen gegen die Reaktion im Inneren und den amerikanischen Imperialismus wie auch gegen den modernen Revisionismus kämpft.

Gerüstet mit den Beschlüssen des 7. Parteitages, heißt es abschließend in der Zeitung „Zeri i Popullit", wird die PAA auch in Zukunft jede Handlung unterstützen, die der Festigung der Einheit der marxistisch-leninistischen Bewegung im Weltmaßstab dient, und wird stets an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus festhalten.

Uruguay

Freiheit für Mario Echenique!

Seit über einem Jahr wird Mario Echenique, der Politische Sekretär der Revolutionären Kommunistischen Partei Uruguays, in einem argentinischen Gefängnis gefangengehalten. Genosse Mario Echenique war am 17. September 1975 in einer gemeinsamen Aktion der argentinischen Polizei und des Geheimdienstes von Uruguay in Buenos Aires verhaftet worden. Er ist 38 Jahre alt, verheiratet und hat zwei Kinder.

Es besteht die Gefahr, daß der Genosse Mario Echenique ermordet wird, sei es auf argentinischem Boden oder durch eine Auslieferung an Uruguay. Die faschistischen Regime der reaktionären Generäle in Buenos Aires und Montevideo unterdrücken die Volksmassen auf die grausamste Weise, an ihren Händen klebt bereits das Blut zahlloser ermordeter Revolutionäre, Patrioten und Antifaschisten, in ihren Kerkern schmachten Tausende von politischen Gefangenen. Die reaktionären faschistischen Regime von Argentinien, Uruguay, Paraguay, Brasilien, Chile, Bolivien, die allesamt Lakaien des amerikanischen Imperialismus sind, haben schon seit langem in einer Front zusammengearbeitet und ihre Handlungen koordiniert, um die marxistisch-leninistischen Vorhutparteien dieser Länder und alle revolutionären, antiimperialistischen und antifaschistischen Kräfte brutal zu unterdrücken.

Seit seiner Einkerkerung ist Genosse Mario Echenique immer wieder auf das grausamste gefoltert worden. Uruguayische Polizisten haben diese Folterungen in den Kerkern Argentiniens durchgeführt. Die Haltung des Genossen unter der Folter war heldenhaft. Auch als die Faschisten ihm Drogen einflößten, konnten sie ihn nicht beugen. Inzwischen hat die argentinische und uruguayische Polizei die Lüge verbreitet, daß Genosse Mario Echenique geisteskrank sei, um einen gemeinen Mord als „Selbstmord" ausgeben zu können.

Um das Leben von Genossen Mario Echenique zu retten, ruft die Revolutionäre Kommunistische Partei Uruguays alle revolutionären und fortschrittlichen Menschen auf, beim Präsidenten von Argentinien gegen seine Einkerkerung zu protestieren und seine sofortige Freilassung und Ausreise in ein Land seiner Wahl zu verlangen. Richtet diese Briefe bitte an:

T. G. Jorge Rafael Videla
Presidente de la Nacion
Casa Rosada – Buenos Aires
Rep. Argentina

Rettet das Leben von Mario Echenique!

Freiheit für Mario Echenique!

HÖRT RADIO TIRANA!

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	32 m und 41 m (KW)
6.00 - 6.30	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
21.30-22.00	41m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW)

32 m entspricht	9,26 MHz (KW)
41 m entspricht	7,30 MHz (KW)
50 m entspricht	5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca.	1400 KHz (MW)



Korrespondenz

Kein Atomkraftwerk in Rehling!

Seit Anfang Oktober sind die Pläne der Lech-Elektrizitätswerke Augsburg (LEW) und des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks (RWE) Essen bekannt, in Rehling, nur wenige Kilometer von der Großstadt Augsburg entfernt, ein Atomkraftwerk zu errichten. Die bayrische Staatsregierung und ihr Wirtschaftsminister Jaumann, der selbst im Aufsichtsrat der LEW sitzt, befürworten ausdrücklich den Standort Rehling, der außer in unmittelbarer Nähe von Augsburg auch noch im Einzugsbereich zweier Flugschneisen (eines zivilen Flugplatzes und des Militärflugplatzes Lagerlechfeld), einer US-Großradaranlage und dicht an einem Natur- und Vogelschutzgebiet liegt, das von vielen Städtern am Wochenende besucht wird.

Sofort hat sich in Rehling und Augsburg Empörung über dieses Vorhaben breitgemacht. Einwohner Rehlings, vor allem Bauern, haben eine Initiative gegen den geplanten Bau des KKW gegründet. In unverschämter Weise hat der Vorstand der LEW den Bauern (etwa 35 sind betroffen), die ihr Land nicht hergeben wollen, mit der Einleitung von Zwangsenteignungsverfahren gedroht.

Zu einer Protestversammlung in Augsburg Ende Oktober waren über 250 Leute erschiene. Auf diese Protestversammlung hin wurde eine „Augsburger Initiative gegen das Atomkraftwerk in Rehling" gegründet. In ihrer Gründungsresolution heißt es unter anderem:

„ . . . Beim Bau von Atomkraftwerken geht es einzig und allein um den Profit der Energiekonzerne. Der Staat will diese Profitinteressen gegen den Willen der Bevölkerung durchsetzen. Der Staat subventioniert den Reaktorbau mit 18 Milliarden DM, die er dem Volk durch Steuern und Gebühren wieder abnimmt. Der Staat organisiert den beschleunigten Bau von Atomkraftwerken: Die bayrische Staatsregierung betreibt seit Jahren in enger Zusammenarbeit mit den Konzernen eine hektische Standortplanung für Atomkraftwerke in ganz Bayern. Der bayrische Wirtschaftsminister Jaumann und der Augsburger Oberbürgermeister Breuer sitzen direkt im Aufsichtsrat der LEW. Der Staat will die Interessen der Konzerne mit Gewalt gegen das Volk durchsetzen. In Rehling sind bereits staatliche Zwangsenteignungen angedroht. Die Erfahrungen von Wyhl zeigen, daß auch der Einsatz von Truppen, Hunden und Panzerwagen nichts hilft, wenn sich die Bevölkerung entschlossen zur Wehr setzt. Die Erfahrungen von Brokdorf bestärken uns, den Kampf gegen diesen Gegner hartnäckig zu führen . . . "

Allein dieser letzte Satz veranlaßte Vertreter der D„K"P, bei der Verabschiedung gegen die Resolution zu stimmen. Sie sagten: „Wir wollen nicht gegen einen Gegner, sondern nur gegen das Atomkraftwerk kämpfen." Nachdem diese Resolution verabschiedet wurde, arbeiten sie nicht mehr in der Initiative mit.

In der Resolution heißt es weiter:

„/. . . Die Augsburger Initiative setzt sich zur Aufgabe, die Augsburger Bevölkerung so breit wie möglich zu informieren und hinter den Forderungen „Kein Atomkraftwerk in Rehling" und „Offenlegung aller Pläne und Gutachten" zusammenzuschließen und den Kampf für die Durchsetzung dieser Forderungen unnachgiebig zu organisieren. Sie nimmt Verbindung auf zu allen Gegnern des Rehlinger Werkes und strebt den Zusammenschluß und die Zusammenarbeit aller Kräfte in Stadt und Land im Kampf für diese Forderungen an, um das geplante Atomkraftwerk in Rehling restlos zu Fall zu bringen."

KEIN KKW IN
WYHL
und auch nicht
anders wo..

So wie in Wyhl, wo der Kampf begann, bekämpft die Bevölkerung auch in den anderen Orten den Bau von Kernkraftwerken.

Die Initiative ist inzwischen mit zwei Flugblättern an die Öffentlichkeit getreten. Bei einer Podiumsdiskussion, die von der „Augsburger Allgemeinen" veranstaltet wurde und das bezeichnende Thema „Bürgerinitiativen, Verbesserung oder Verwässerung unserer Demokratie?" trug, wurde zu Beginn ein großes Transparent „Kein Atomkraftwerk in Rehling" entfaltet. Die große Mehrzahl der über 400 Anwesenden spendete anhaltenden Beifall.

Die ROTE GARDE Augsburg hat den Kampf gegen das Atomkraftwerk durch die Erstellung einer Dokumentation aus Artikeln des „Roten Morgen" zum Kampf gegen Atomkraftwerke unterstützt.

Gutachten für das Bundesministerium beweist:

Bonn will Wyhler Bevölkerung spalten

Die Schwierigkeit der Bourgeoisie, in Wyhl den Bau des Atomkraftwerks durchzusetzen, sind nicht geringer geworden: Über 80% der Kaiserstühler sind gegen das Kernkraftwerk und viele unter ihnen unterstützen auch aktiv den Kampf gegen den Bau. Auch die brutalen Polizeieinsätze Filbingers haben diesen Widerstand nicht zu brechen vermocht, sondern die Werktätigen am Kaiserstuhl noch mehr zusammengeschlossen. Das Bundesministerium will nun mit Demagogie, beruhend auf Meinungsforschung, die geschlossene Front der Bevölkerung verstärkt spalten, um so der Lage wieder besser Herr zu werden.

Eigens zu diesem Zweck wurde das Battelle-Institut in Frankfurt vom Bundesminister Matthöfer beauftragt, wissenschaftlich zu untersuchen, wie der Widerstand der Kaiserstühler am besten gebrochen werden kann. Dasselbe Institut hatte bereits im Februar 1975 eine Studie angefertigt, die die Regierung davor warnte, die Gegner des Kernkraftwerkbaus zu unterschätzen. Seine Empfehlung: es müsse geschickter und „weicher" vorgegangen werden.

Jetzt wurden Meinungsforscher und Befrager losgeschickt, die herausfinden sollten, wo unter den Kaiserstühlern Widersprüche bestehen, wann welche Teile der Bevölkerung unter welchen Bedingungen nachgeben würden usw. So sollten unterschiedliche Reaktionen getestet werden. Z. B., wie verschieden auf bestimmte Werbekampagnen für den Bau des Atomkraftwerks oder auf öffentliche Verhandlungen oder auch auf Gerichtsurteile zum Kernkraftwerksbau von der Bevölkerung reagiert wird. Eine wirklich schmutzige und hinterhältige Vorgehensweise.

Ein anderer Teil der Untersuchung befaßt sich damit, wie die Bundesregierung am geschicktesten und demagogischsten den „Dialog" mit der Bevölkerung beginnt, um an Boden zu gewinnen. Die Untersuchung stellt dazu fest, daß den Wyhlern das Gefühl vermittelt werden sollte, die Bundesregierung wolle sich nach ihnen und ihren Ansichten richten, würde sie ernst nehmen. Zweitens empfiehlt das Gutachten, daß es „nicht sinnvoll" sei, „unmittelbar in den vorhergenannten Hauptbereichen der Auseinandersetzung einen Dialog zu initiieren", sondern „die Frage nach der Kernenergie kann in diesem Dialog nach der Anfangsphase einfließen". Anfangs also soll in den öffentlichen Diskussionen mit der Bevölkerung über irgendwelche Randfragen geschwätzt werden, in der Hoffnung, so Vertrauen zu gewinnen. Dann sollen vor allem die Kernkraftwerksgegner aufgefordert werden, Alternativen aufzuzeigen, damit sie als die Dummen hingestellt werden können, wenn sie nicht sogleich ein Konzept bereit haben. So sollen sie in der Öffentlichkeit isoliert werden soll die Front der Bevölkerung im Kampf gegen die Kernkraftwerke der Bourgeoisie geschwächt werden.

Diese Untersuchung soll nicht nur für Wyhl angefertigt werden, sondern: „Um die Übertragbarkeit der Ergebnisse über die drei Untersuchungsfelder hinaus zu gewährleisten", werden „zu den gleichen Problemkomplexen Einstellungsuntersuchungen in zehn weiteren KKW-Standorten durchgeführt." Welche Bedeutung dieses Projekt für die Bourgeoisie hat, zeigt sich in dem Preis, die sie für diese Untersuchung zahlte: 950 000 DM wurden dafür auf den Tisch des Forschungsinstituts geblättert.

Zigaretten werden 18% teurer!

Millionen Raucher unter den Werktätigen packt die Wut, wenn sie an das kommende Jahr denken. Denn die Neujahrsgrüße aus Bonn verheißen ihnen noch höhere Tabaksteuern. Statt 2.30 DM soll die Schachtel dann 2.70 DM und statt 2.40 DM soll sie 2.85 DM kosten. Das ist eine Verteuerung von 17,5%! 40 bis 45 Pfennig pro Schachtel mehr, damit der Staat den Kapitalisten noch mehr über die Steuern in den Rachen werfen kann, damit Polizei, Justiz und der ganze Unterdrückungsapparat noch mehr ausgebaut werden können, die Herren Abgeordneten sich höhere Diäten genehmigen können, während die Sozialleistungen und Renten ständig verringert und gekürzt werden.

Sicher, werden einige Nichtraucher sagen, Rauchen ist doch sowieso ungesund. Aber das ist hier nicht die Frage; denn dem Kapitalistenstaat geht es nicht im geringsten um die Gesundheit, sondern darum, daß den Werktätigen über die Tabaksteuern noch mehr Geld abgepreßt werden soll.

Der Gipfel dabei allerdings ist, daß die Steuererhöhung, die zum 1. Januar beschlossen worden ist, vielerorts jetzt schon in Kraft getreten ist. Bewußt hat der Staatsapparat im letzten Quartal 1976 an die Zigarettenfirmen 5% weniger Steuerbanderolen ausgeliefert, so daß – gerade auch angesichts dessen, daß der Zigarettenkonsum steigt und nicht sinkt – bereits jetzt schon viele Läden die Zigaretten mit den neuen Steuerbanderolen zu den neuen höheren Preisen verkaufen müssen. Zum einen sollte dadurch verhindert werden, daß man sich noch einen Vorrat an billigen Zigaretten anlegt, und zum anderen sollten dadurch bereits zum vorgezogenen Termin zusätzliche Mehreinnahmen bei den Tabaksteuern kassiert werden. Wahrlich, ein kapitalistischer Wucherstaat!

Wie man in Bonn "Privilegien abbaut"

Die Entscheidung kam am gleichen Tag, an dem den Stahlarbeitern der 6%-Lohnraubabschluß präsentiert wurde. In der letzten Sitzung des Bundestags trafen die Bundestagsabgeordneten die Entscheidung, die sie vor den Wahlen – „aus Rücksicht auf den Wähler" – lieber nicht treffen wollten. Sie bewilligten sich eine kräftige Erhöhung der Diäten.

Bekanntlich hat das Bundesverfassungsgericht vor einiger Zeit die Abgeordneten ermahnt, weil sie ihre Grunddiäten in Höhe von 3 850 DM bisher nicht versteuert hatten. Die Abgeordneten ihrerseits ließen sich nicht lange mahnen und machten sich umsichtig daran, diese „Privilegien abzubauen".

Zuerst einmal wurden die Grunddiäten von 3 850 DM auf 7 500 DM erhöht – weil sie ja jetzt versteuert werden müssen. Dann wurde die Aufwandspauschale, die die Abgeordneten zusätzlich erhalten und die nach wie vor nicht versteuert wird, von 4 050 DM auf 4 500 DM erhöht – schließlich weiß man ja, wie die Preise steigen. Und schließlich und endlich vergaßen die Abgeordneten auch nicht, an ihre Zukunft zu denken: indem sie erstens ihre bisherigen Eigenleistungen (in Höhe von rund 10 000 DM im Jahr) für die Abgeordnetenpension strichen und zweitens festsetzten, daß sie nun bereits nach 4 Legislaturperioden (bisher erst nach 5) den Höchstsatz der Pension von 75% bzw. 5 625 DM bekommen.

Wie man sieht, sind die dauernden Klagen über drückende Steuerlasten völlig unberechtigt. Die Bonner Abgeordneten jedenfalls haben – seit sie Steuern zahlen – einige tausend DM mehr pro Monat in der Tasche.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 300526
4600 Dortmund 30

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. . . . . .

O für 1 Jahr O für 1/2 Jahr O Probenummer

Name: . . . .

Straße: . . . .

Plz/Ort: . . . .

Unterschrift: . . . . Datum: . . . .

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

O jährlich **DM 30,--** O halbjährlich **DM 15,--** O vierteljährlich **DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 23600-465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr 321004911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML:

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-12, 14-18 Uhr, Sa 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040/4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 68 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621/37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr 107, Tel.: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089/53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030/4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

51 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

48 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungzeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

463 Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13 Uhr.

28 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-13 Uhr.

41 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi u. Fr 16-18.30, Sa 10-13 Uhr.

43 Essen (Altenessen), Altenessenerstr. 243. Öffnungszeiten: Di. 16-18, Fr. 12.30-18, Sa. 10-13 Uhr.

6 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78. Tel.: 0611/43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16-18.30, Sa 9-14 Uhr.

23 Kiel 14 (Gaarden), „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13, Tel.: 0431/7 47 62. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-13 Uhr.

24 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi, Fr 16.30-18.30, Sa. 9-14 Uhr.

44 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 11-14 Uhr.